

Im Blickpunkt

DEUTSCHLAND IN DER EU 2006



Impressum

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Für den Inhalt: Johanna Mischke mit Unterstützung des i-Punkt Berlin
E-Mail: i-punkt@destatis.de
Tel.: +49 (0) 1888 / 644 94 27

Redaktion: Susanne Hagenkort-Rieger
E-Mail: redaktion@destatis.de
Tel.: +49 (0) 611 / 75 26 24

Fachliche Informationen zu dieser Publikation sowie weitere Beratung und Daten zur europäischen Statistik erhalten Sie direkt beim EDS Europäischer Datenservice des Statistischen Bundesamtes:

E-Mail: eds@destatis.de
Tel.: +49 (0) 1888 / 644 94 27
Fax: +49 (0) 1888 / 644 94 30
www.eds-destatis.de

Allgemeine Informationen zum Datenangebot des Statistischen Bundesamtes erhalten Sie im Internet unter www.destatis.de oder von unserem Informationsservice:

www.destatis.de/kontakt
Tel.: +49 (0) 611 / 75 24 05
Fax: +49 (0) 611 / 75 33 30

Erschienen im Dezember 2006
Bestellnummer: 1021218069004

Fotorechte:

Titelbild: ©Getty Images/EA61125 (RM)
Kapitel 1: ©irisblende.de/a_2183
Kapitel 2: ©Corbis/42-17117888 (RF)
Kapitel 3: ©Corbis/42-17258113 (RF)
Kapitel 4: ©271081_Fancy/Veer/F1 ONLINE
Kapitel 5: ©Getty Images/dv1227002
Kapitel 6: ©Getty Images/med240017
Kapitel 7: ©Strandperle/Photodisc 200402336-001

Datenrechte: ©Europäische Gemeinschaften 1995 – 2006, Quelle: Eurostat

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage
Part of the Elsevier Group
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Tel.: +49 (0) 7071 / 93 53 50
Fax: +49 (0) 7071 / 93 53 35
destatis@s-f-g.com
www.destatis.de/shop

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2006
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Liebe Leserin, lieber Leser,

Studium in Frankreich, Urlaub in Litauen, Job in Schweden oder Altersruhesitz in Spanien – wie selbstverständlich überschreiten wir heute in der Europäischen Union Ländergrenzen. Aber nicht nur die Menschen werden immer mobiler: Im Supermarkt um die Ecke kaufen wir Spargel aus Polen und Milch aus Dänemark. Jugendliche in Italien hören die gleiche Musik wie ihre Altersgenossen in Finnland und dank der modernen Technik sind wir mit jedem Winkel des Kontinents vernetzt. Kein Zweifel: Europa rückt immer näher zusammen.

In Zeiten der zunehmend grenzenlosen Verflechtung von Gesellschaft und Wirtschaft wird es immer wichtiger, über den eigenen Tellerrand zu blicken. Das Statistische Bundesamt nimmt die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2007 deshalb zum Anlass, den Standort Deutschlands in der Europäischen Union statistisch zu beschreiben.

Der vorliegende Band gibt dabei Antworten auf Fragen wie: Wo in Europa wächst die Wirtschaft trotz der internationalen Konkurrenz? Wer investiert am meisten in sein Bildungssystem? Vollzieht sich der Alterungsprozess der Gesellschaft überall im gleichen Tempo? Wo sind Frauen besonders stark im Arbeitsmarkt integriert? Welches Land gibt am meisten für sein Gesundheitswesen aus? Wer hat seine öffentlichen Finanzen am besten im Griff?

Die Publikation macht deutlich, wo Deutschland im Vergleich mit seinen europäischen Nachbarn steht. Sollten Sie an weiterführenden, EU-weit vergleichbaren Informationen interessiert sein, können Sie sich an den EDS Europäischer Datenservice in unserem i-Punkt Berlin wenden, den mein Haus seit einigen Jahren in Kooperation mit dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften führt (www.eds-destatis.de).

Allen, die an dieser Publikation mitgewirkt haben, danke ich herzlich. Ich wünsche dem Blickpunktband „Deutschland in der EU 2006“ eine weite Verbreitung und Ihnen eine interessante Lektüre.

Ihr



Walter Radermacher
Präsident des Statistischen Bundesamtes

Vorwort	3
Vorbemerkungen	6
1 Einführung	7
2 Bevölkerung	11
Gesamtansicht: 460 Millionen von Portugal bis Polen	12
Geburten: Kinderarme Gesellschaft	12
Altersstruktur: Generationen aus dem Gleichgewicht	13
Entwicklung: Geburten, Sterbefälle und Wanderungen	13
Ausblick: Bevölkerungsvorausberechnung für 2050	15
3 Lebensverhältnisse	19
Konsum: Blick ins Portemonnaie	20
Armut: Leben an der Schwelle	23
Gesundheit: Versorgung im Vergleich	27
4 Bildung, Forschung und Informationsgesellschaft	33
Bildung: Rohstoff der Zukunft	34
Wissenschaft: Hochqualifizierter Nachwuchs gefragt	35
Lernen: Ein Leben lang	36
Forschung: Von patenten Ideen profitieren	37
Informationsgesellschaft: Vernetzt wie nie zuvor	39
5 Arbeitsmarkt	43
Beschäftigung: Kaum Bewegung auf dem Arbeitsmarkt	44
Perspektiven: Frauen und Fünfzig + gefragt	44
Arbeitsbedingungen: Was Arbeit kostet	48
Erwerbslosigkeit: Nicht genügend Jobs für alle	49
6 Wirtschaft und Finanzen	53
Wirtschaftsleistung: Streben nach Wachstum und Wohlstand	54
Investitionen: Auf Zukunft angelegt	56
Internationaler Warenhandel: Güterströme grenzenlos	59
Öffentliche Finanzen: Disziplin gefordert	60
7 Energie und nachhaltiges Wirtschaften	65
Energie: Zukunft ist erneuerbar	66
Umwelt: In aufgeheizter Atmosphäre	70
Landwirtschaft: Andauernder Strukturwandel	72
Tabellenanhang	77
Deutschlands Position in der EU-25	77
Strukturindikatoren (Short List)	78
Alle statistischen Merkmale dieser Veröffentlichung	82
Die neuen Mitgliedstaaten: Rumänien und Bulgarien	86
Wegweiser zur europäischen Statistik	90

Gebietsstand

Die Angaben zur EU-25 beziehen sich auf die 25 Länder, die 2006 zur Europäischen Union (EU) gehörten: Belgien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, die Tschechische Republik, Ungarn, das Vereinigte Königreich und Zypern.

Datenlage

Dieser Band basiert – von wenigen gekennzeichneten Ausnahmen abgesehen – auf Daten des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat). Die Daten sind harmonisiert und gewährleisten somit die Vergleichbarkeit von nationalen Ergebnissen auf europäischer Ebene. Durch den Harmonisierungsprozess können die Werte von denen der nationalen Statistikämter, z. B. des Statistischen Bundesamtes in Deutschland, abweichen. Zudem liegen die harmonisierten Daten auf europäischer Ebene z. T. nur mit zeitlicher Verzögerung zum nationalen Veröffentlichungstermin vor.

Der Band enthält die aktuellsten verfügbaren Daten aus der Eurostat Datenbank mit Stand vom September 2006. Einige Werte waren bei Redaktionsschluss noch vorläufig. Generell können durch Datenrevisionen nachträglich Abweichungen auftreten.

Ein EU-Ergebnis kann prinzipiell nur nachgewiesen werden, wenn Angaben für alle Mitgliedstaaten vorliegen. Sofern von Eurostat kein EU-25-Wert vorlag, wurde dieser nicht eigenständig für den Band berechnet. Zu Vergleichszwecken wird an einigen Stellen der EU-Wert des Vorjahres angeführt.

Bei Redaktionsschluss umfasste die EU 25 Staaten. Mit dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens zum 1. Januar 2007 ist die Union auf 27 Mitglieder angewachsen. Da bei Redaktionsschluss jedoch noch keine Daten für die EU-27 vorlagen, werden die statistischen Merkmale dieser zwei neuen EU-Staaten gesondert im Anhang aufgeführt.

Alle statistischen Angaben zur EU-Gesamtsumme bzw. zum EU-Durchschnitt berechnen sich aus den Werten der 25 EU-Mitgliedsländer – auch wenn sich diese Angaben (z. B. in Zeitreihen) auf die Jahre vor dem EU-Beitritt der zehn neuen Mitgliedsländer im Mai 2004 beziehen.

Trotz der sorgfältigen Themenauswahl kann die vorliegende Publikation nur einen kleinen Ausschnitt der von Eurostat publizierten Daten abbilden. Alle Daten und elektronischen Veröffentlichungen Eurostats sind kostenfrei über die Homepage des EDS Europäischer Datenservice des Statistischen Bundesamtes unter www.eds-destatis.de abrufbar.

1 Einführung

1 Einführung

Die Europäische Union (EU) ist ein Staatenverbund mit knapp einer halben Milliarde Einwohnern und dem größten Bruttoinlandsprodukt der Welt. Was vor mehr als 50 Jahren als Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl zwischen sechs Ländern begann, hat sich zu einer vertieften Union mit 27 Staaten entwickelt. Deutschland ist das größte Mitgliedsland und eines der Gründungsmitglieder.

Viele Schritte auf dem Weg zu einem vereinten Europa wurden inzwischen gegangen, viele Herausforderungen sind im neuen Jahrtausend zu bewältigen: Ob Arbeitslosigkeit, demographischer Wandel, mangelnde Tragfähigkeit der Sozialsysteme, verschärfter internationaler Wettbewerb oder die Frage nach einer gesicherten Energieversorgung – die Mitgliedstaaten der EU stehen gegenwärtig alle vor sehr ähnlichen Problemen.

Der Europäische Rat stellte auf dem Gipfel in Lissabon im Jahr 2000 deshalb strategische Weichen für 2010, die bei einer Halbzeitbewertung 2005 in eine neu belebte „Lissabon-Strategie“ mündeten. Im Mittelpunkt dieser Strategie stehen Wachstum und Beschäftigung mit vier prioritären Aktionszielen: Erhöhung der Investitionen in Bildung und Forschung, Erschließung des Unternehmenspotenzials vor allem kleinerer und mittlerer Unternehmen, Beschäftigungsförderung sowie die nachhaltige Sicherung der Energieversorgung. Dafür legten Deutschland und die anderen Mitgliedstaaten Reformprogramme für 2005 bis 2008 auf, die den europäischen Zielen unter Berücksichtigung der nationalen Gegebenheiten Rechnung tragen sollen.

Wie weit sind die EU-Staaten von den Lissabonner Zielsetzungen entfernt? Wo stehen die Staaten in wichtigen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Bereichen?

Anlässlich der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2007 gibt die vorliegende Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes einen Überblick über die Position Deutschlands im europäischen Vergleich. Unter Verwendung ausgewählter Daten des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) werden die Themen Bevölkerung, Lebensverhältnisse, Bildung, Forschung und Informationsgesellschaft, Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Finanzen, Energie und nachhaltiges Wirtschaften vorgestellt. Dabei werden die wichtigsten statistischen Indikatoren zur jährlichen Messung des Fortschritts der Lissabonner Ziele durch die Politik – die so genannten Strukturindikatoren – einbezogen. Anhand übersichtlicher Grafiken, Tabellen und Ranglisten wird deutlich, in welchen Bereichen Deutschland zu den führenden EU-Staaten gehört bzw. wo noch besondere Anstrengungen unternommen werden müssen, um sich im europäischen Vergleich besser positionieren zu können. Eine Übersicht über die wichtigsten Strukturindikatoren sowie sämtliche in diesem Buch behandelten statistischen Merkmale enthält der Anhang.

Die Veröffentlichung gibt einen Einblick in die Vielfalt der europäischen Statistik. Ein Wegweiser zur europäischen Statistik informiert am Ende des Bandes, wie auf die über 300 Mill. Daten Eurostats zugegriffen werden kann.

2 Bevölkerung

2 Bevölkerung

„Deutschland ergraut, vergeist, wird zur Seniorengesellschaft.“ Mit Schlagzeilen solcher Art beschreiben die Medien hierzulande ein Phänomen, auf das Bevölkerungsforscher schon lange hinweisen: Durch niedrige Geburtenraten und zunehmende Lebenserwartung stehen immer weniger Kinder immer mehr älteren Menschen gegenüber. Das kann weitreichende Folgen für unser Wirtschafts- und Sozialsystem haben. Doch nicht in allen unseren Nachbarländern altert und schrumpft die Bevölkerung. Innerhalb der EU sind erhebliche Unterschiede und zum Teil sogar gegenläufige Trends in der Bevölkerungsentwicklung zu beobachten.

Gesamtsicht: 460 Millionen von Portugal bis Polen

461,3 Mill. Menschen lebten Anfang 2005 in den 25 Ländern der EU. Damit war die EU in den vergangenen zehn Jahren eine Wachstumsregion: Seit 1995 erhöhte sich ihre Gesamtbevölkerung auf natürliche Weise und durch Zuwanderung um mehr als 15,4 Mill. Menschen.

Deutschland war mit rund 82,5 Mill. Menschen das bevölkerungsreichste Mitgliedsland und stellte 18 % aller EU-Bürger. Die nächst größten Nationen waren Frankreich mit 62,4 Mill. Einwohnern und das Vereinigte Königreich mit 60,0 Mill. Einwohnern.

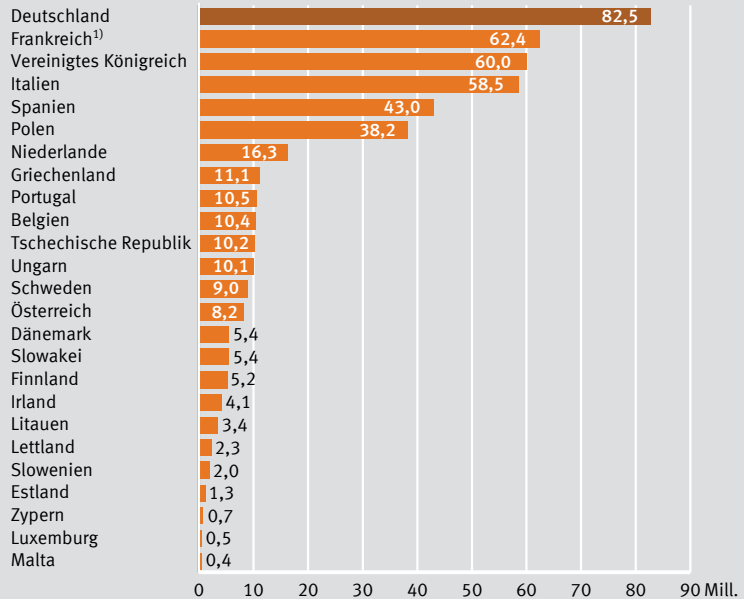
Zum Vergleich: Die 2004 beigetretenen zehn neuen Mitgliedstaaten zählten zusammen nur 74,1 Mill. Einwohner.

Mit 231 Einwohnern pro Quadratkilometer gehörte Deutschland auch zu den am dichtesten besiedelten Ländern der Union. Nur Malta (1272 Einw./km²), die Niederlande (482 Einw./km²), Belgien (344 Einw./km²) und das Vereinigte Königreich (244 Einw./km²) wiesen eine höhere Bevölkerungsdichte auf. Am dünnsten besiedelt waren Finnland (17 Einw./km²) und Schweden (22 Einw./km²).

Geburten: Kinderarme Gesellschaft

Damit sich die Bevölkerung eines Landes auf natürliche Weise aus sich selbst heraus reproduzieren kann, ist Demographen zufolge in hoch entwickelten Ländern mit geringer Kindersterblichkeit eine Zahl

Abb. 2.1: Bevölkerung der EU-Mitgliedstaaten
Stand 1. Januar 2005



1) Inklusive abhängige Gebiete (Franz. Guayana, Guadeloupe, Martinique, St. Pierre u. Miquelon, Mayotte, Réunion, Franz.-Polynesien, Neukaledonien, Wallis- u. Futuna-Inseln), ohne abhängige Gebiete: 60,6 Mill.

Tab. 2.1: Bevölkerungsdichte in den EU-Mitgliedstaaten 2004

Mitgliedstaat	Einwohner/km ²
Malta	1 272
Niederlande	482
Belgien	344
Vereinigtes Königreich ¹⁾	244
Deutschland	231
Italien	197
Luxemburg	175
Tschechische Republik	132
Zypern	130
Dänemark	125
Polen	122
EU-25¹⁾	118
Portugal	114
Slowakei	110
Ungarn	109
Slowenien	99
Österreich	99
Frankreich ²⁾	98
Griechenland	85
Spanien ¹⁾	83
Irland	60
Litauen	55
Lettland	37
Estland	31
Schweden	22
Finnland	17

1) 2003.

2) 2003, inklusive abhängige Gebiete.

von durchschnittlich 2,1 Kindern je Frau erforderlich. Diesen Wert erreicht kein EU-Staat mehr.

In Irland, dem Land mit der höchsten Geburtenziffer, bekam eine Frau im Jahr 2004 durchschnittlich 1,99 Kinder (siehe Abb. 2.2 auf S. 14). In Frankreich waren es 1,90 und in Finnland 1,80 Kinder. Die geringsten Geburtenziffern wiesen einige der neuen Mitgliedstaaten auf. Darunter waren neben Ungarn (1,28), Litauen (1,26), der Slowakei (1,25) und Lettland (1,24) auch die Tschechische Republik und Polen mit jeweils 1,23 sowie Slowenien mit 1,22 Kindern je Frau.

In Deutschland betrug die durchschnittliche Kinderzahl je Frau 1,37. Bei diesem niedrigen Wert umfasst die Kindergeneration ein Drittel weniger Menschen als die Elterngeneration.

Altersstruktur: Generationen aus dem Gleichgewicht

Die niedrige Geburtenrate wirkt sich auf die Altersstruktur der Bevölkerung aus: Immer weniger Kindern steht ein wachsender Anteil älterer Menschen gegenüber. Zudem nimmt die durchschnittliche Lebenserwartung zu: In Deutschland hatten die neugeborenen Mädchen 2004 eine Lebenserwartung von 81,4 und die Jungen von 75,7 Jahren. 1994 waren es noch 79,6 bzw. 73,1 Jahre gewesen.

Der Anteil der über 65-jährigen an der Gesamtbevölkerung lag in Deutschland bei 18 % (siehe Abb. 2.3 auf S. 14). Nur in Italien, wo dieser Anteil 19,2 % ausmachte, war die Alterung der Gesellschaft noch weiter vorangeschritten. Den geringsten Anteil von über 65-jährigen Personen an der Gesamtbevölkerung wiesen Irland (11,1 %), die Slowakei (11,5 %) und Zypern (11,9) auf.

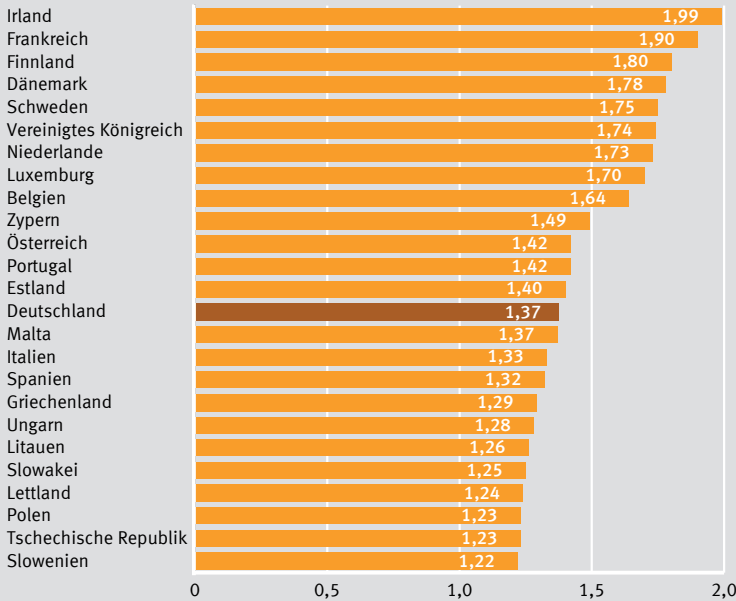
Entwicklung: Geburten, Sterbefälle und Wanderungen

Trotz der niedrigen Geburtenraten wuchs die Bevölkerung in den meisten EU-Ländern 2004 auf natürliche Weise: Aufgrund der steigenden Lebenserwartung, u. a. durch den medizinischen Fortschritt, sowie ausreichend stark besetzter Jahrgänge im potenziellen Elternalter wurden dort mehr Menschen geboren als starben. So nahm die Bevölkerung Frankreichs z. B. auf natürliche Weise um 283 800 Personen zu (siehe Tab. 2.2 auf S. 15).

In den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländern führten die geringen Geburtenraten und die im EU-Vergleich niedrige Lebenserwartung hingegen – mit Ausnahme der Slowakei – zu einem Sterbeüberschuss.

In Deutschland starben 112 700 mehr Menschen als auf die Welt kamen. Hier wirkt sich die bereits seit 30 Jahren anhaltende niedrige Geburtenhäu-

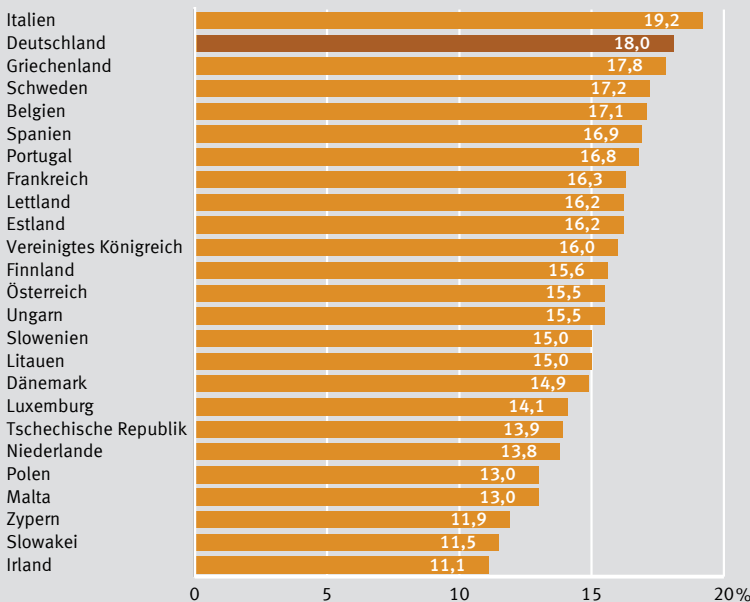
Abb. 2.2: Durchschnittliche Kinderzahl je Frau 2004



figkeit aus: Die geburtschwachen Jahrgänge der 1970er Jahre haben mittlerweile das Elternalter erreicht und ihrerseits ebenfalls wenig Kinder bekommen, wodurch die nachfolgenden Generationen zahlenmäßig immer kleiner werden und damit auch immer weniger potenzielle Eltern zur Verfügung stehen.

Wie sich die Gesamtbevölkerung eines Landes entwickelt, hängt neben der natürlichen Wachstumsrate von den Wanderungsbewegungen ab. Insgesamt wuchs die Gesamtbevölkerung auf dem Gebiet der heutigen EU-25 von 1994 bis 2004 durch legale Migration im Saldo um rund 11 Mill. Menschen. Hauptziel der Zuwanderer waren die südeuropäischen Länder Spanien, Italien und mit einigem Abstand das Vereinigte Königreich. Im Jahr 2004 verzeichnete allein Spanien ein Plus von 610 100 Personen, die gesamte EU-25 von 1,85 Mill.

Abb. 2.3: Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung 2004



Auch in Deutschland ist die internationale Wanderung zu einer bedeutenden Komponente der Bevölkerungsentwick-

lung geworden: 2004 kamen 81 800 Personen mehr nach Deutschland als im selben Jahr fortzogen. Trotz des positiven Wanderungssaldos konnte das Geburtendefizit von 112 700 Menschen nicht ausgeglichen werden: Die Gesamtbevölkerung Deutschlands sank um 30 900 Personen bzw. 0,04 %. Nur einige mittel- und osteuropäische Mitgliedsländer, die ebenfalls von niedrigen Geburtenziffern geprägt und zudem von Abwanderung betroffen waren, schrumpften noch stärker: So sank z. B. Litauens Gesamtbevölkerung im gleichen Zeitraum um 0,60 %, die von Lettland um 0,55 %.

7,3 Mill. Menschen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, wohnten 2005 in Deutschland. Damit war die Bundesrepublik absolut betrachtet das ausländerreichste Land in der EU. Der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung lag in Deutschland bei 8,8 %. Menschen aus der Türkei, den Nachfolgestaaten Jugoslawiens, Italien, Polen und Griechenland stellten die fünf größten Ausländergruppen. Den höchsten Ausländeranteil in der EU wies Luxemburg mit 39 % auf.

Ausblick: Bevölkerungsvorausberechnung für 2050

Wie werden die Bevölkerungszahlen der EU-25 im Jahr 2050 aussehen? Bevölkerungsvorausberechnungen von Eurostat zufolge wird die Gesamtzahl der

Tab. 2.2: Bevölkerungsentwicklung 2004

Mitgliedstaat	Natürliche Bevölkerungsbewegung (Saldo zwischen Lebendgeburten und Sterbefällen)	Wanderungssaldo (Saldo zwischen Zu- und Fortzügen)	Saldo insgesamt
	1 000		
EU-25	475,4	1 849,5	2 324,9
Spanien	82,6	610,1	692,7
Italien	15,9	558,3	574,2
Frankreich ¹⁾	283,8	103,0	386,8
Vereinigtes Königreich ...	132,9	201,8	334,7
Irland	33,5	48,0	81,5
Österreich	4,7	61,7	66,4
Portugal	7,3	47,3	54,6
Belgien	14,1	35,4	49,5
Niederlande	57,4	- 9,9	47,5
Schweden	10,4	25,3	35,7
Griechenland	0,0	35,0	35,0
Zypern	3,1	15,7	18,8
Finnland	10,2	6,7	16,9
Dänemark	8,8	5,0	13,8
Tschechische Republik ...	- 9,5	18,6	9,1
Slowakei	1,8	2,9	4,7
Luxemburg	1,9	1,5	3,4
Malta	1,0	1,8	2,8
Slowenien	- 0,6	1,8	1,2
Estland	- 3,8	- 0,3	- 4,1
Lettland	- 11,7	- 1,1	- 12,8
Polen	- 7,4	- 9,4	- 16,8
Ungarn	- 37,4	18,2	- 19,2
Litauen	- 10,9	- 9,7	- 20,6
Deutschland	- 112,7	81,8	- 30,9

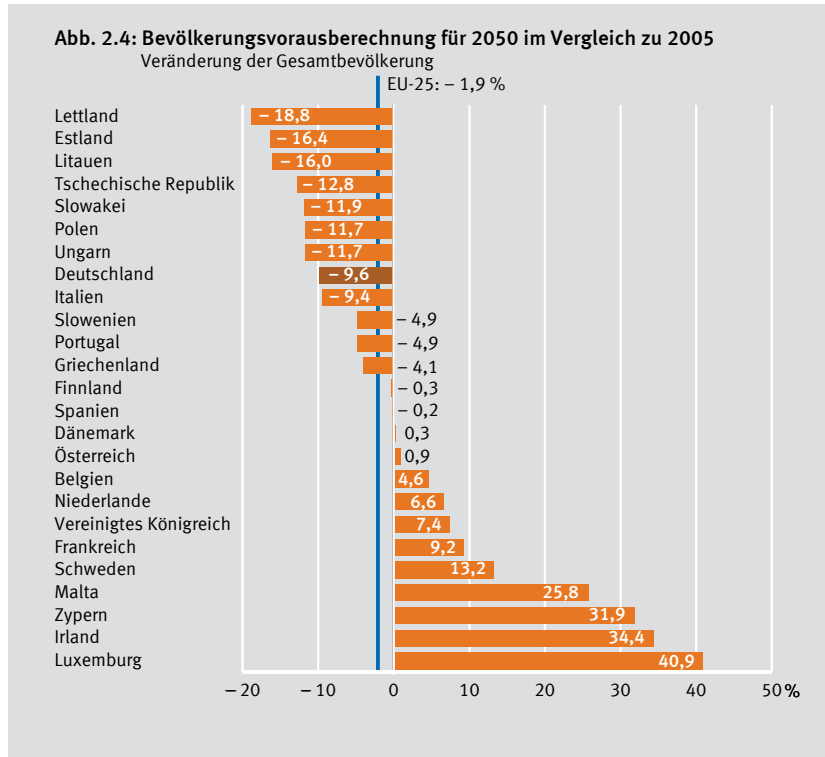
¹⁾ Inklusive abhängige Gebiete.

EU-Bürger bis 2050 auf 449,8 Mill. zurückgehen. In den einzelnen Ländern kommt es jedoch zu gegenläufigen Entwicklungen. So werden Staaten, die im EU-Vergleich gegenwärtig die höchsten Geburtenziffern und zudem einen positiven Wanderungssaldo aufweisen, laut den Berechnungen in den nächsten Jahrzehnten weiter wachsen oder zumindest ein konstantes Niveau halten.

Am stärksten im Vergleich zu seiner Gesamtbevölkerung wird Luxemburg wachsen, und zwar um 40,9 % von 456 000 auf 642 600 Einwohner. Für Irland wird ein Bevölkerungswachstum um 34,4 % von 4,1 auf 5,5 Mill. Einwohner vorausgesagt.

Mehr als die Hälfte der EU-Länder wird sich den Berechnungen zufolge hingegen mit dem Phänomen der schrumpfenden und alternden Gesellschaft auseinandersetzen müssen: Hier bewirkt die anhaltend geringe Geburtenrate, dass künftig immer weniger potenzielle Eltern zur Verfügung stehen werden. Selbst bei konstanter bzw. steigender Kinderzahl pro Frau kann das Geburtendefizit dann nicht mehr ausgeglichen werden.

Da zudem die Lebenserwartung dank des medizinischen Fortschritts voraussichtlich weiter steigen wird, lässt sich der Alterungsprozess der Gesell-



Bevölkerungsstatistik

Auf Basis demografischer Angaben zu Geburten, Sterbefällen und Wanderungsbewegungen können bisherige Tendenzen in der Bevölkerungsentwicklung und in ihren Komponenten erkannt und Vorausberechnungen für die nächsten Jahrzehnte erstellt werden.

Informationen über das Fertilitätsverhalten, die steigende Lebenserwartung oder die künftige Bevölkerungsentwicklung sind wichtige Kriterien für die Wirtschafts-, Familien- und Sozialpolitik. Sie bieten z. B. notwendige Anhaltspunkte für die Ausgestaltung der künftigen Renten- und Gesundheitssysteme, dienen aber etwa auch der Bedarfsermittlung im Infrastrukturbereich. Der aktuelle Bevölkerungsstand wird zur Berechnung von Pro-Kopf-Daten herangezogen, die z. B. über die Zuwendungshöhe öffentlicher Finanzmittel entscheiden können.

Um noch genauere Daten für künftige Bevölkerungsentwicklungen zu erhalten, streben die EU-Mitgliedsländer im Dekaden-Turnus für 2010/2011 eine neue Volkszählungsrunde an. In Deutschland hat es seit fast 20 Jahren keine „Bevölkerungsinventur“ mehr gegeben (im früheren Bundesgebiet zuletzt 1987 und in der ehemaligen DDR 1981). Mit einem Kabinettsbeschluss hat die Bundesregierung Ende August 2006 die Grundsatzentscheidung getroffen, dass sich Deutschland an der kommenden EU-weiten Zensusrunde 2010/2011 mit einem registergestützten Verfahren beteiligen wird.

schaft nicht aufhalten. Die Zuwanderung wird das Tempo dieses Prozesses allenfalls dämpfen können. Für die Bevölkerungen der mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländer werden Schrumpfungsraten zwischen 4,9% für Slowenien und 18,8% für Lettland vorausgesagt. In Deutschland werden im Jahr 2050 trotz Zuwanderung weniger als 75 Mill. Menschen leben – fast 10% weniger als 2005.

Bereits heute weicht Deutschland von der idealtypischen klassischen Bevölkerungspyramide deut-

lich ab – Kinder und Jugendliche bis 15 Jahre stellen schon lange nicht mehr die zahlenmäßig stärksten Jahrgänge dar. In der Zukunft wird sich das Verhältnis zwischen jüngeren und älteren Menschen noch weiter verschieben, die Pyramide immer kopflastiger werden. Der Anteil der über 60-Jährigen an der Gesamtbevölkerung wird Berechnungen des Statistischen Bundesamtes zufolge bis 2050 in Deutschland von einem Viertel auf ein Drittel steigen, die Zahl der unter 20-Jährigen von 21 auf 16% sinken.

3 Lebensverhältnisse

3 Lebensverhältnisse

Konsum: Blick ins Portemonnaie

Die Verbesserung der Lebensbedingungen und die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen EU-Ländern gehört zu den Zielen der EU. Doch trotz erheblicher Finanztransfers existiert in der EU immer noch ein Wohlstandsgefälle. Dies zeigt ein Vergleich der Bruttojahresverdienste im Industrie- und Dienstleistungssektor, der 2004 deutliche Unterschiede zwischen nördlichen und südlichen sowie alten und neuen EU-Mitgliedsländern erkennen lässt. Die höchsten Löhne im Vergleich der EU-Länder, für die Daten vorlagen, wurden dabei in Dänemark gezahlt: Dort verfügte ein Vollzeitbeschäftigter über ein jährliches Bruttoeinkommen von 44 692 Euro (2003). Zu den drei führenden Ländern beim Gehaltsniveau gehörten zudem das Vereinigte Königreich (41 253 Euro) sowie Deutschland (40 954 Euro). Auch in Luxemburg lag das Bruttojahresgehalt mit 40 575 Euro über der 40 000-Euro-Grenze. In den südeuropäischen Ländern Spanien, Zypern, Griechenland (2003), Portugal und Malta lagen die Jahreslöhne hingegen zwischen 10 000 und 20 000 Euro, in den neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten unter 10 000 Euro. Schlusslicht war Lettland, wo ein Industriearbeiter durchschnittlich 3 806 Euro brutto im Jahr verdiente – rund zwölfmal weniger als in Dänemark.

Aus der Höhe des Gehalts in Euro lässt sich jedoch nicht genau erschließen, was sich die Konsumenten von ihrem Einkommen in den einzelnen EU-Ländern leisten können. Dafür müssen die bestehenden Preisunterschiede bereinigt werden. Dies geschieht durch Ermittlung von Preisen für einen vergleichbaren und repräsentativen Korb von Waren und Dienstleistungen in den einzelnen EU-Ländern. Diese Preise werden dann in einer gemeinsamen künstlichen Währung angegeben, die als „Kaufkraftstandard“ (KKS) bezeichnet wird. Unter Berücksichtigung des Preisniveaus waren die Bruttogehälter im Vereinigten Königreich am meisten wert, näm-

Tab. 3.1: Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst in der Industrie und im Dienstleistungssektor¹⁾ 2004

Ausgewählte EU-Mitgliedstaaten	in EUR	in KKS
Vereinigtes Königreich ...	41 253	39 051
Deutschland	40 954	38 432
Luxemburg	40 575	38 248
Niederlande	37 900	36 022
Dänemark ²⁾	44 692	34 929
Belgien	35 704	34 259
Frankreich ²⁾	28 847	28 770
Schweden	33 620	27 756
Finnland	31 988	26 038
Spanien	19 828	22 691
Griechenland ²⁾	16 739	21 423
Zypern	19 290	20 684
Portugal	15 196	17 727
Malta	11 926	15 923
Polen	6 230	11 886
Ungarn	7 100	11 466
Slowakei	5 706	10 395
Lettland	3 806	6 752

1) Ohne öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung. – 2) 2003.

lich 39 051 KKS. Es folgten Deutschland (38 432 KKS), Luxemburg (38 248 KKS) und die Niederlande (36 022 KKS). Aufgrund der vergleichsweise hohen Lebenshaltungskosten lagen die dänischen Bruttolöhne (34 929 KKS) im EU-Ländervergleich nur an 5. Stelle. Am geringsten waren die Einkommen in Lettland (6 752 KKS), der Slowakei (10 395 KKS) und Ungarn (11 466 KKS).

Wo bleibt der Euro?

Der größte Ausgabenposten der Privathaushalte in der EU entfiel auf die Unterkunft: Wohnen, Wasser, Strom, Gas und Heizung machten 2004 im EU-Durchschnitt 21,3% der Ausgaben aus. Am meisten mussten die Haushalte in Schweden für das Wohnen aufwenden (28,6%), in Deutschland waren es 23,8%. Der Ausgabenanteil für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren lag im EU-Durchschnitt bei

Kaufkraftstandard (KKS)

Der Kaufkraftstandard (KKS) ist eine fiktive Währungseinheit, die die Kaufkraftunterschiede, d. h. die verschiedenen Preisniveaus zwischen den Ländern eliminiert. So können in zwei Ländern mit unterschiedlichen Preisniveaus für die gleichen Güter und Dienstleistungen große Kaufkraftunterschiede bestehen.

Der KKS wird mit Hilfe von so genannten Kaufkraftparitäten (KKP) als Umrechnungsfaktor aus den Angaben in Landeswährung abgeleitet. Diese Paritäten erhält man aus dem gewichteten Durchschnitt der Preisrelationen eines Waren- und Dienstleistungskorbs, der für alle Mitgliedstaaten vergleichbar und repräsentativ ist. Sie sind so festgesetzt, dass die durchschnittliche Kaufkraft eines Euro in der EU einem KKS entspricht.

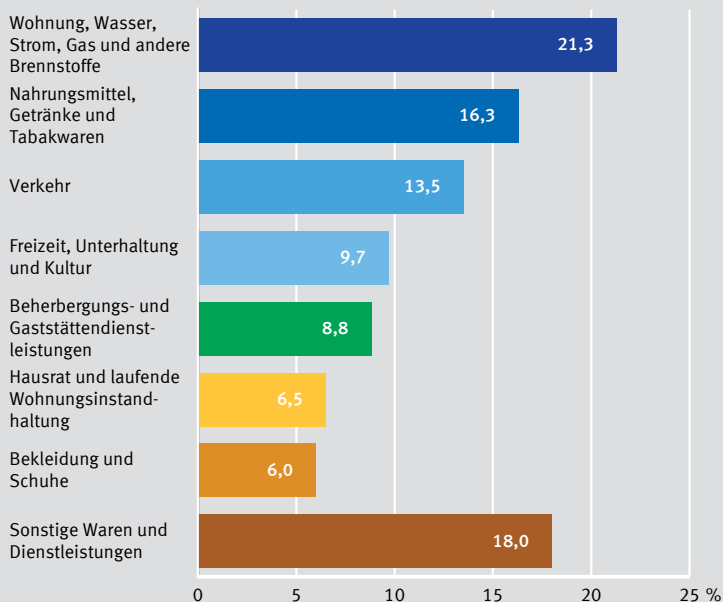
Für Länder wie Deutschland oder die Niederlande, in denen auf Grund höherer Waren- und Dienstleistungspreise die Kaufkraft je Euro niedriger als im europäischen Durchschnitt ist, ergeben sich KKS von größer als eins je Euro, für südeuropäische Länder wie Portugal und Spanien auf Grund niedrigerer Preisrelationen als im EU-Mittel KKS von weniger als eins je Euro. So bedeutet beispielsweise ein KKS von 1,041 für Deutschland für 2005, dass hier rund 1,04 Euro für die gleiche Menge an Waren und Dienstleistungen aufzuwenden ist, die im europäischen Durchschnitt für 1 Euro gekauft werden können. Ein Wert von 0,900 KKS für Spanien bedeutet, dass dort nur 90 Cent für den Kauf der gleichen Waren und Dienstleistungen aufzubringen sind.

16,3 %. Überdurchschnittlich hoch war er in Ländern mit einer relativ geringen pro Kopf-Wirtschaftsleistung: So betragen die Nahrungs- und Genussmittelkosten in Litauen 35,4 %, Estland 26,7 % und Polen sowie Ungarn je 25,8 % der Konsumausgaben. In Deutschland waren es hingegen im selben Jahr nur 15,3 %, in Irland 12,0 %.

Im Vergleich zu 2004 stiegen die Preise im Jahr 2005 EU-weit leicht an. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI), der die Preisentwicklung EU-weit vergleichbar macht und gleichbedeutend mit der Inflationsrate ist, erhöhte sich in der EU-25 um 2,2 %. Haupttreiber der Preissteigerung waren Energieträger: Für Strom, Gas und andere Brennstoffe bezahlten die EU-

Haushalte 2005 deutlich mehr als 2004 (+9,1 %). Autofahrer mussten für Kraft- und Schmierstoffe Preiserhöhungen von durchschnittlich 10,3 % in Kauf nehmen. Auch das Rauchen wurde 2005 deut-

Abb. 3.1: Konsumausgaben privater Haushalte 2004 in der EU-25
Anteil in %



lich teurer: Die Tabakpreise in der EU-25 erhöhten sich um 6,8%. Billiger wurden hingegen Bekleidung und Schuhe (-0,9%) sowie die Nachrichtenübermittlung (-2,1%).

Die höchste Preissteigerung in der EU-25 verzeichnete 2005 Lettland mit 6,9%. Dort wuchsen die Ausgaben für Gesundheitsleistungen, Verkehr und das Gaststätten- und Beherbergungs-

Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI)

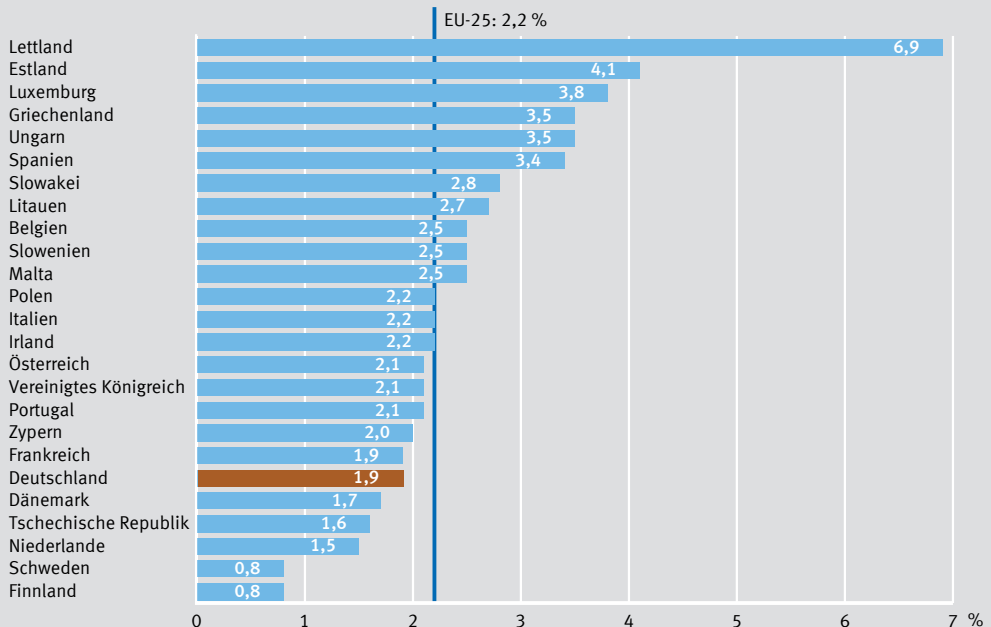
Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) wird in den EU-Staaten neben dem jeweiligen landesspezifischen Verbraucherpreisindex (VPI) von den einzelnen nationalen statistischen Ämtern berechnet. Der HVPI wird primär für europäische Zwecke ermittelt und verfolgt als wichtigste Zielsetzung den Vergleich der Preisveränderungsraten zwischen den EU-Mitgliedstaaten. Der HVPI dient der Messung des Konvergenzkriteriums „Preisstabilität“ im Rahmen des Maastrichter Stabilitätspaktes.

Erforderlich ist die Berechnung des HVPI, weil sich die nationalen Verbraucherpreisindizes in vielfältiger Weise unterscheiden und nicht miteinander vergleichbar sind. So sind die Ziele der nationalen VPI-Berechnung z. B. oft weiter gefasst als die des HVPI. Während der HVPI primär das Ziel „Inflationsmessung“ verfolgt, dienen die nationalen Verbraucherpreisindizes u. a. zusätzlich als „Kompensationsmaßstab“ (Wertsicherungsklauseln) und als „Deflator“ (z. B. zur Berechnung des realen Wachstums). Im Falle Deutschlands wird deshalb im Unterschied zum HVPI z. B. das vom Eigentümer selbst genutzte Wohneigentum (durch Mietäquivalente) in den VPI einbezogen.

Um im EU-Rahmen eine vergleichbare Inflationsmessung zu ermöglichen, legt Eurostat gemeinsame Methoden, Konzepte und Verfahren für die Berechnung des HVPI verbindlich fest. Den HVPI für die EU insgesamt ermittelt Eurostat als gewogenen Durchschnittswert aus den nationalen HVPI.

Abb. 3.2: Inflationsrate 2005

Veränderung des Harmonisierten Verbraucherpreisindex in %



wesen im zweistelligen Bereich. Estland wies mit 4,1% die zweithöchste Inflationsrate auf, wofür im Wesentlichen die höheren Energie- und Verkehrskosten verantwortlich waren. Die niedrigsten Preissteigerungen gab es in Finnland und Schweden mit jeweils 0,8%. Deutschlands Teuerungsrate lag 2005 mit 1,9% ebenfalls am unteren Ende der Skala. Einzelne Güter verteuerten sich jedoch deutlich. So stiegen die Tabakpreise 2005 bedingt durch die Tabaksteuererhöhung um 14,0% (2004 bereits +11,2%). Für Strom und Heizung mussten die deutschen Haushalte 11,8% mehr als im Vorjahr aufwenden. Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke blieben hingegen annähernd stabil (+0,4%).

Armut: Leben an der Schwelle

Armut und soziale Ausgrenzung sind gesellschaftliche Probleme, die auch in den relativ wohlhabenden Staaten der EU existieren. Um den Betroffenen zu helfen und dem Ziel einer gerechten und solidarischen Gesellschaft näher zu kommen, hat sich die EU die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zum Ziel gesetzt. Auf dem Gipfel 2001 in Laeken haben die Mitgliedstaaten statistische Kriterien vereinbart – die so genannten Laeken-Indikatoren –, mit deren Hilfe die Fort-

schritte der Politiken jährlich beschrieben und verglichen werden können.

Im Hinblick auf die Einkommensverteilung hat sich die Ungleichheit in den vergangenen Jahren entgegen der politischen Zielsetzung jedoch weiter vergrößert: So betrug im Jahr 2000 das Gesamteinkommen der „reichsten“ 20% der EU-Bevölkerung das 4,5fache der „ärmsten“ 20% der EU-Bevölkerung – bis 2004 hatte sich dieser Wert bereits auf das 4,8fache erhöht. Überdurchschnittlich groß war die Einkommensungleichheit 2004 in Portugal (7,2), Lettland (2003: 6,1) und Griechenland (6,0). Am kleinsten fiel sie in Slowenien (2003: 3,1), Ungarn (2003: 3,3) und Schweden (3,3) aus. In Deutschland bezog das reichste Fünftel der Bevölkerung das 4,4fache Einkommen des ärmsten Fünftels der Bevölkerung (siehe Abb. 3.3 auf S. 24).

Armut ist ein relativer und schwierig abzugrenzender Begriff, der nur eingeschränkt und unter Berücksichtigung einer Vielzahl von Aspekten interpretierbar ist. Eurostat trifft daher auch keine Aussagen über Armut, sondern lediglich über eine mögliche Armutsgefährdung. Demnach ist armutsgefährdet, wer inklusive sozialer Transferleistungen weniger als 60% des jeweiligen national verfügbaren Median-Einkommens zur Verfügung hat.

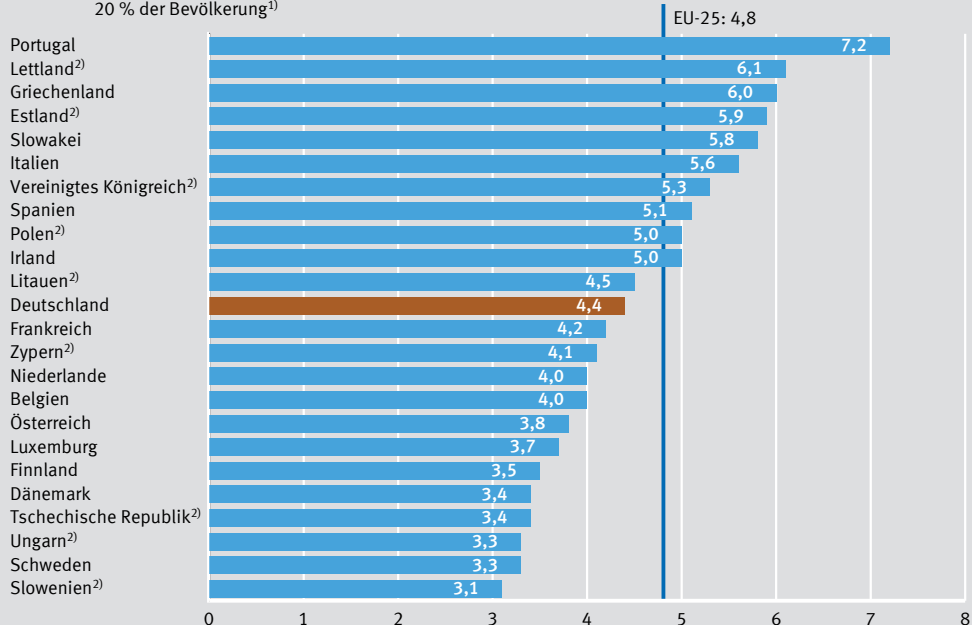
EU-Statistik zur Armutsgefährdung

Die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung gehört zu den politischen Zielen in der EU. Bei den Gipfeltreffen in Lissabon (2000), Laeken (2001) und Barcelona (2002) hat der Europäische Rat die Mitgliedstaaten wiederholt ersucht, die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung Betroffenen erheblich zu verringern. Zur Messung der Fortschritte auf diesem Gebiet wurden in Laeken 18 statistische Indikatoren (Laeken-Indikatoren) festgelegt. Einige davon, wie z. B. die Armutsgefährdungsquote, sind auch Bestandteil der Strukturindikatoren zur Messung der Fortschritte im Rahmen der Lissabon-Strategie (siehe auch Tabellenanhang A.I.1).

Zur Berechnung der Indikatoren verwendete Eurostat bis vor wenigen Jahren vornehmlich Daten aus dem Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (ECHP), in dessen Rahmen jährlich etwa 65 000 EU-Haushalte befragt wurden. Das ECHP lief 2001 aus. In den Folgejahren wurden Daten über Einkommensverteilung, Armut und soziale Ausgrenzung in den EU-Ländern aus verschiedenen Erhebungen ermittelt, in Deutschland geschah dies im Rahmen des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP). Um jedoch eine bessere Vergleichbarkeit der Ergebnisse zwischen den Mitgliedstaaten zu erreichen, konzipierte Eurostat die EU-weite „Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen“ (EU-SILC). Da EU-SILC jedoch erst seit dem Jahr 2005 in allen Mitgliedsländern durchgeführt wird, sind die hier dargestellten Daten der EU-Staaten nur eingeschränkt vergleichbar.

Abb. 3.3: Einkommensverteilung 2004

Verhältnis des Gesamteinkommens der „reichsten“ 20 % der Bevölkerung zum Gesamteinkommen der „ärmsten“ 20 % der Bevölkerung¹⁾



1) Für Malta ist kein Wert verfügbar. – 2) 2003.

In der EU-25 galten 2004 16 % der Bevölkerung und damit mehr als 73 Mill. Menschen als armutsgefährdet. Am schwierigsten war die Situation in der Slowakei, Portugal und Irland: Dort galten jeweils 21 % der Bevölkerung als armutsgefährdet. In Deutschland lag der Anteil bei 16 %, womit hierzulande rund 13 Mill. Menschen von Armut bedroht waren. Am geringsten war die Quote in der Tschechischen Republik und Slowenien (2003: 8 bzw. 10 %).

Die Wahrscheinlichkeit der Armutsgefährdung war in der EU-25 ungleich auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen verteilt und hing u. a. vom Geschlecht, Alter und dem Haushaltstyp ab. So waren Frauen in 17 EU-Ländern stärker armutsgefährdet als Männer, das galt auch für Deutschland. Unterschieden nach Altersgruppen lebten überdurchschnittlich viele Kinder und Jugendliche bis 24 Jahre unterhalb der

Armutsgefährdungsschwelle: 20 % der unter 16-Jährigen und 21 % der 16- bis 24-Jährigen in der EU-25 waren betroffen. Am geringsten war der Anteil in den Altersgruppen der 25- bis 49-Jährigen (14 %) und 50- bis 64-Jährigen (13 %). Bei den über 65-Jährigen stieg er wieder auf 18 % an. Für Deutschland ergab sich eine vergleichbare Abstufung.

Median

In der Statistik ist der Median der Wert, der bei einer sortierten Folge von Messwerten („geordneten Stichprobe“) in der Mitte liegt. 50 % der Messwerte sind also kleiner oder gleich dem Median, 50 % größer oder gleich.

Ein besonderer Vorteil der Verwendung des Medians liegt darin, dass er nicht durch extrem hohe oder extrem niedrige Ausreißerwerte beeinflusst wird, wie bei der Bildung des Durchschnitts der Fall.

Tab. 3.2: Armutsgefährdungsquote 2004

Geschlecht Alter Haushaltstyp	EU-25	Deutschland
	Insgesamt	16
Männer	15	13
Frauen	17	18
im Alter von ... bis ... Jahren		
unter 16	20	20
16 bis 24	21	24
25 bis 49	14	13
50 bis 64	13	12
ab 65	18	15
Haushaltstyp		
Ein Erwachsener unter 65 Jahren	22	23
Zwei Erwachsene unter 65 Jahren	10	8
Ein Erwachsener über 65 Jahren	28	23
Alleinstehende Frau	28	26
Alleinstehender Mann	21	20
Alleinstehender Elternteil mit abhängigen Kindern ...	34	38
Zwei Erwachsene mit einem abhängigen Kind	13	14
Zwei Erwachsene mit zwei abhängigen Kindern	14	10
Zwei Erwachsene mit mehr als zwei abhängigen Kindern ..	26	24

Differenziert nach Haushaltstypen waren in der EU vor allem alleinstehende Frauen und alleinstehende Menschen über 65 Jahren betroffen: Jeweils 28 %

dieser Haushalte galten 2004 als armutsgefährdet, bei Familien mit mehreren unterhaltsberechtigten Kindern waren es 26 %. Am problematischsten gestaltete sich die Situation der Alleinerziehenden (meist Frauen) mit abhängigen Kindern: 34 % dieser Haushalte waren von Armut bedroht. In Deutschland waren sogar 38 % betroffen. Noch höher lag der Wert in den Niederlanden (39 %), Spanien, dem Vereinigten Königreich (je 40 %), der Slowakei (41 %) und Irland (56 %). Vergleichsweise wenig gefährdet waren Alleinerziehende in Finnland, Ungarn und Dänemark (je 16 %).

Armut ist immer relativ

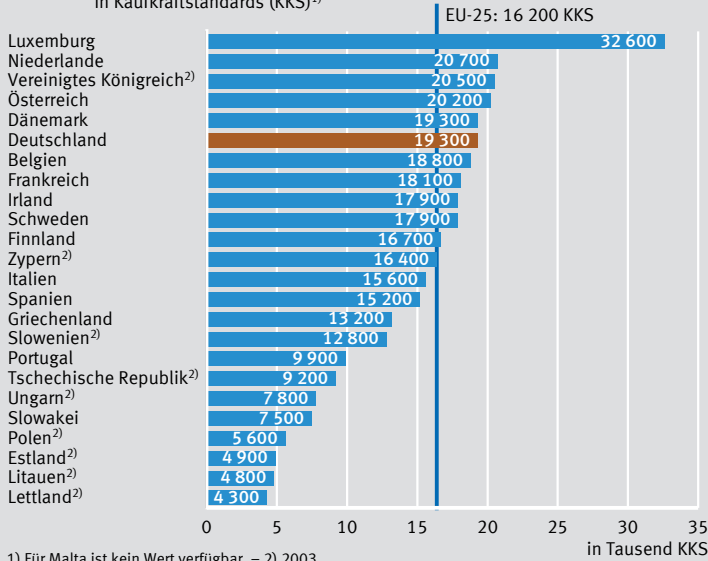
Auch wenn die alten und neuen EU-Mitgliedsländer bei den Armutsgefährdungsquoten relativ ähnlich abschneiden, lässt dies keine Rückschlüsse auf das Wohlstandsniveau in den einzelnen Ländern zu. Ein Vergleich der monetären Armutsgefährdungsschwellen des Jahres 2004, ausgedrückt in Kaufkraftstandards (KKS), verdeutlicht die Unterschiede im Lebensstandard zwischen den Mitgliedsstaaten: So war in Lettland ein Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern mit einem maximalen Einkommen von rund 4 330 KKS (2003) von Armut bedroht – in Luxemburg galt hingegen der gleiche Haushaltstyp mit einem fast achtmal so hohen Einkommen in Höhe von rund 32 600 KKS bereits als armutsgefährdet (siehe Abb. 3.4 auf S. 26). Im EU-Durchschnitt lag die Armutsgefährdungsschwelle bei einem Einkommen von rund 16 200 KKS. Von den zehn neuen Mitgliedsstaaten lagen acht unter diesem Wert, Deutschland gehörte hingegen, wie die meisten anderen EU-15-Staaten, mit rund 19 270 KKS zu den Ländern mit einer relativ hohen monetären Armutsgefährdungsschwelle.

Unterschiedliche Werte zur Armutsgefährdung?

In der 2005 erstmals in Deutschland durchgeführten „Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen“ (EU-SILC, in Deutschland = LEBEN IN EUROPA) ermittelte das Statistische Bundesamt für Deutschland eine gesamte Armutsgefährdungsquote von 13 % für das Jahr 2004. Eurostat wird diese Zahl für das Jahr 2005 veröffentlichen – denn anders als in nationalen Publikationen veröffentlicht Eurostat die Indikatoren jeweils unter dem Erhebungsjahr (also 2005) und nicht wie in Deutschland unter dem Einkommensbezugsjahr (also 2004). Zu beachten ist zudem, dass es sich bei LEBEN IN EUROPA um eine erstmals durchgeführte Erhebung handelt. Aufgrund methodischer wie konzeptioneller Unterschiede zu vorhergehenden Erhebungen (in Deutschland das SOEP) sind die Ergebnisse für Deutschland deshalb nicht mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Abb. 3.4: Monetäre Armutsgefährdungsschwelle 2004

Für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren, in Kaufkraftstandards (KKS)¹⁾



Sozialschutz: Hilfe vom Staat

Für Sozialschutzleistungen – wie z. B. die Altersversorgung und das Gesundheitswesen – gaben die EU-Länder 2003 im Durchschnitt 27% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus. Die Ausgaben variierten dabei von Land zu Land: So wendeten die baltischen Staaten je 13% ihres BIP für Sozialschutzleistungen auf. In Schweden machten diese Leistungen hingegen 32% des BIP aus. Deutschland lag mit Sozialschutzleistungen in Höhe von 29% des BIP ebenfalls über dem EU-Durchschnitt. Dies entsprach einem Budget von 629,4 Mrd. Euro. 41% dieses Betrags (rund 260,7 Mrd. Euro) wurden für die Altersversorgung ausgegeben und 28% (174,3 Mrd. Euro) flossen in das Gesundheitswesen. Zu den weiteren Ausgabenposten gehörten u. a. Versorgungsleistungen für Familien, Arbeitslose und Behinderte.

Abb. 3.5: Sozialschutzleistungen 2003

In % des BIP

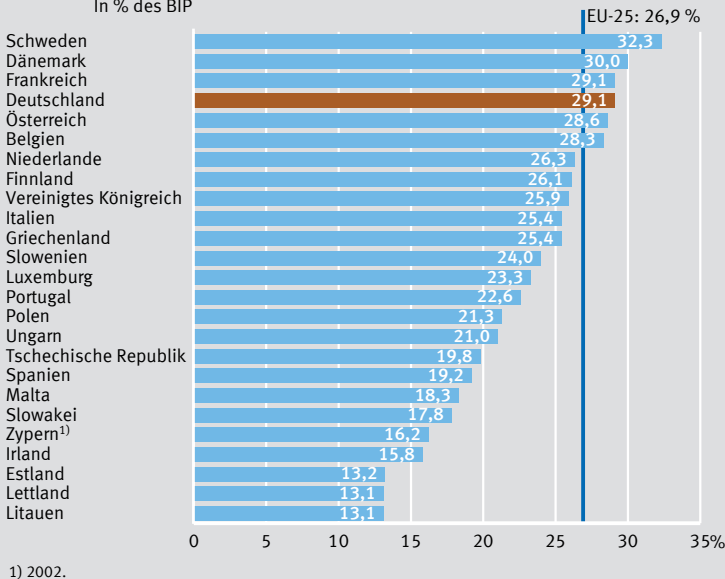
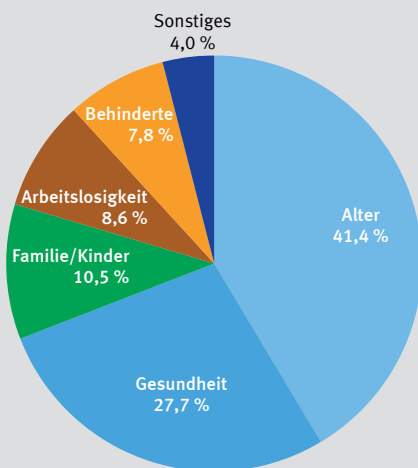


Abb. 3.6: Verteilung der Sozialschutzleistungen in Deutschland 2003



für Gesundheitsgüter und -leistungen aufgewendet. Dies war im Vergleich der EU-Länder, für die derartige Informationen vorlagen, der höchste Anteil (siehe Abb. 3.7 auf S. 28). Es folgten Frankreich mit 10,5%, Belgien mit 10,1% (2003) sowie Portugal und Griechenland mit je 10,0%. In der Slowakei (2003: 5,9%), Polen (6,5%), Irland (7,1%) und der Tschechischen Republik (7,3%) lag der entsprechende BIP-Anteil für Gesundheitsaufwendungen deutlich niedriger.

Gesundheit: Versorgung im Vergleich

Die Gesundheit genießt in unserer Gesellschaft einen hohen Stellenwert. Sie ist nicht nur für das individuelle Wohlbefinden wichtig, sondern beeinflusst auch die Leistungsfähigkeit der Menschen und ist somit auch von volkswirtschaftlicher Bedeutung.

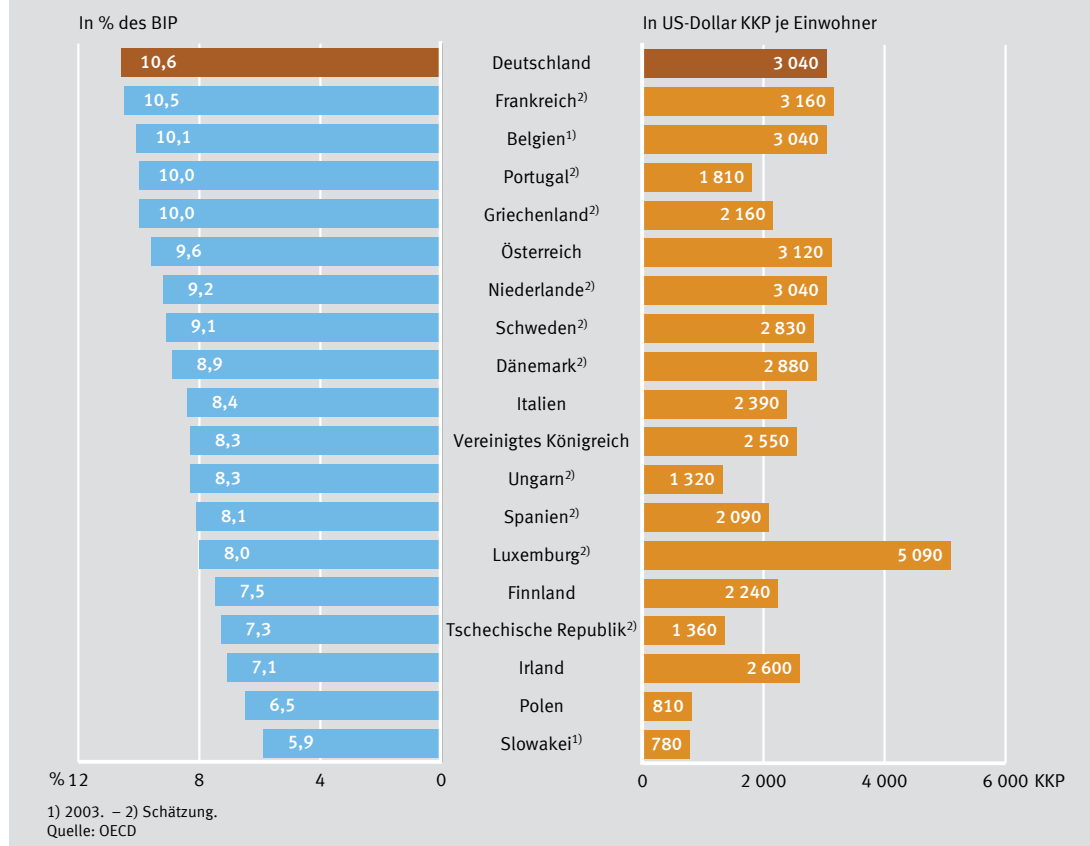
Der Staat regelt in den EU-Mitgliedsländern die Rahmenbedingungen, mit deren Hilfe die Gesundheit der Bürger bestmöglich erhalten, gefördert und im Krankheitsfall wiederhergestellt werden soll. Beim Vergleich und der Bewertung von Gesundheitsindikatoren der EU-Länder müssen die nationalen Unterschiede der jeweiligen Gesundheitssysteme mit in Betracht gezogen werden.

Ein wichtiger Indikator für das Gesundheitswesen im europäischen Vergleich ist der jeweilige Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP. 2004 wurden nach Angaben der OECD in Deutschland 10,6% des BIP

Vergleicht man die Gesundheitsausgaben in US-Dollar je Einwohner auf der Basis von Kaufkraftparitäten, dann brachte Luxemburg mit rund 5 090 US-Dollar pro Kopf mit Abstand die höchste Summe für Gesundheitsgüter und -leistungen auf (zur Definition von Kaufkraftstandards bzw. -paritäten, siehe Infobox auf Seite 21). Es folgten Frankreich (3 160 US-Dollar) und Österreich (3 120 US-Dollar). Deutschland, die Niederlande und Belgien (2003) gaben je 3 040 US-Dollar pro Kopf ihrer Bevölkerung für Gesundheit aus. In Polen und der Slowakei (2003) lagen die entsprechenden Werte mit 810 bzw. 780 US-Dollar je Einwohner um ein Mehrfaches niedriger.

Erste Anhaltspunkte über die medizinische Versorgung in den einzelnen EU-Staaten lassen sich aus der Ärztedichte und der Anzahl der verfügbaren Krankenhausbetten je Einwohner ableiten. Belgien war mit 399 praktizierenden Ärzten je 100 000 Einwohner 2004 das Land mit der höchsten Ärzteversor-

Abb. 3.7: Gesundheitsausgaben ausgewählter EU-Länder 2004



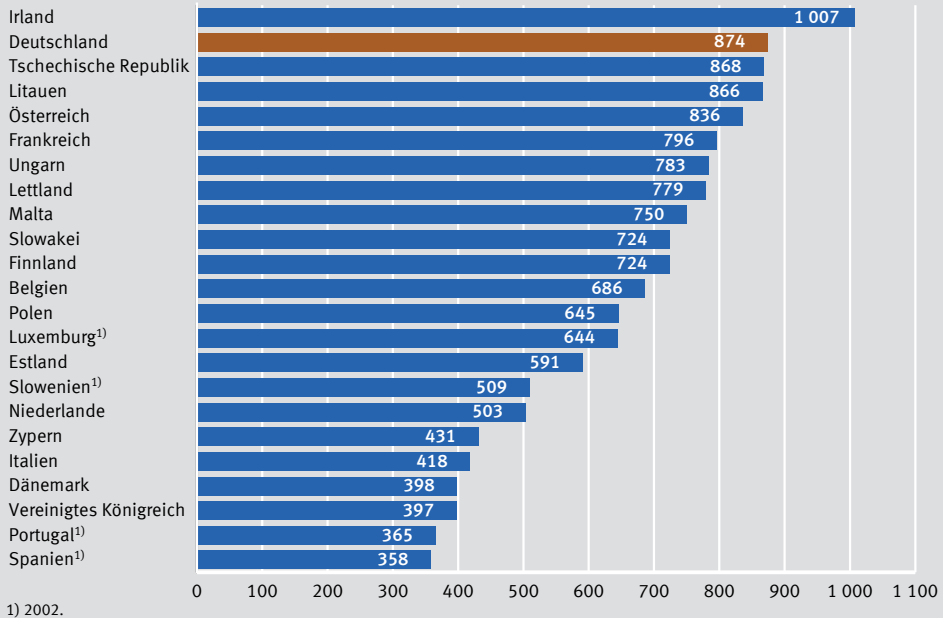
gung. Deutschland gehörte mit 339 praktizierenden Ärzten je 100 000 Einwohner ebenfalls zu den EU-Ländern mit einer vergleichsweise hohen Ärzte-Dichte. Die niedrigsten Zahlen wiesen Polen und das Vereinigte Königreich mit 229 bzw. 223 praktizierenden Ärzten je 100 000 Einwohner auf.

Die Anzahl der vorhandenen Krankenhausbetten unterlag in den zurückliegenden Jahren in vielen EU-Ländern einem starken Kapazitätsabbau. Am höchsten lag 2003 die Zahl der verfügbaren Krankenhausbetten je 100 000 Einwohner mit 1 007 in Irland. Zum Teil deutlich weniger als 400 Betten je 100 000 Einwohner standen hingegen in Dänemark (398), dem Vereinigten Königreich (397), Portugal

(2002: 365) und Spanien (2002: 358) zur Verfügung. In Deutschland waren 874 Krankenhausbetten je 100 000 Einwohner verfügbar, nachdem seit Anfang der 1990er Jahre ein umfangreicher Bettenabbau stattgefunden hatte. Dieser setzte sich auch 2004 mit einem Wert von 858 Krankenhausbetten je 100 000 Einwohner weiter fort.

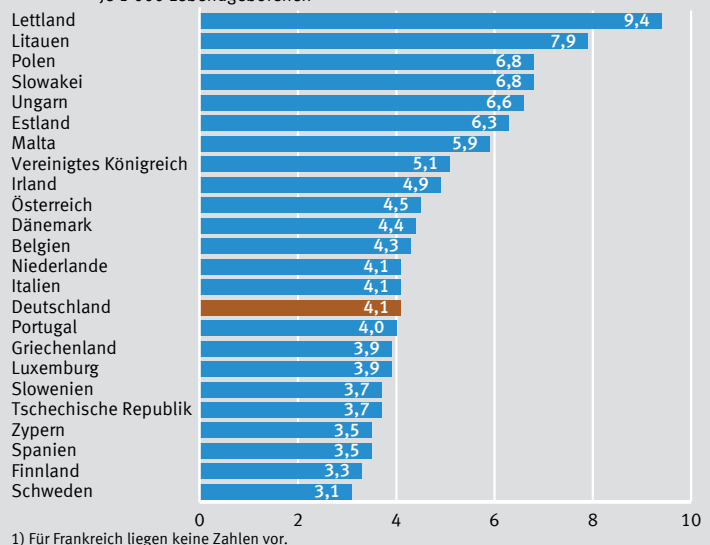
Für Erkenntnisse über die Leistungsfähigkeit der Gesundheitssysteme und der medizinischen Versorgung in den EU-Ländern werden auch Angaben zur Lebenserwartung und Mortalität herangezogen. Im Kapitel „Bevölkerung“ wurde bereits die Lebenserwartung bei Geburt als einer der wichtigsten Indikatoren in diesem Kontext vorgestellt. Die Säug-

Abb. 3.8: Krankenhausbetten in ausgewählten EU-Ländern 2003
Anzahl je 100 000 Einwohner



lingssterblichkeit ist ein Indikator, der Rückschlüsse insbesondere über die Qualität der geburtsnahen Mutter-Kind-Gesundheitsdienste in den einzelnen EU-Ländern zulässt. Im weltweiten Vergleich ist die Säuglingssterblichkeit in der EU sehr gering. Die niedrigste Sterbeziffer wies 2004 Schweden mit einem Wert von 3,1 je 1 000 Lebendgeborenen auf. Deutschland gehörte mit einem Wert von 4,1 ebenfalls zu den zehn EU-Ländern

Abb. 3.9: Säuglingssterblichkeit 2004
Je 1 000 Lebendgeborenen¹⁾



mit der geringsten Säuglingssterblichkeit. Relativ hoch war die Ziffer in einigen neuen Mitgliedstaaten. So starben 2004 in Lettland und Litauen von 1 000 Lebendgeborenen 9,4 bzw. 7,9 Säuglinge.

Herzinfarkte, Schlaganfälle und andere Krankheiten des Kreislaufsystems stellen in der EU-25 mittlerweile die häufigste Todesursache dar: Sie waren im Zeitraum von 2001 bis 2003 für 41 % aller Todesfälle verantwortlich. Krebserkrankungen waren die Ursache für jeden vierten Todesfall. Differenziert nach Altersgruppen zählten bei den bis zu 44-Jährigen äußere Ursachen wie Verkehrsunfälle oder Selbstmord zu den häufigsten Todesursachen, während bei den 45- bis 64-Jährigen die Krebserkrankungen an erster

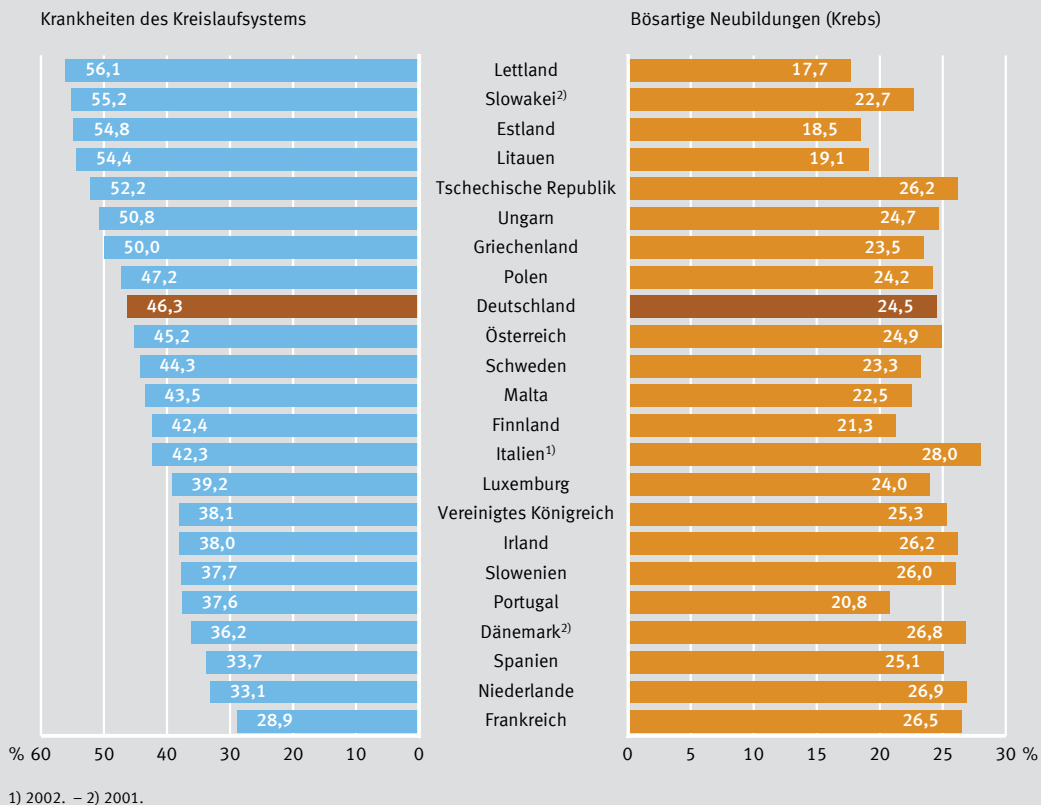
Stelle standen. Ab einem Alter von 65 Jahren waren Erkrankungen des Kreislaufsystems für die meisten Todesfälle verantwortlich.

Allerdings bestanden im Ländervergleich erhebliche Unterschiede in den Mortalitätsstrukturen. So war 2003 in den baltischen Staaten, der Slowakei (2002), der Tschechischen Republik und Ungarn mehr als die Hälfte aller Todesfälle auf Kreislauf-erkrankungen zurückzuführen. In Deutschland wurde in 46 % aller Sterbefälle eine Kreislauf-erkrankung als Todesursache diagnostiziert. In Spanien und den Niederlanden war es nur jeder dritte Todesfall. Am niedrigsten lag der Anteil der Kreislauf-erkrankungen an den Todesursachen mit 29% in Frankreich.

Tab. 3.3: Wichtigste Todesursachen in der EU-25
Anteil 2001 bis 2003 in %

	Krebs	Krankheiten des Kreislauf- systems	Krankheiten der Atemwege	Krankheiten des Verdauungs- apparates	Äußere Ursachen (u. a. Selbstmord, Verkehrsunfälle)	Sonstige
Alle Altersgruppen	25,3	41,0	8,0	4,6	5,2	15,9
0 bis 19 Jahre	7,2	3,2	2,8	0,9	26,6	59,3
20 bis 44 Jahre	19,7	13,8	2,5	6,6	38,0	19,4
45 bis 64 Jahre	41,4	26,3	4,1	7,6	8,3	12,3
65 bis 84 Jahre	29,1	42,0	8,2	4,2	2,8	13,7
über 85 Jahre	11,6	52,0	10,6	3,5	2,9	19,4

Abb. 3.10: Haupttodesursachen in ausgewählten EU-Ländern 2003
Anteil in % aller Todesursachen



4 Bildung, Forschung und Informationsgesellschaft

4 Bildung, Forschung und Informationsgesellschaft

Bildung: Rohstoff der Zukunft

Der Ausbau der Wissensgesellschaft gehört zu den prioritären Zielen der erneuerten Lissabon-Strategie der EU. Auch in Deutschland wurde dieses Ziel zur zentralen Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit einer modernen Gesellschaft erklärt und im nationalen Reformprogramm der Bundesregierung festgeschrieben. Als Grundstein für Wissen gilt die Stärkung der Bildungssysteme durch möglichst hochwertige schulische und berufliche Ausbildung.

Tatsächlich fielen die bisherigen jährlichen Aufwendungen für Bildung in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten unterschiedlich aus. Dänemark gab 2004 mit 8,3% des BIP anteilig am meisten für sein Bildungswesen aus. Es folgten Schweden (7,4%) und Portugal (7,3%). Die Schlusslichter waren die Slowakei (3,6%) und Griechenland (3,5%). Deutschland lag mit einem Anteil von 4,0% des BIP an drittletzter Stelle der EU-Länder.

Zu oft noch wird das Bildungsniveau der Beschäftigten den Anforderungen des heutigen Arbeitsmarktes nicht gerecht: Technischer Fortschritt und internationaler Standortwettbewerb stellen immer höhere Ansprüche an die Arbeitnehmer. Im Einklang mit dem Lissa-

bonner Ziel für 2010, die Situation junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, strebt der Europäische Rat einen Sekundarstufe-II-Abschluss für mindestens 85% der jungen Menschen an – das entspricht in Deutschland dem Fachabitur, Abitur oder einem beruflichen Ausbildungsabschluss (Lehre, Berufsfachschule).

Die bisherige Bilanz dieses Vorhabens fällt zwiespältig aus: In acht Mitgliedstaaten verfügten 2005 bereits mehr als 85% der 20- bis 24-Jährigen über einen Sekundar-II-Abschluss, darunter waren die neuen Mitgliedsländer Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Polen und Litauen. In den anderen Ländern lag der Anteil der Absolventen darunter, in einigen sank er sogar von 2000 bis 2005, so beispielsweise in Deutschland von 74,7 auf 71,0% und in Spanien von 65,9 auf 61,3%. Im EU-Durchschnitt blieb der Anteil der Sekundar-II-Abschlüsse mit 76,9% nahezu unverändert (2000: 76,3%).

Abb. 4.1: Ausgaben des Staates für das Bildungswesen 2004
In % des BIP

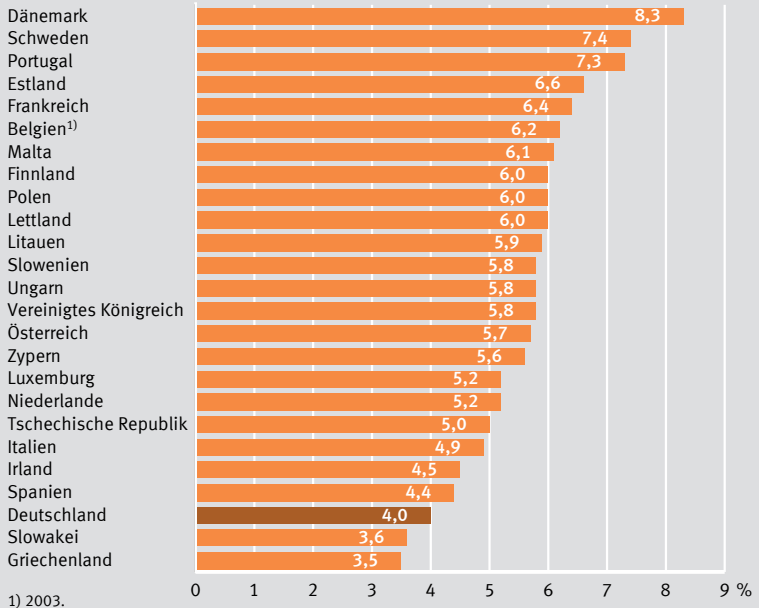
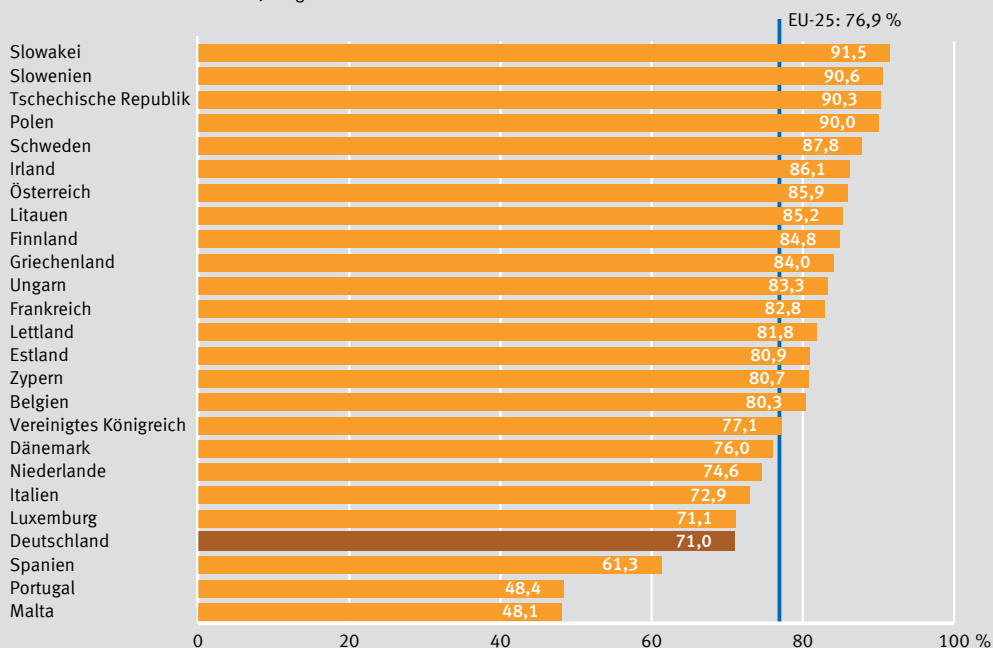


Abb. 4.2: Bildungsstand der Jugendlichen 2005

Anteil der 20- bis 24-Jährigen mit mindestens Sekundarstufe-II-Abschluss



Frauen wiesen dabei ein höheres Ausbildungsniveau auf als Männer: 79,5 % der Frauen verfügten in der EU 2005 mindestens über den Abschluss der Sekundarstufe II, bei den Männern waren es nur 74,4 %. Mit 71,6 bzw. 70,4 % lag Deutschland auch hier jeweils unter dem EU-Durchschnitt. Die relativ niedrigen Werte für Deutschland sind jedoch zu einem wesentlichen Teil durch die Wahl der Altersgruppe bedingt, denn in Deutschland erreichten viele Jugendliche einen Abschluss der Sekundarstufe II im Vergleich mit anderen europäischen Staaten relativ spät.

Wissenschaft: Hochqualifizierter Nachwuchs gefragt

Einen wesentlichen Beitrag zur Ausbildung hoch qualifizierter Fachleute leisten die Bildungseinrichtungen des Tertiärbereichs. In Deutschland zählen zum Tertiärbereich Universitäten, Fachhochschu-

len, Berufsakademien, Fachschulen, Fachakademien sowie die zwei- und dreijährigen Schulen des Gesundheitswesens. An solchen Einrichtungen lernten 2004 EU-weit 17,3 Mill. Schüler und Studierende. In fast allen EU-Ländern waren dabei die Frauen in der Überzahl: Ihr Anteil lag im EU-Durchschnitt bei 54,8 %. Am stärksten waren sie in Estland (61,8 %) und Lettland (62,3 %) vertreten. Nur Deutschland und Zypern bildeten eine Ausnahme: Dort betrug der Frauenanteil weniger als 50 % (49,4 bzw. 47,9 %).

In den kommenden Jahren sollen sich möglichst viele junge Leute für eine tertiäre Ausbildung in Mathematik, Naturwissenschaften und Technik begeistern – so die Vorstellung des Europäischen Rates. Denn mit dem vermehrten Einsatz neuer Technologien steigt auch der Bedarf an entsprechenden Qualifikationen.

Tab. 4.1: Absolventinnen und Absolventen in Mathematik, Naturwissenschaften und Technik in % aller Fachrichtungen

Mitgliedstaat	2000	2004
Österreich	30,1	28,8
Schweden	30,6	28,8
Irland	34,5	28,3
Spanien	25,0	27,9
Griechenland	27,3
Deutschland	26,6	26,9
Slowakei	20,8	24,1
EU-25	24,8	23,6
Tschechische Republik ...	24,4	23,1
Vereinigtes Königreich ...	27,9	23,1
Italien	23,1	22,8
Portugal	18,6	22,1
Litauen	26,0	21,9
Dänemark	21,7	19,4
Belgien	18,9	19,0
Slowenien	22,8	18,7
Estland	18,9	16,9
Niederlande	15,7	16,1
Polen	14,7	14,9
Zypern	11,9	13,1
Lettland	15,9	13,0
Ungarn	12,0	10,3
Frankreich	30,5	.
Finnland	28,0	.
Luxemburg	14,6	.
Malta	9,3	.

. = kein Wert verfügbar.

Von 2000 bis 2004 stieg die Zahl der Absolventinnen und Absolventen der Fachrichtungen Mathematik, Naturwissenschaften und Technik in der EU-25 von 635 000 auf 776 000 an. Gleichzeitig nahm deren Anteil an der Gesamtabsoventenzahl aber ab: von 24,8 % in 2000 auf 23,6 % in 2004. Die Anzahl der Absolventinnen und Absolventen anderer Fachrichtungen stieg demnach noch stärker.

Die deutlichsten Anteilsrückgänge im naturwissenschaftlich-technischen Bereich gab es in Irland (- 6,2 Prozentpunkte), im Vereinigten Königreich (- 4,8 Pro-

zentpunkte) sowie in Litauen und Slowenien (jeweils - 4,1 Prozentpunkte). In anderen Ländern wuchs der Anteil der Absolventinnen und Absolventen im naturwissenschaftlich-technischen Bereich hingegen, in Portugal z. B. um 3,5 Prozentpunkte, in der Slowakei um 3,3 Prozentpunkte und in Spanien um 2,9 Prozentpunkte. Deutschland verzeichnete im selben Zeitraum einen leichten Zuwachs um 0,3 Prozentpunkte.

Frauen machten dabei deutlich seltener einen Abschluss in diesen Bildungsgängen als Männer: So erlangten 2004 in der EU-25 von allen Absolventinnen im Tertiärbereich nur 12,4 % einen Abschluss in Mathematik, Naturwissenschaften oder Technik, bei den männlichen Absolventen waren es 39,4 %. Frauen in Deutschland lagen mit einem Anteil von 12,2 % an der Gesamtzahl der Absolventinnen etwa im EU-Durchschnitt (Männer: 43,4 %). In Griechenland schlossen hingegen 18,2 % aller Absolventinnen einen Bildungsgang in Mathematik, Naturwissenschaften oder Technik ab. In Schweden und Irland waren es 15,9 bzw. 15,6 %. Am niedrigsten lag der entsprechende Anteil in Ungarn (4,5 %) und den Niederlanden (5,6 %).

Lernen: Ein Leben lang

Produktivitätsanstieg, Strukturwandel und technischer Fortschritt verlangen immer neue Qualifikationen von den Arbeitnehmern. Häufig reicht das erworbene Wissen aus Schul-, Berufs- und Hochschulausbildung nicht mehr aus, um eine 30 bis 40 Jahre lange Berufslaufbahn erfolgreich zu gestalten. Das „Lebenslange Lernen“ gewinnt deshalb für die persönliche und berufliche Entwicklung immer mehr an Bedeutung. Um dem gestiegenen Weiterbildungs- und Umschulungsbedarf der Menschen in den unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsstadien gerecht zu werden, möchte die EU ihre Bildungs- und Ausbildungssysteme offener und flexibler gestalten und

Erwachsene verstärkt an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen lassen.

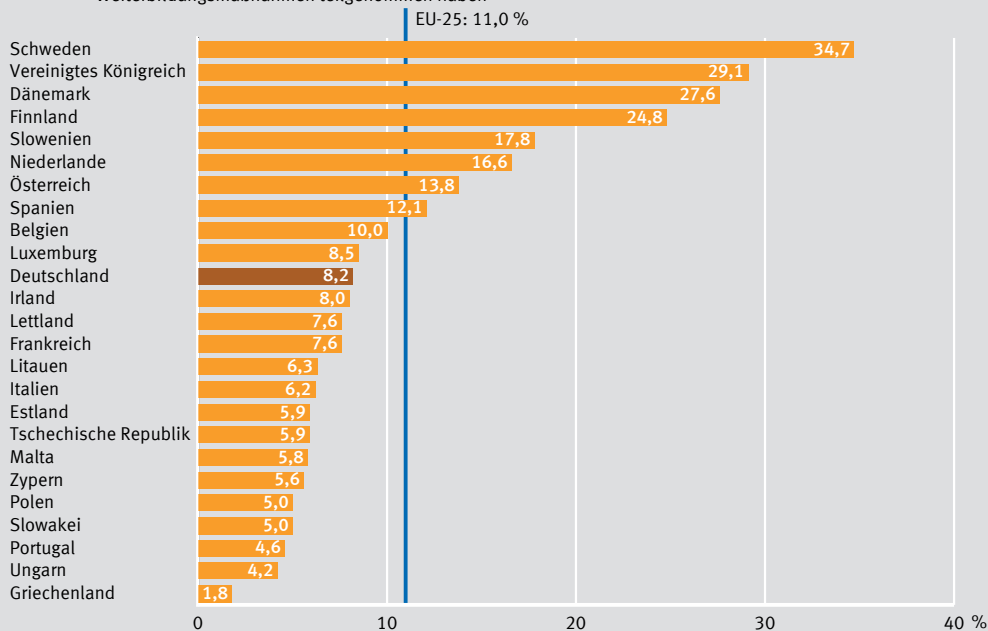
Doch obwohl sich immer mehr Menschen für diese Lernform interessieren, hat sich die Idee des lebenslangen Lernens bislang nur in den nordeuropäischen Mitgliedstaaten durchgesetzt. So nahmen in Schweden 2005 mehr als ein Drittel aller Erwachsenen im erwerbsfähigen Alter an einer Aus- oder Weiterbildungsmaßnahme teil. Es folgten das Vereinigte Königreich (29,1 %), Dänemark (27,6 %) und Finnland (24,8 %). Deutschland wies eine Beteiligungsquote von 8,2 % auf und lag damit unter dem EU-Durchschnitt von 11,0 %. In vielen Ländern, darunter Griechenland, Ungarn und Portugal, spielte die Aus- und Weiterbildung bislang eine noch sehr geringe Rolle.

Forschung: Von patenten Ideen profitieren

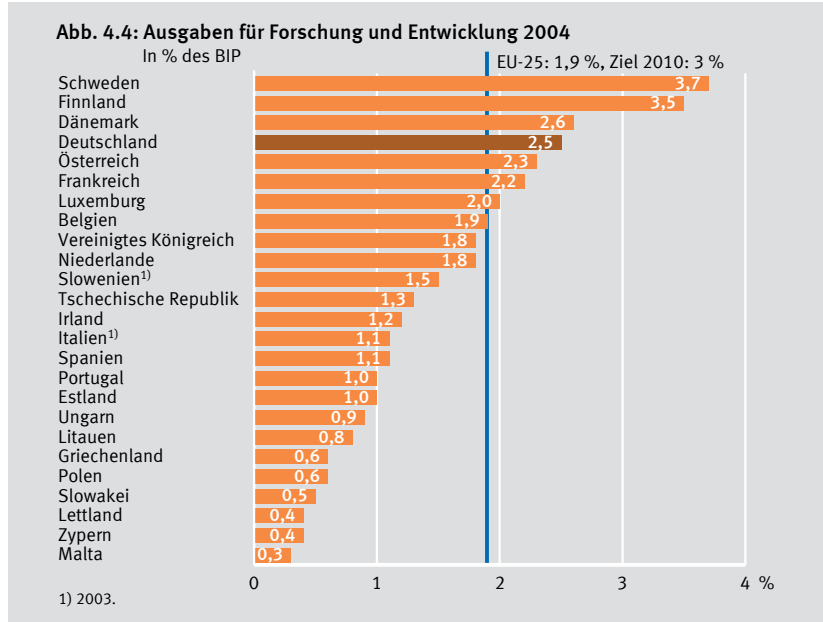
Ob internationales Hochschul-Ranking, die erfolgreiche Anwerbung von Spitzenforschern oder die Zahl der Nobelpreisträger: Um im globalen Wettbewerb mithalten zu können, müssen die europäischen Volkswirtschaften mehr und bessere Ressourcen für Forschung und Innovation zur Verfügung stellen. Diese Forderung des Lissabonner Gipfels wurde vom Europäischen Rat im März 2006 nochmals bekräftigt. Daher wollen die EU-Länder in den kommenden Jahren attraktivere Bedingungen für Wissenschaftler schaffen und die Entwicklung neuer Technologien forcieren. Die jährlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) sollen unter Berücksichtigung der verschiedenen Ausgangspositionen der Mitgliedstaaten als Gesamtziel bis 2010 mindestens 3 % des BIP erreichen.

Abb. 4.3: Aus- und Weiterbildung 2005

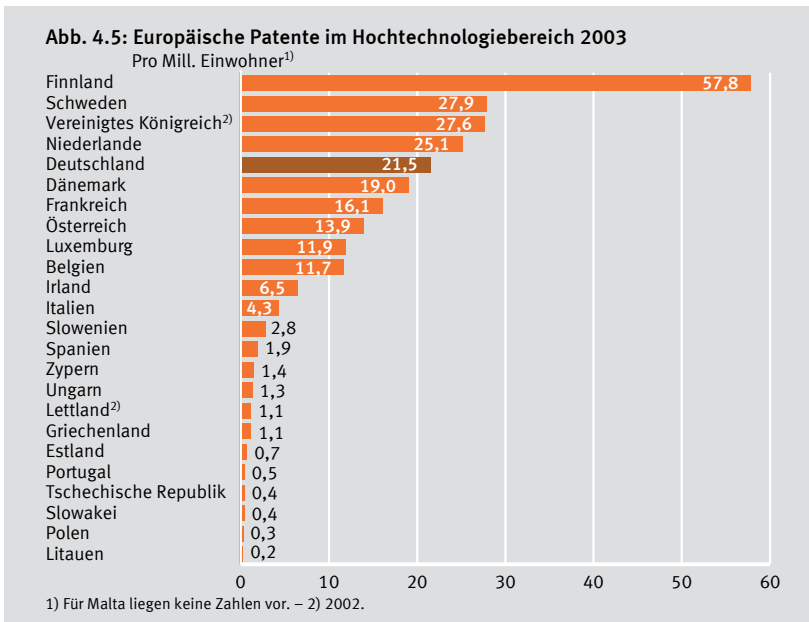
Anteil der Personen von 25 bis 64 Jahren, die in den vier Wochen vor der Erhebung an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teilgenommen haben



Bislang ist jedoch wenig geschehen: 2004 gaben die Länder im Durchschnitt 1,9% des BIP für FuE aus – genauso viel wie zum Zeitpunkt der Lissabon-Beschlüsse im Jahr 2000. Kein Land hatte die in den nationalen Reformprogrammen festgelegten Zielvorgaben, die teilweise unter und teilweise über 3% des BIP liegen, erreicht. Schweden und Finnland lagen mit 3,7 bzw. 3,5% an der Spitze aller EU-Länder. Es folgte Dänemark mit 2,6%. Deutschland gab 2,5% des BIP aus, bis 2010 sollen es dem nationalen Reformprogramm zufolge 3% sein.



Das Europäische Patentamt (EPA) verzeichnete 2003 für Deutschland 1 774 Patente im Hochtechnologiebereich. Das waren rund 22 Patente pro Mill. Einwohner. Damit zählte Deutschland neben Finnland (58 Patente pro Mill. Einwohner), Schweden und dem Vereinigten Königreich (je 28 Patente pro Mill. Einwohner) sowie den Niederlanden (25 Patente pro Mill. Einwohner) zu den fünf erfindungsreichsten EU-Ländern in diesem Sektor. Am unteren Ende der Skala lagen mit weniger als einem Patent pro Mill. Einwohner die neuen EU-Mitgliedstaaten Litauen, Polen, Slowakei und die Tschechische Republik.



Informationsgesellschaft: Vernetzt wie nie zuvor

Ob zu Hause, in Bildungsstätten, Forschungseinrichtungen, Unternehmen oder Verwaltungen: Überall haben die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in rasantem Tempo gewohnte Abläufe verändert und neue Möglichkeiten der Kommunikation und Koordination geschaffen. Digitale Netze verbinden Hersteller und Käufer, Unternehmen und Verbraucher, Staat und Bürger und die Menschen untereinander.

2004 wurden in der EU 596 Mrd. Euro für die Ausstattung mit IKT ausgegeben, das entsprach ca. 6 % des BIP. Deutschland lag bei den Informationstechnologien mit Ausgaben in Höhe von 3,1 % des BIP im EU-Vergleich auf dem 7., bei den Telekommunikationstechnologien mit 3,1 % des BIP auf dem 21. Platz.

Vom Grad der Verbreitung und Nutzung der neuen Technologien wird zunehmend auch die Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und damit die Zukunftsfähigkeit eines Landes abhängen. Der Aufbau einer erfolgreichen Informationsgesellschaft und die Einbeziehung möglichst vieler Bürger in diesen Prozess ist deshalb auch ein zentraler Punkt der Lissabon-Strategie des Europäischen Rates.

Mittlerweile ganz alltäglich: Das Internet

Das Internet ist längst Teil unseres Alltags geworden. Jeder zweite Privathaushalt in der EU-25 verfügte 2005 über einen Netzzugang. Doch während in den Niederlanden, Dänemark und Schweden bereits über 70 % der Haushalte einen Internetanschluss hatten, waren es in der Tschechischen Republik und Litauen weniger als 20 %. Deutschland gehörte mit einer Haushaltsversorgungsdichte von 62 % zu den fünf führenden Ländern in der EU (siehe Abb. 4.6 auf S. 40).

Auch bei der Internet-Nutzung waren die Nordeuropäer Spitze: Über 70 % der Schweden, Niederländer und Dänen im Alter von 16 bis 74 Jahren surfen 2005 durchschnittlich mindestens einmal pro Woche im Internet, in Deutschland waren es 54 %. Im EU-Durchschnitt gingen 43 % der EU-Bürger regelmäßig online (siehe Abb. 4.7 auf S. 41).

Bei der Internetnutzung spielten das Alter und die soziale Stellung eine wichtige Rolle: Im EU-Durchschnitt nutzten 68 % der Jugendlichen im Alter von 16 bis 24 Jahren 2005 regelmäßig das Internet. Mit zunehmendem Alter sank dieser Anteil: In der Gruppe der 65- bis 74-Jährigen ging nur noch jeder Zehnte regelmäßig online. In Deutschland lag der Beteiligungsgrad zwar in allen Altersgruppen über dem EU-Durchschnitt, es ergab sich jedoch die gleiche altersbedingte Abstufung.

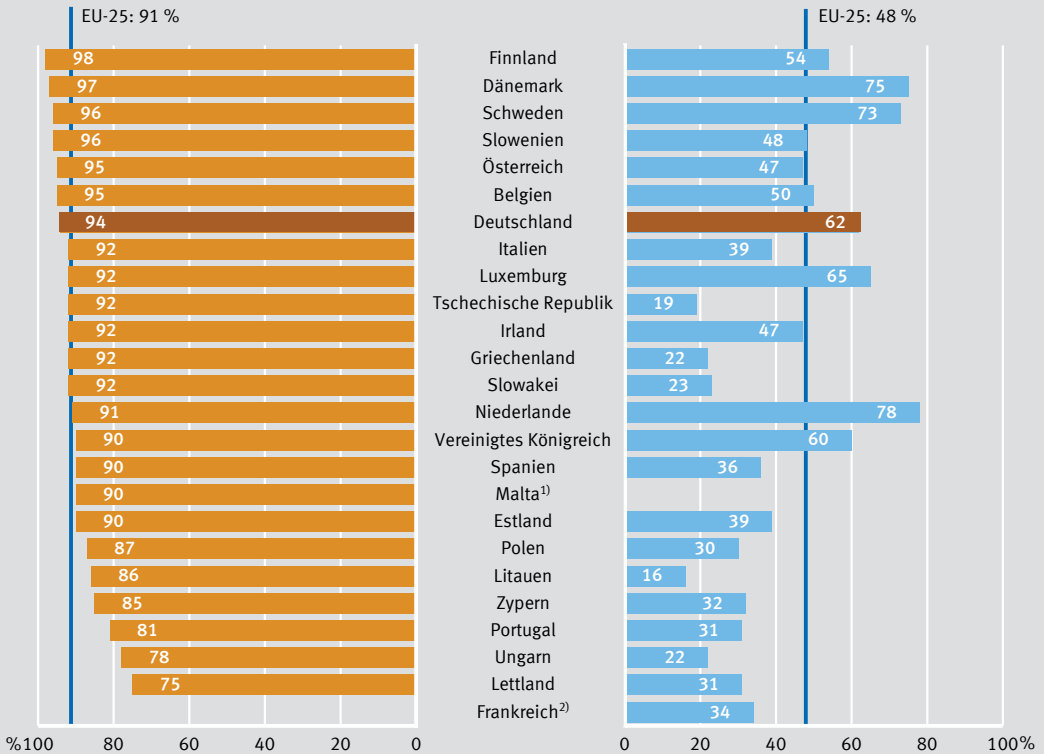
Unterschieden nach Berufsstatus wurde das Internet EU-weit von Studierenden am intensivsten genutzt: 2005 gingen 78 % von ihnen regelmäßig ins Netz. Von den abhängig Erwerbstätigen waren es noch 55 %, von den Arbeitslosen nur 32 %. In Deutschland lag die Quote der regelmäßigen Nutzer in allen Gruppen höher (Studierende: 88 %, abhängig Erwerbstätige: 64 %, Arbeitslose: 45 %). Einen vergleichsweise noch deutlich höheren Zugang zur Netzwelt hatten die Menschen in den Niederlanden, wo beispielsweise 87 % der Arbeitslosen regelmäßig online waren.

Aus dem Wirtschaftsleben war das Internet ebenfalls nicht mehr wegzudenken: 2005 verfügten in der EU 91 % der Unternehmen mit mehr als zehn Beschäftigten über einen Netzzugang. Finnland und Dänemark näherten sich dabei bereits der 100 %-Marke. In Deutschland waren 94 % aller Unternehmen mit mehr als zehn Beschäftigten an das Internet angeschlossen, in Lettland als hier rangletzttem EU-Mitgliedstaat drei von vier Unternehmen.

Abb. 4.6: Unternehmen und Haushalte mit Internetzugang 2005

Unternehmen mit mindestens zehn Vollzeitbeschäftigten

Privathaushalte mit mindestens einem Mitglied unter 75 Jahren



1) Zum Internetzugang in Privathaushalten liegen keine Zahlen vor. – 2) Zum Internetzugang in Unternehmen liegen keine Zahlen vor; 2004.

Mit Hilfe des Internets können Firmen Unternehmensprozesse vereinfachen, effizienter gestalten und sich neue Vertriebswege erschließen: So gingen 2004 EU-weit in 12% der Unternehmen Bestellungen online ein. Führend war Dänemark, wo bereits 32% der Firmen auf diesem Weg Aufträge erhielten. Deutschland lag mit 16% an 6. Stelle.

Auch die deutschen Verbraucher zeigten sich den neuen virtuellen Einkaufsmöglichkeiten gegenüber aufgeschlossen: Jeder Dritte zwischen 16 und 74 Jahren kaufte im 1. Quartal 2005 online ein. Noch kaufreudiger waren mit jeweils 36% nur die Verbraucher

in Schweden und im Vereinigten Königreich. EU-weit bestellten 18% der Verbraucher Waren und Dienstleistungen über das Internet. Wenig verbreitet war diese Kaufform in den südeuropäischen und den neuen EU-Mitgliedsländern.

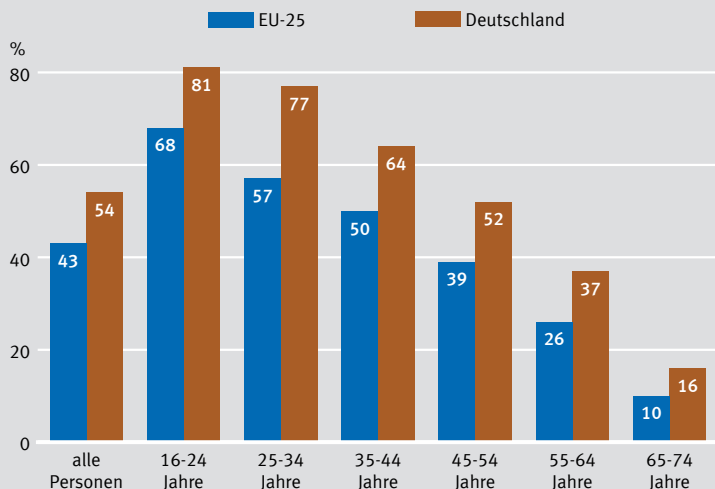
Zu den am meisten nachgefragten Waren und Dienstleistungen im Online-Handel gehörten 2005 Bücher, Reisedienstleistungen, Kleidung und Filme.

e-Government: Behördengänge rund um die Uhr

Am Computer sitzen, statt in Ämtern Schlange stehen – moderne Informations- und Kommunikati-

Abb. 4.7: Internetnutzung 2005

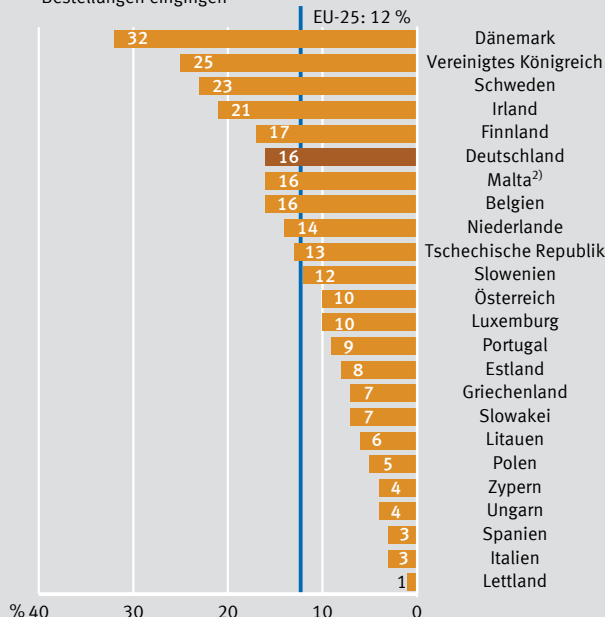
Anteil der Personen, die das Internet durchschnittlich wenigstens einmal pro Woche nutzen



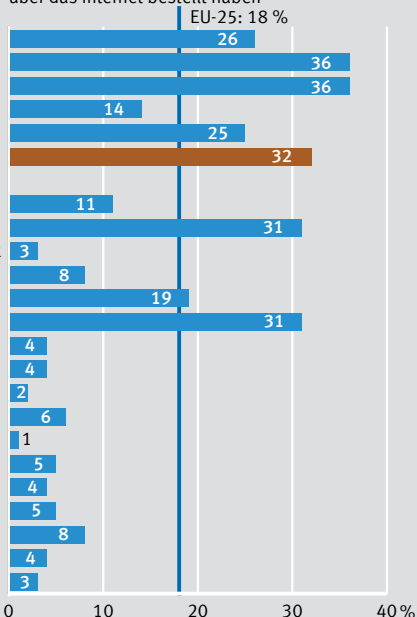
onstechnologien bieten Bürgern und Unternehmen die Möglichkeit, Behördengänge schnell und kostengünstig über das Internet abzuwickeln. Um diese Vorteile verstärkt zu nutzen, haben die Regierungen der EU-Länder in Lissabon beschlossen, in einem ersten Schritt 20 zuvor bestimmte Behörden-Dienstleistungen über das Internet anzubieten. Dazu gehören u. a. die elektronische Einkommensteuererklärung und die Möglichkeit für Unternehmen, sich

Abb. 4.8: Online-Bestellungen

Anteil der Unternehmen mit mindestens zehn Beschäftigten, bei denen im Jahr 2004 Online-Bestellungen eingingen¹⁾



Anteil der Einzelpersonen, die im 1. Quartal 2005 für private Zwecke Waren oder Dienstleistungen über das Internet bestellt haben¹⁾

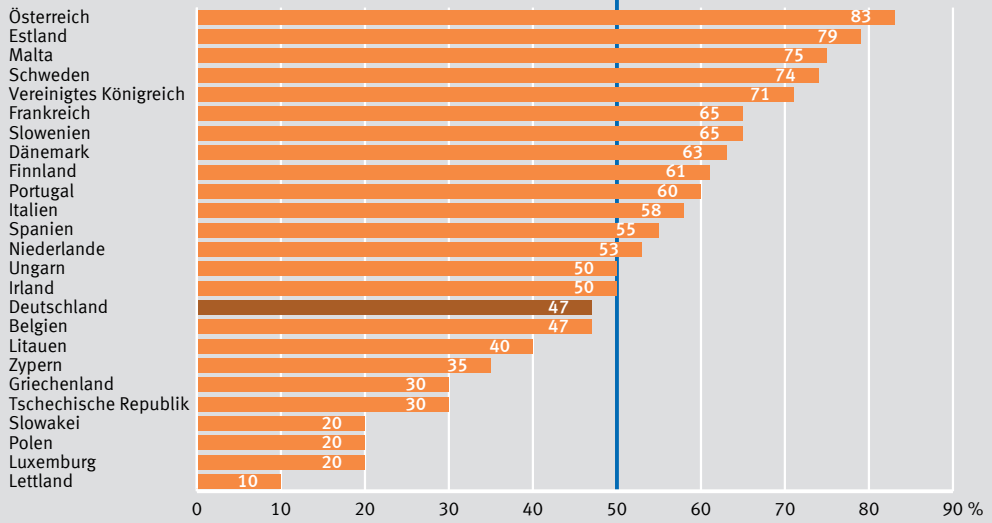


1) Für Frankreich sind keine Werte verfügbar. – 2) Für Malta ist kein Wert über Online-Bestellungen von Einzelpersonen verfügbar.

Abb. 4.9: e-Government 2006

Online-Verfügbarkeit von 20 wichtigen Behördendienstleistungen

EU-25: 50 %



online an öffentlichen Ausschreibungen zu beteiligen.

Am stärksten verbreitet hat sich die Idee des elektronischen Behördenganges bislang in Österreich, Estland und Malta: Hier konnten 2006 von den 20 grundlegenden öffentlichen Diensten bereits mindestens drei Viertel vollständig über das Internet abgewickelt werden. In Deutschland ließen sich im Jahr 2006 von den 20 grundlegenden öffentlichen

Dienstleistungen knapp die Hälfte über das Internet erledigen. Das Angebot war damit schlechter als im EU-Durchschnitt.

Das Interesse auf der Nachfrageseite in der EU war ebenfalls noch begrenzt: So nutzten 2005 nur 23 % der Privatpersonen im Alter von 16 bis 74 Jahren das Internet zur Interaktion mit Behörden, von den Unternehmen waren es 57 %.

eSTATISTIK.core: Beitrag zum Bürokratieabbau

Unternehmen in Deutschland unterliegen der statistischen Meldepflicht. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung e. V. (AWV) und Softwareherstellern ein System der automatisierten Datengewinnung entwickelt: Mit Hilfe von „eSTATISTIK.core“ können Firmen Daten, die sie an die amtliche Statistik melden müssen, automatisch aus ihrem betrieblichen Rechnungswesen gewinnen und in elektronischer Form an die Statistischen Ämter übermitteln. Auf diese Weise werden die Unternehmen entlastet, da sie nicht mehr manuell oder auf ausgedruckten Internetformularen ihre Eintragungen vornehmen müssen. Gleichzeitig werden Übertragungsfehler vermieden und durch das einheitliche Format der übermittelten Daten weitere Effizienzgewinne im statistischen System erzielt.

5 Arbeitsmarkt

5 Arbeitsmarkt

Beschäftigung: Kaum Bewegung auf dem Arbeitsmarkt

Den Wohlstand mehr und gleichzeitig den sozialen Zusammenhalt sichern: Das ist eines der Kernanliegen der EU. Um die Erwerbslosigkeit zu senken und die langfristige Tragfähigkeit der Sozialschutzsysteme zu stärken, haben sich die EU-Staaten auf dem Ratsgipfel in Lissabon im Jahr 2000 vorgenommen, die Erwerbstätigenquote bis 2005 auf 67 % und bis 2010 auf 70 % zu steigern. Beschäftigungsförderung zählt auch in der erneuerten Lissabon-Strategie des Jahres 2005 zu den vier prioritären Aktionsbereichen der EU und wurde in den nationalen Reformprogrammen der Mitgliedstaaten mitberücksichtigt.

Die Zielmarke hat die EU bislang nicht erreicht. Seit 2002 lag das jährliche Beschäftigungswachstum im EU-Durchschnitt unter einem Prozent. 2005 erreichte es mit 0,9 % ein vorläufiges Hoch. Die größten Zuwächse verzeichneten 2005

im Vergleich zum Vorjahr Irland und Spanien mit 4,6 bzw. 3,6 %. Ohne Beschäftigungszuwachs blieben die Niederlande, Portugal und Ungarn (je 0 %) sowie Deutschland (-0,2 %).

Insgesamt verfehlten 16 EU-Länder das bis 2005 vereinbarte Beschäftigungsziel von 67 %. Am deutlichsten unter dieser Marke blieben Polen (52,8 %), Malta (53,9 %) und Ungarn (56,9 %). In Deutschland waren 65,4 % erwerbstätig – der EU-Durchschnitt betrug 63,8 %. In Dänemark, den Niederlanden, Schweden und dem Vereinigten Königreich lag die Quote bereits über 70 %.

Perspektiven: Frauen und Fünfzig + gefragt

In den kommenden Jahrzehnten wird sich die Bevölkerungsstruktur verändern. Bei sinkenden Geburtenraten und gleichzeitig steigender Lebenserwartung wird die absolute Zahl der Menschen im Erwerbsalter ab- und die der Renten- und Pflegeleistungsempfänger zunehmen. Dadurch entsteht ein enormer Druck auf die Alters-, Gesundheits- und So-

Begriffsdefinitionen

Erwerbstätige sind Personen von 15 bis 64 Jahren, die in der statistischen Berichtswoche mindestens eine Stunde lang gegen Entgelt zur Gewinnerzielung oder Mehrung des Familieneinkommens gearbeitet haben oder aber einen Arbeitsplatz hatten, von dem sie vorübergehend abwesend waren aufgrund von Krankheit, Urlaub, Streik oder Weiterbildung.

Erwerbslose sind Personen von 15 bis 64 Jahren, die in der statistischen Berichtswoche ohne Arbeit waren, für eine Arbeit sofort zur Verfügung standen sowie in den vergangenen vier Wochen aktiv auf Arbeitssuche waren oder eine Arbeit gefunden hatten, die sie innerhalb der nächsten drei Monate aufnehmen würden.

Zu den **Erwerbspersonen** bzw. zur **Erwerbsbevölkerung** zählen alle Erwerbstätigen und Erwerbslosen.

Die **Erwerbstätigenquote** bezeichnet die Erwerbstätigen als Anteil an der Gesamtbevölkerung der gleichen Altersgruppe.

Die **Erwerbsquote** entspricht dem Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung der gleichen Altersgruppe.

Die **Erwerbslosenquote** ist der Anteil der Erwerbslosen an der Erwerbsbevölkerung der gleichen Altersgruppe. Die Erwerbslosenquote, auf die in diesem Band ausschließlich Bezug genommen wird, ist nicht vergleichbar mit der in Deutschland von der Bundesagentur für Arbeit (BA) monatlich veröffentlichten Arbeitslosenquote.

Abb. 5.1: Jährliche Veränderung der Erwerbstätigenzahl

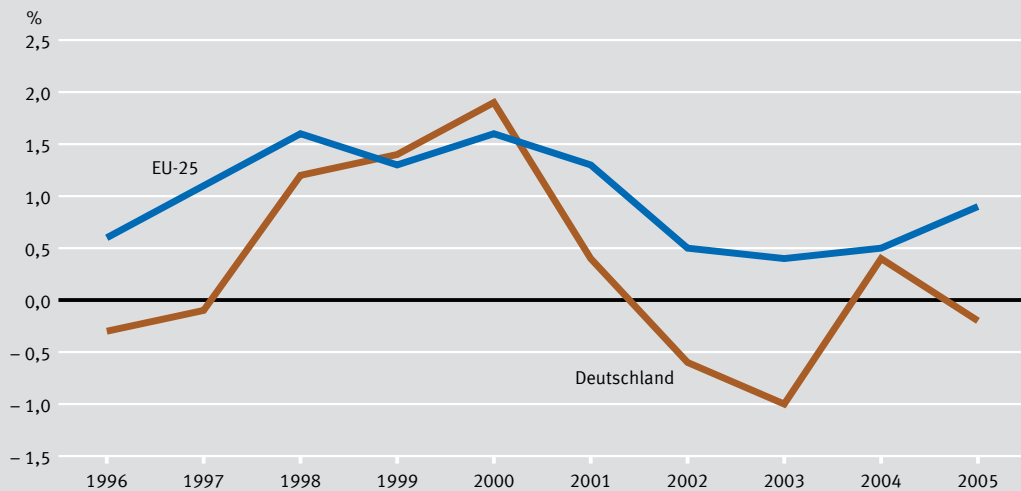


Abb. 5.2: Erwerbstätigenquote 2005

Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

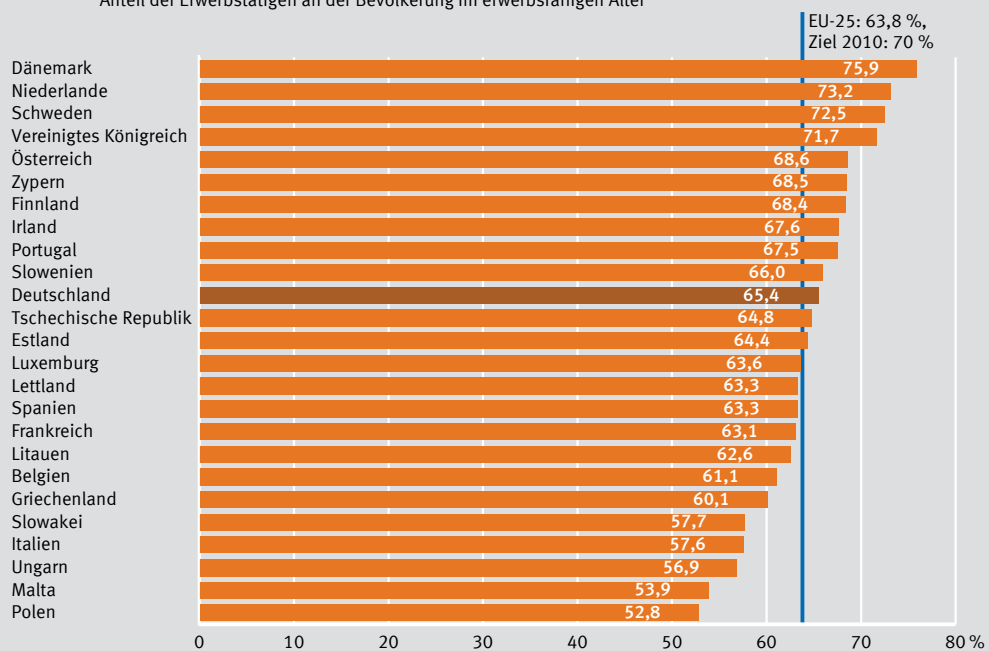
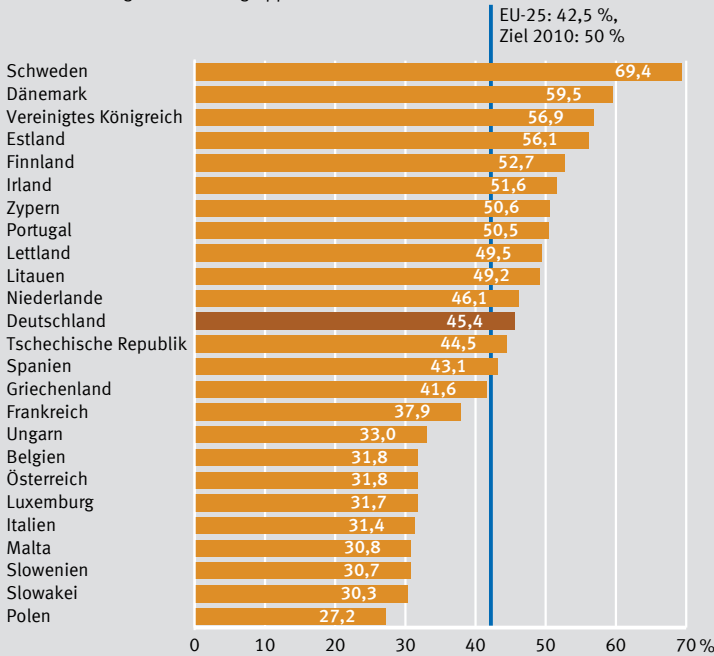


Abb. 5.3: Erwerbstätigenquote älterer Menschen 2005
 Anteil der 55- bis 64-jährigen Erwerbstätigen an der Bevölkerung
 der gleichen Altersgruppe



und bis 2010 auf 60 % zu erhöhen, bei den älteren Menschen von 55 bis 64 Jahren bis 2010 auf 50 %. Deutschland hat die Zielmarke für 2010 auch in sein Nationales Reformprogramm 2005 – 2008 übernommen.

Bei den älteren Erwerbstätigen hatten acht Länder von 25 eine Erwerbstätigenquote von mehr als 50 %. Absoluter Spitzenreiter war Schweden mit 69,4 %, gefolgt von Dänemark (59,5 %) und dem Vereinigten Königreich (56,9 %). Der EU-Durchschnitt lag bei 42,5 % und damit rund sechs Prozentpunkte höher als noch

zialversicherungssysteme. Um dieser Entwicklung zu begegnen, wollen die Regierungen der EU-Staaten verstärkt ihre Arbeitskräftereserven mobilisieren und künftig zum einen mehr Frauen und zum anderen mehr ältere Menschen ins Berufsleben integrieren. Die europäische Idee von Lissabon war, die Erwerbstätigenquote bei den Frauen bis 2005 auf 57 %

im Jahr 2000. In Deutschland waren 2005 45,4 % der 55- bis 64-jährigen erwerbstätig – rund acht Prozentpunkte mehr als noch im Jahr 2000. Vergleichsweise gering waren die entsprechenden Anteile 2005 u. a. noch in Polen (27,2 %), der Slowakei (30,3 %) und Slowenien (30,7 %).

Gemeinsame Arbeitskräfteerhebung der EU (Labour Force Survey)

Bei der Auswertung von Arbeitsmarktdaten stützt sich Eurostat, mit Ausnahme der Angaben zum Beschäftigungszuwachs, auf die so genannte Gemeinsame Arbeitskräfteerhebung der EU (EU-AKE). Die EU-AKE ist eine umfassende vierteljährliche EU-weite Stichprobenerhebung bei Privathaushalten, die nach einheitlichen Definitionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) durchgeführt wird. Im Rahmen der Erhebung werden international vergleichbare demographische, soziale und wirtschaftliche Merkmale für Erwerbstätige, Erwerbslose und Nichterwerbspersonen ermittelt. In Deutschland ist die EU-AKE im Mikrozensus integriert. Wie Untersuchungen zeigten, werden in dieser Haushaltsbefragung die so genannten marginalen Beschäftigten, wie z. B. die geringfügig entlohnten Beschäftigten (Minijobs), untererfasst, was bei der Interpretation der Daten berücksichtigt werden muss.

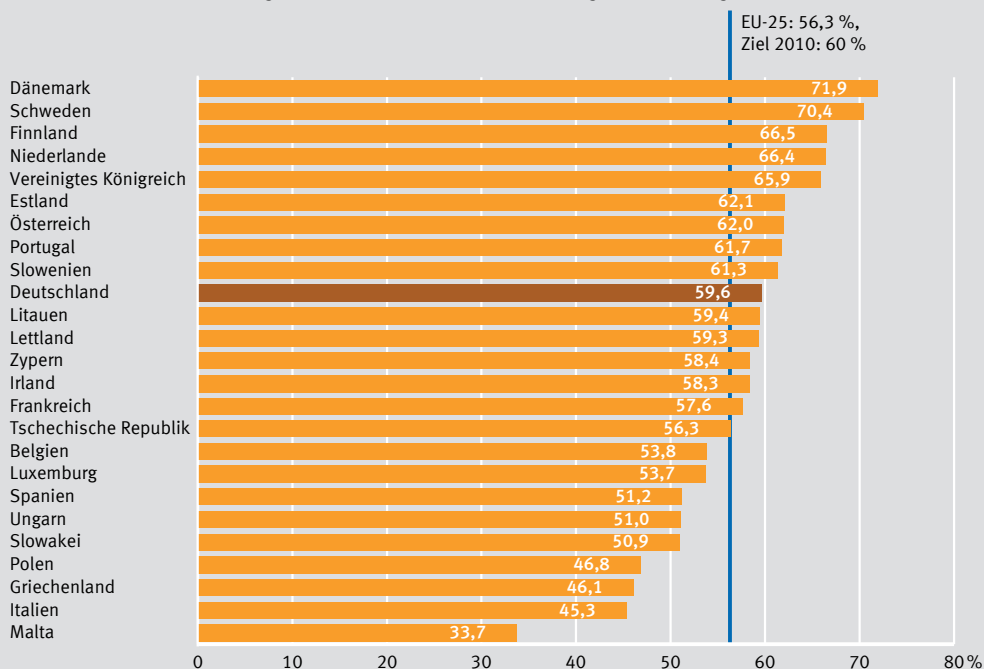
Auch Frauen beteiligten sich immer stärker am Berufsleben. Ihre Erwerbstätigenquote stieg in der EU zwischen 2000 und 2005 von 53,6 auf 56,3%. Das Zwischenziel von 57% bis 2005 wurde damit nicht ganz erreicht. Die höchsten Quoten verzeichneten Dänemark (71,9%), Schweden (70,4%) und Finnland (66,5%). In Deutschland waren im Jahr 2005 59,6% der Frauen erwerbstätig (2000: 58,1%), so dass bei Fortsetzung des Quotenanstiegs der letzten Jahre das Lissabon-Ziel von 60% bald erreicht sein dürfte. Polen, Griechenland, Italien und Malta verzeichneten hingegen weiterhin Frauenerwerbstätigenquoten von unter 50%.

Ein Drittel (32,4%) aller berufstätigen Frauen in der EU ging 2005 einer Teilzeitbeschäftigung nach

– unter den Männern waren es nur 7,4%. Am weitesten verbreitet war die verkürzte Wochenarbeitszeit in den Niederlanden, wo drei Viertel der Frauen (75,1%) und knapp ein Viertel der Männer (22,6%) in Teilzeit arbeiteten. Auch in Deutschland gab es vergleichsweise viele Teilzeit-Jobs: Hier arbeiteten 43,8% der Frauen und knapp 7,8% der Männer verkürzt. Hauptgründe dafür waren vor allem persönliche bzw. familiäre Umstände bzw. der Mangel an Vollzeitarbeitsplätzen. Der Europäische Rat billigte im März 2006 den Europäischen Pakt für Gleichstellung, um die Vereinbarkeit von Berufsleben und Privatleben zu verbessern, und erklärte, dass die Verfügbarkeit qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung verbessert werden sollte.

Abb. 5.4: Frauenerwerbstätigenquote 2005

Anteil der erwerbstätigen Frauen an der weiblichen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter



Arbeitsbedingungen: Was Arbeit kostet

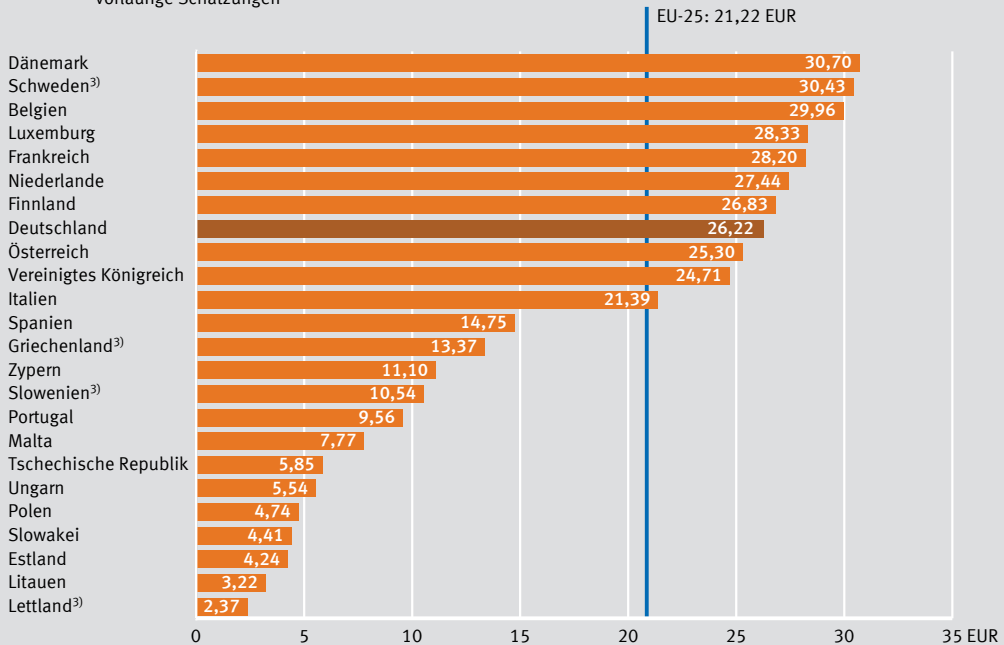
In der EU arbeiteten Vollzeitbeschäftigte 2005 durchschnittlich 42 Stunden (h) pro Woche. Die meiste Zeit am Arbeitsplatz verbrachten die Beschäftigten in Griechenland und Österreich: mehr als 44 Stunden pro Woche. In Deutschland wurde mit 41,6 Wochenstunden weniger als in 10 anderen Mitgliedsländern gearbeitet: In Polen waren es z. B. 43,3, im Vereinigten Königreich 43,2 und in Slowenien 42,9 Stunden. Weniger als im EU-Durchschnitt wurde u. a. in Irland (40,6 h), Finnland (40,5 h) und Dänemark (40,4 h) gearbeitet. Unter 40 Wochenstunden blieben mit 39,5 Stunden nur die Beschäftigten in Litauen.

Drastische Unterschiede gab es bei den Arbeitskosten: Nach vorläufigen Schätzungen waren diese 2004 in Dänemark und Schweden (2003) mit etwas mehr als 30 Euro pro Stunde im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungssektor (ohne öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung) am höchsten. In Deutschland kostete eine Stunde im gleichen Jahr 26,22 Euro, in den neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten unter 10 Euro, außer in Slowenien (2003:10,54 Euro). Am günstigsten war die Arbeit in Lettland: Mit 2,37 Euro je Stunde (2003) betrugten die Kosten dort im Vergleich zu Dänemark nur ein Dreizehntel. Der EU-Durchschnitt lag bei 21,22 Euro.

In einigen Ländern waren befristete Arbeitsverhältnisse relativ stark verbreitet, so z. B. in Spanien und Polen, wo 2005 rund jeder dritte bzw. jeder vierte

Abb. 5.5: Arbeitskosten je Stunde 2004

Im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungssektor¹⁾, je geleisteter Arbeitsstunde in Euro, vorläufige Schätzungen²⁾



1) Ohne öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung. – 2) Für Irland liegt kein Wert vor. – 3) 2003.

Arbeitnehmer einen Zeitvertrag hatte. Deutschland lag mit 13,8% leicht unter dem EU-Durchschnitt von 14,2%. Kaum verbreitet war diese Vertragsregelung hingegen u. a. in Estland (3,2%) und Irland (2,5%).

Erwerbslosigkeit: Nicht genügend Jobs für alle

Erwerbslosigkeit ist nicht nur für die Betroffenen oftmals ein schwerwiegendes Problem, auch für die Ge-

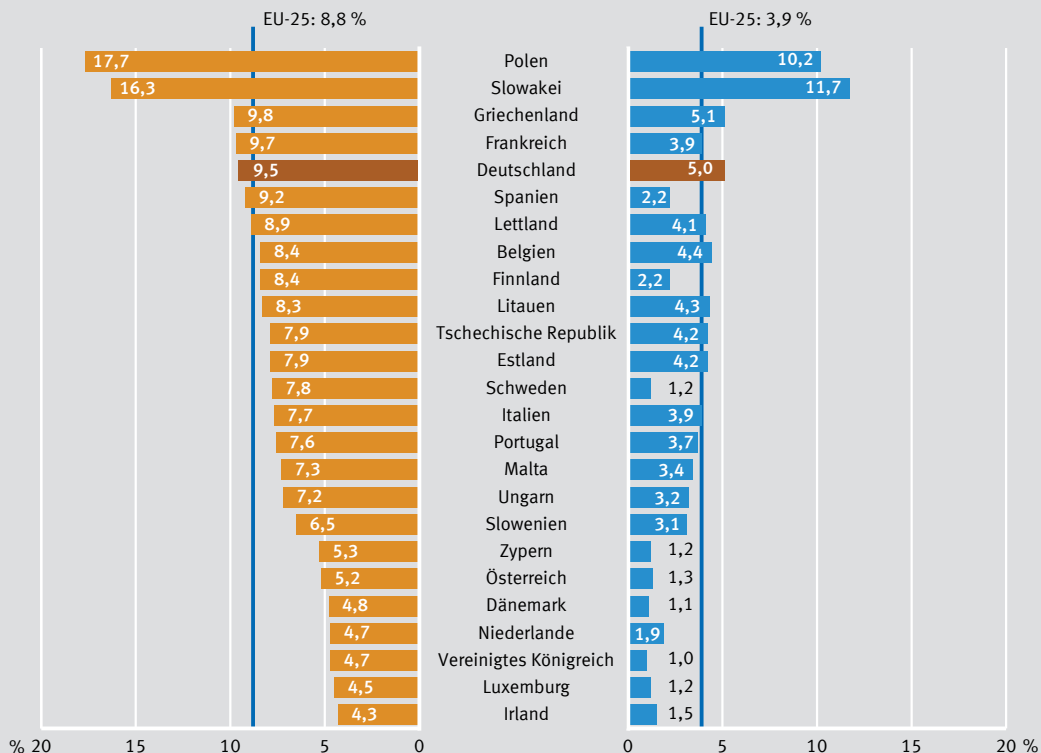
sellschaft stellt sie nicht zuletzt aufgrund der erheblichen Kosten eine große Herausforderung dar.

In der EU waren 2005 8,8% der Erwerbsbevölkerung bzw. rund 19,1 Mill. Menschen ohne Job. Nicht alle Länder waren dabei gleichermaßen von Erwerbslosigkeit betroffen: Niedrige Erwerbslosenquoten von unter 5% verzeichneten Irland, Luxemburg, das Vereinigte Königreich, die Niederlande und Dänemark. In Deutschland lag die Quote mit 9,5% rund doppelt so hoch. Nur Polen (17,7%), die Slowakei (16,3%), Griechenland (9,8%) und Frankreich (9,7%) waren

Abb. 5.6: Erwerbs- und Langzeiterwerbslosenquote 2005
Anteil an der Erwerbsbevölkerung

Erwerbslosenquote

Langzeiterwerbslosenquote



noch stärker als Deutschland von Erwerbslosigkeit betroffen.

Problematisch war, dass EU-weit 2005 fast jeder zweite Erwerbslose langzeiterwerbslos war, also bereits länger als ein Jahr ohne Job. Besonders stark davon betroffen waren die Slowakei und Polen, wo die Langzeiterwerbslosenquote jeweils über 10 % lag. Deutschland folgte mit einer Quote von 5,0% zusammen mit Griechenland (5,1 %) zwar mit großem Abstand, lag aber an viertletzter Stelle der 25 Mitgliedstaaten. Die geringsten Langzeiterwerbslosenquoten wiesen das Vereinigte Königreich (1,0%) und Dänemark (1,1 %) auf.

Die Chance, einen Job zu finden, hängt u. a. vom Bildungsstand, Geschlecht und Alter ab. Generell sind Personen mit einem Fach- oder Hochschulabschluss weit weniger von Erwerbslosigkeit bedroht als Personen mit einem niedrigen Bildungsabschluss. So waren 2005 in Deutschland 5,8% der Akademiker ohne Job, aber 11,5 % der Personen mit Sekundar-II-Abschluss und 19,0% der Personen mit maximal Sekundar-I-Abschluss. Diese Abstufung ließ sich in allen EU-Staaten außer Griechenland beobachten.

In den meisten Ländern sahen sich Frauen stärker als Männern von Erwerbslosigkeit betroffen: So auch in Deutschland, wo die Erwerbslosenquote der Männer 2005 bei 8,9% und die der Frauen bei 10,3% lag (EU-25: Männer: 7,9%, Frauen: 9,9%). Dieses Geschlechter-Ungleichgewicht ließ sich jedoch nicht in allen Ländern beobachten: In Irland, Lettland, Schweden und dem Vereinigten Königreich hatten die Männer größere Schwierigkeiten als die Frauen, eine Arbeit zu finden. Am deutlichsten war der Unterschied in Estland, wo die Erwerbslosenquote der Männer bei 8,8% lag und die der Frauen bei 7,1%.

In besonderem Maße von Erwerbslosigkeit bedroht waren auch Jugendliche. In vielen EU-Ländern ge-

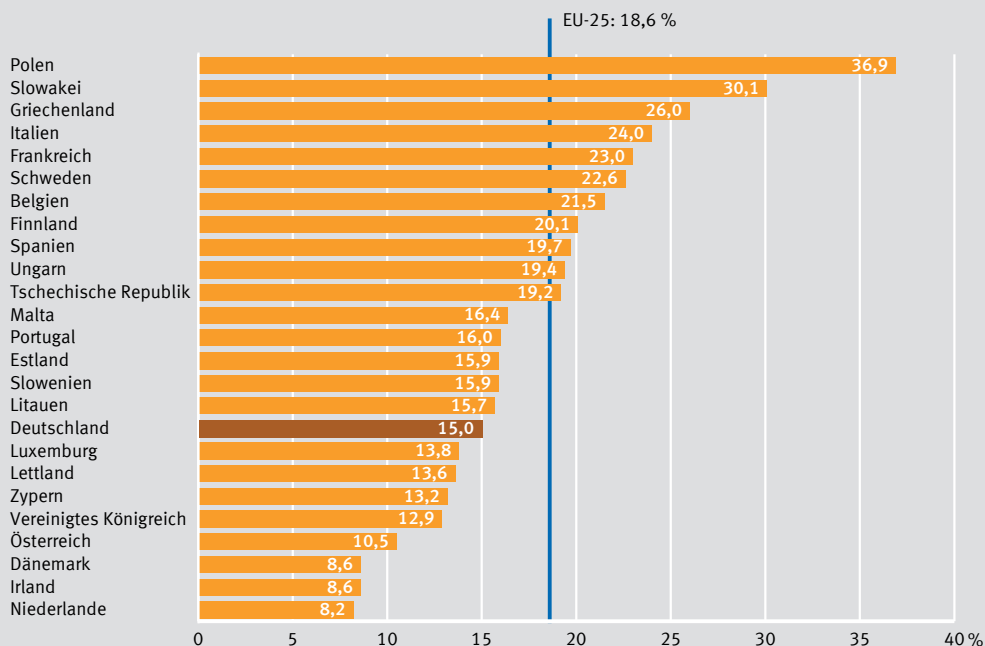
staltet sich der Übergang von der Schule ins Arbeitsleben äußerst problematisch. Schwierig war die Situation 2005 vor allem in Polen und der Slowakei, wo die Erwerbslosenquoten der Personen unter 25 Jahren 36,9 bzw. 30,1% betragen. In Deutschland lag die Quote im gleichen Zeitraum bei 15,0% und damit unter dem EU-Durchschnitt von 18,6%, was allerdings auch auf längere Ausbildungszeiten Jugendlicher in Deutschland zurückzuführen ist. Am günstigsten war die Situation in den Niederlanden, wo die Erwerbslosenquote der unter 25-Jährigen nur 8,2% betrug.

Tab. 5.1: Erwerbslosenquote nach Geschlecht 2005
Anteil der Erwerbslosen an der Erwerbsbevölkerung des gleichen Geschlechts in %

	Männer	Frauen
Polen	16,6	19,1
Slowakei	15,5	17,2
Griechenland	6,1	15,3
Spanien	7,0	12,2
Frankreich	8,8	10,8
Deutschland	8,9	10,3
Italien	6,2	10,1
EU-25	7,9	9,9
Tschechische Republik ...	6,5	9,8
Belgien	7,6	9,5
Malta	6,5	9,0
Lettland	9,1	8,7
Portugal	6,7	8,7
Finnland	8,2	8,6
Litauen	8,2	8,3
Schweden	7,9	7,7
Ungarn	7,0	7,4
Estland	8,8	7,1
Slowenien	6,1	7,0
Zypern	4,3	6,5
Luxemburg	3,5	5,9
Österreich	4,9	5,5
Dänemark	4,4	5,3
Niederlande	4,4	5,1
Vereinigtes Königreich ...	5,1	4,3
Irland	4,6	4,0

Abb. 5.7: Jugenderwerbslosenquote 2005

Anteil der Erwerbslosen unter 25 Jahren an der Erwerbsbevölkerung der gleichen Altersgruppe



Der Europäische Rat betonte im März 2006 die dringende Notwendigkeit, die Situation junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern: Z. B. sollen im

Einklang mit dem Ziel 2010 mindestens 85 % der 22-Jährigen in der EU eine Ausbildung im Sekundarbereich II absolviert haben (siehe Kapitel Bildung).

6 Wirtschaft und Finanzen

6 Wirtschaft und Finanzen

Wirtschaftsleistung: Streben nach Wachstum und Wohlstand

Die Förderung von Wachstum und Wohlstand gehört zu den wichtigsten Zielen der EU. Auch in der erweiterten Lissabon-Strategie von 2005 haben die Regierungen der EU-Staaten die Förderung von dauerhaftem und nachhaltigem Wirtschaftswachstum zu einem ihrer Kernanliegen erklärt.

Insgesamt hat der Wohlstand in der EU im letzten Jahrzehnt zugenommen: Erreichten die 25 EU-Länder 1995 zusammen ein BIP von 6,9 Billionen Euro, waren es 2005 bereits 8,7 Billionen Euro (zu konstanten Preisen von 1995). Damit lag die EU-25 vor den Vereinigten Staaten von Amerika, die im selben Jahr 7,8 Billionen Euro erwirtschafteten.

Rund ein Viertel des EU-25-BIP von 2005 (2,2 Billionen Euro) wurde in Deutschland erwirtschaftet. Unter Berücksichtigung der Bevölkerungsgröße und der Kaufkraft lag die deutsche Wirtschaftsleistung im Ländervergleich jedoch nur an zehnter Stelle. Das wohlhabendste EU-Land war Luxemburg, das gemessen am BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards das EU-Niveau um mehr als das Doppelte übertraf. An zweiter Stelle stand Irland, das bei seinem Beitritt zur Staatengemeinschaft 1973 zu den wirtschaftlich ärmsten Mitgliedsländern ge-

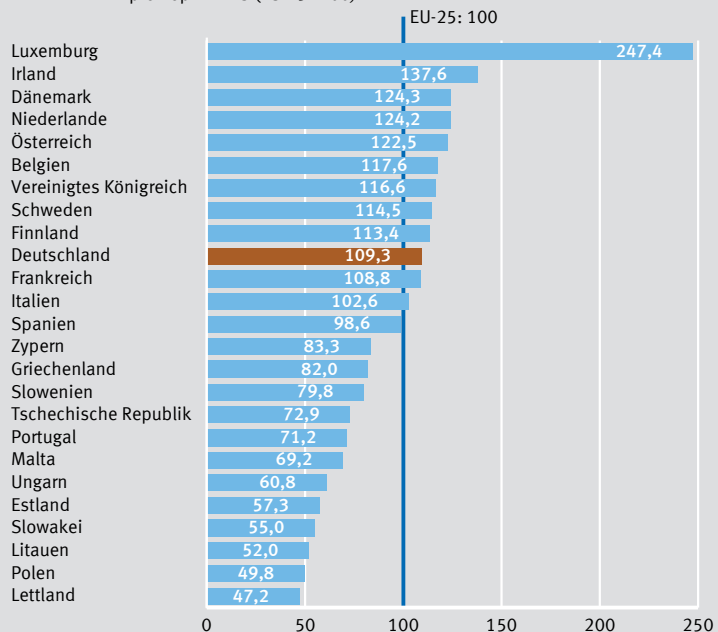
hörte. Deutschland lag ebenfalls über dem EU-Durchschnitt.

Die Wirtschaftsleistung in fast allen 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten betrug weniger als 75 % des EU-25-Durchschnitts. Ein Blick auf die Wachstumsraten zeigt jedoch, dass die neuen Mitgliedsländer aufholen: So erhöhte sich das reale BIP in Estland 2005 im Vergleich zum Vorjahr um 9,8 %, das von Lettland um 10,2 %. Deutschland lag mit einer Wachstumsrate von 0,9 % an drittletzter Stelle aller EU-Mitgliedsländer, vor Portugal (0,4 %) und Italien (0,0 %). Das durchschnittliche Wachstum in der EU-25 betrug 1,7 % und fiel damit schwächer als im Vorjahr aus (2,3 %).

Ein Indikator, der das BIP nicht in Relation zur Gesamtbevölkerung setzt, sondern in Beziehung zu denjenigen, die es tatsächlich erwirtschaften, ist das

Abb. 6.1: Wirtschaftsleistung 2005

BIP pro Kopf in KKS (EU-25=100)



BIP pro Kopf in KKS

Das BIP (Bruttoinlandsprodukt) ist ein Indikator für die wirtschaftliche Leistung eines Landes. Es ist gleich dem Wert aller Waren und Dienstleistungen, die im Inland produziert wurden, abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Entstehung des BIP), bzw. gleich dem Wert aller Waren und Dienstleistungen, die entweder konsumiert, investiert, auf Lager gelegt oder exportiert wurden, abzüglich des Wertes importierter Waren und Dienstleistungen (Verwendung des BIP).

Bevor man jedoch Vergleiche über das BIP in den EU-Ländern anstellen kann, müssen die bestehenden Preisniveauunterschiede bereinigt werden (siehe hierzu auch das Kapitel „Lebensverhältnisse“). Dies geschieht durch Ermittlung von Preisen für einen vergleichbaren und repräsentativen Korb von Waren und Dienstleistungen in den einzelnen EU-Ländern. Diese Preise werden dann in einer gemeinsamen künstlichen Währung angegeben, die als „Kaufkraftstandard“ (KKS) bezeichnet wird. Mit Hilfe des „BIP pro Kopf in KKS“, das neben den Preisniveauunterschieden auch noch die Bevölkerungsgröße eines Landes berücksichtigt, wird häufig der Lebensstandard der Staaten miteinander verglichen.

BIP je Beschäftigten in KKS. Diese Größe lässt Rückschlüsse auf die Wirtschaftsleistung der Erwerbstätigen bzw. die Arbeitsproduktivität zu.

In Deutschland lag im Jahr 2005 die Arbeitsproduktivität mit einem Wert von 101,5 knapp über dem EU-25-Durchschnitt (EU-25=100). Damit befand sich

Deutschland im EU-Vergleich im Mittelfeld auf dem zwölften Platz. Spitzenreiter mit einer um mehr als 60 % höheren Arbeitsproduktivität als im EU-25-Mittel war Luxemburg. Mit deutlichem Abstand folgten Belgien (+ 28 %) und Irland (+ 27 %). In allen zehn neuen EU-Mitgliedstaaten lag die Arbeitsproduktivität unter dem EU-Durchschnitt. Am niedrigsten war sie in den drei baltischen Staaten, wo die Produktionsleistung je Beschäftigten nur etwa die Hälfte des EU-25-Durchschnitts erreichte (siehe Abb. 6.3 auf S. 56).

Abb. 6.2: Wirtschaftswachstum 2005

Wachstumsrate des realen BIP im Vergleich zum Vorjahr

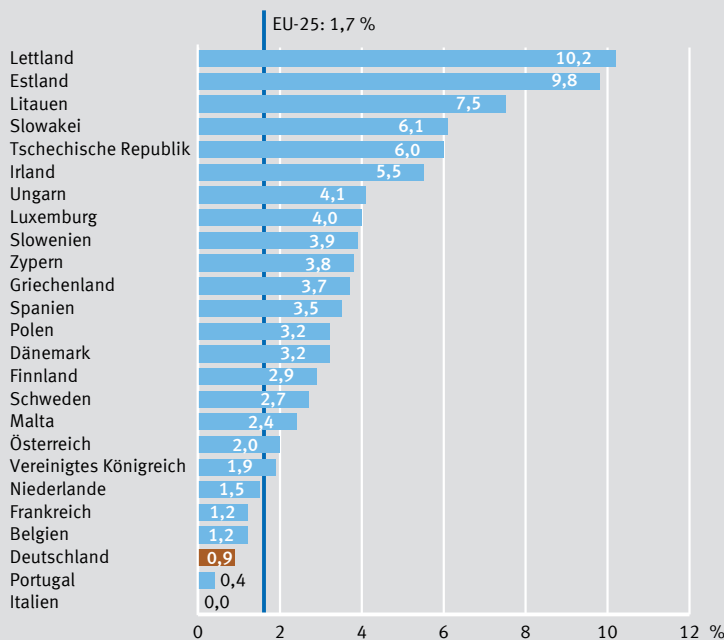
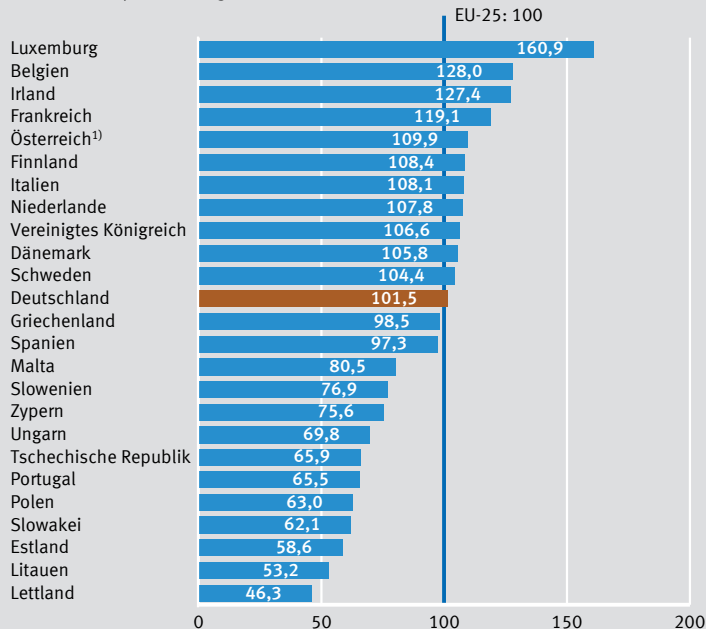


Abb. 6.3: Arbeitsproduktivität 2005
BIP je Beschäftigten in KKS (EU-25=100)



1) 2006.

zelpersonen) wiesen zwei der zehn neuen EU-Mitgliedstaaten 2004 die höchsten Investitionsquoten auf: In Estland betrug die Quote 28,4% und in Lettland 25,5% des BIP. Die Unternehmen in Deutschland investierten Kapital in Höhe von 16,0% des BIP und damit rund einen Prozentpunkt weniger als im EU-Durchschnitt. Am geringsten waren die Investitionsquoten der Unternehmen in Schweden (13,0%) und Polen (14,6%).

Investitionen: Auf Zukunft angelegt

Von großer Bedeutung für den wirtschaftlichen Erfolg und die Innovationsfähigkeit einer Volkswirtschaft ist die Investitionstätigkeit, wozu u. a. der Neuzug von Ausrüstungen, Bauten, Software und Urheberrechten gerechnet wird.

Bei den Investitionen der öffentlichen Hand gehörte Deutschland 2005 mit einer Investitionsquote von 1,3% des BIP neben Österreich (1,1%) zu den Schlusslichtern der EU. Dänemark und Belgien investierten mit 1,8% ebenfalls weniger als 2% des BIP. Die höchsten Quoten erreichten Malta (5,5%), Luxemburg (4,7%) und die Tschechische Republik (4,6%). Der EU-Durchschnitt lag bei 2,4%.

Bei den inländischen Unternehmensinvestitionen (Investitionen finanzieller und nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften und unternehmerisch tätiger Ein-

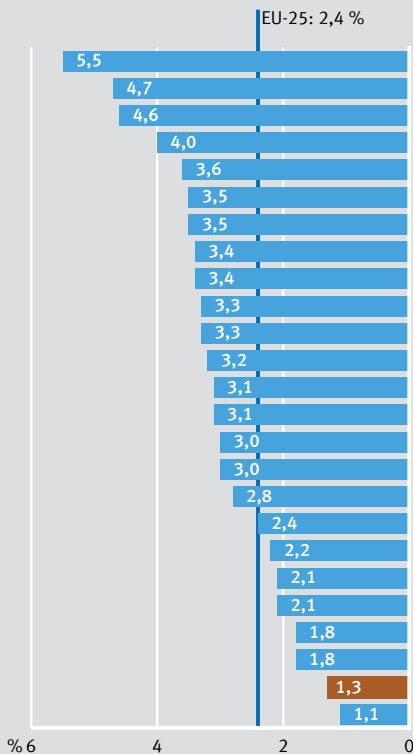
Direktinvestitionen fließen vor allem in EU-Nachbarländer

Kapital wird in der zunehmend integrierten Weltwirtschaft immer mobiler. Auf der Suche nach einer gewinnbringenden Geldanlage werden Investoren mittlerweile rund um den Globus aktiv. Die Höhe der grenzüberschreitenden Direktinvestitionen gilt dabei als wichtiger Indikator für den Globalisierungsgrad einer Volkswirtschaft. Eine Direktinvestition liegt vor, wenn der Investor mindestens 10% des Aktienkapitals eines ausländischen Unternehmens erwirbt.

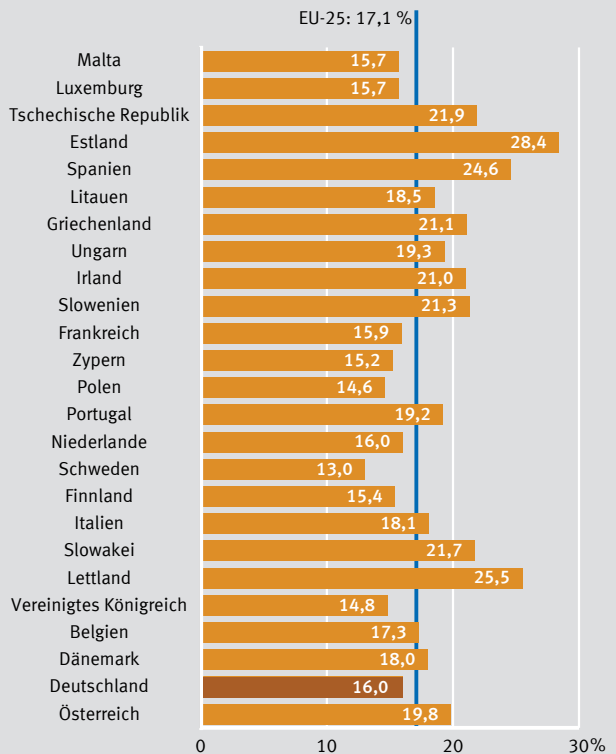
Grenzüberschreitende Direktinvestitionsströme und -bestände sind nicht leicht zu erfassen. So erschweren z. B. unternehmensinterne Kapitaltransaktionen zwischen Mutter- und ausländischen Tochtergesellschaften die Interpretation der statistisch ausgewie-

Abb. 6.4: Investitionen
In % des BIP

Öffentliche Investitionen 2005



Unternehmensinvestitionen 2004



senen Daten. In den Direktinvestitionsbeständen schlagen sich z. B. auch rein finanzielle Kapitalverflechtungen nieder. Für die im Folgenden betrachteten Direktinvestitionsbestände im Jahr 2004 waren zudem für einige EU-Länder nur Daten aus dem Jahr 2003, für andere gar keine Daten verfügbar.

Der größte Kapitalempfänger unter den EU-Staaten, für die Daten vorlagen, war gemessen am BIP Luxemburg (2003). Dort beliefen sich die Direktinvestitionsbestände auf 129 % des BIP. Es folgten Irland (116 %) und Estland (82 %). Schlusslicht war Griechenland mit einem Bestand an ausländischen Direktinvestitionen im Inland in Höhe von 11 % des BIP (2003). Deutschland wies einen Direktinvestitions-

bestand in Höhe von 25 % des BIP (2003) auf. Gemessen in monetären Werten war Deutschland allerdings das bedeutendste Anlageland in der EU-25: Der akkumulierte Bestand an Direktinvestitionen betrug 530,7 Mrd. Euro. Attraktiv für Investoren waren auch das Vereinigte Königreich (519,9 Mrd. Euro) und Frankreich (430,4 Mrd. Euro).

In allen Ländern, außer dem Vereinigten Königreich, kam der Großteil der grenzüberschreitenden Direktinvestitionen aus einem anderen EU-Land. So auch in Deutschland, wo von insgesamt 530,7 Mrd. Euro 143,2 Mrd. Euro aus Nicht-EU-Ländern, aber 387,5 Mrd. Euro aus einem der anderen EU-Länder stammten (2003). Das entsprach einem Anteil von 73 %.

Tab. 6.1: Ausländische Direktinvestitionsbestände 2004 ¹⁾

Mitgliedstaaten	Im Inland		Im Ausland	
	Mrd. EUR	darunter aus der EU-25 in %	Mrd. EUR	darunter in der EU-25 in %
Dänemark ²⁾	70,3	55,5	72,6	55,0
Deutschland ²⁾	530,7	73,0	588,6	60,9
Estland	7,4	85,2	1,0	92,4
Finnland	40,1	90,6	59,1	72,9
Frankreich	430,4	74,1	599,7	62,4
Griechenland ²⁾	17,8	82,2	9,8	56,2
Irland	171,8	71,5	77,1	60,5
Italien	162,0	72,1	205,9	75,0
Lettland	3,4	66,0	0,2	41,1
Litauen	4,7	76,3	0,3	71,9
Niederlande	358,8	59,6	443,6	54,5
Österreich ²⁾	42,6	72,5	44,3	63,0
Polen	62,6	85,5	2,4	56,3
Slowakei	11,6	90,2	0,4	77,9
Slowenien	5,6	74,0	2,2	30,5
Spanien	279,4	72,0	267,8	52,1
Tschechische Republik ..	41,4	87,8	2,9	71,4
Ungarn	45,2	68,8	4,3	60,8
Vereinigtes Königreich ..	519,9	45,5	931,6	53,0
Zypern	6,3	51,4	- 2,1	-

1) Für Belgien, Luxemburg, Malta, Portugal und Schweden liegen keine Werte vor.

2) 2003.

Auch in den neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten kam der Großteil der Direktinvestitionsbestände aus der EU: In der Slowakei z. B. legten Investoren aus Nicht-EU-Ländern 1,1 Mrd. Euro an, aus den EU-Ländern hingegen 10,4 Mrd. Euro (90%).

Bedeutendster Kapitalanleger im Ausland unter den EU-Staaten waren gemessen am BIP die Niederlande, die 2004 Direktinvestitionsbestände im Ausland in

Höhe von 91 % des BIP verzeichneten. Damit lagen die Niederlande vor dem Vereinigten Königreich (54 % des BIP). In Deutschland betrug der Anteil 27 % des BIP (2003).

Gemessen in Euro führte das Vereinigte Königreich die Liste an: Seine Direktinvestitionsbestände im Ausland beliefen sich auf 931,6 Mrd. Euro. Die grenzüberschreitenden Anlagen der Investoren aus Frankreich betragen 599,7 Mrd. Euro. Deutschland folgte mit 588,6 Mrd. Euro (2003). Die neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten investierten im EU-Vergleich noch relativ wenig im Ausland. Die gesamten Direktinvestitionsbestände Lettlands im Ausland betragen 2004 beispielsweise nur 0,2 Mrd. Euro (1,5 % des BIP).

Wie bei den ausländischen Direktinvestitionen im Inland waren auch bei den Direktinvestitionen im Ausland die EU-Länder das bevorzugte Anlageziel: So umfassten die deutschen Direktinvestitionsbestände im Ausland 588,6 Mrd. Euro, wovon 61 % oder 358,7 Mrd. Euro auf die EU-Länder entfielen (2003).

Investitionsverflechtungen mit Drittländern spielten für die EU-Mitgliedstaaten somit eine vergleichsweise geringe Rolle. Größter auswärtiger Investor in der EU-25 waren 2003 die Vereinigten Staaten von Amerika, deren Bestände sich auf 772,7 Mrd. Euro beliefen. Im Gegenzug betragen die Bestände von EU-Anlegern in den Vereinigten Staaten 731,3 Mrd. Euro, womit diese das wichtigste Zielland für Direktinvestitionen außerhalb der EU-25 waren.

Internationaler Warenhandel: Güterströme grenzenlos

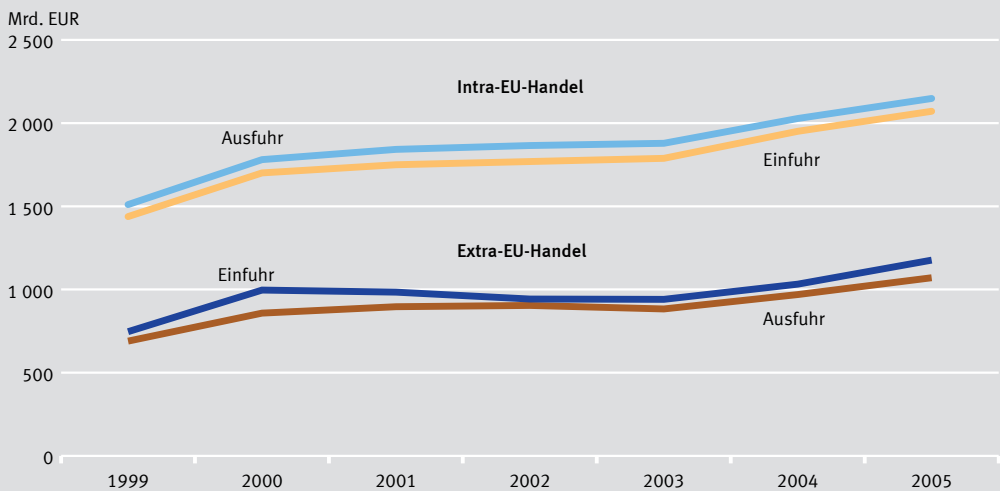
Die EU-25 ist zu jeweils rund einem Fünftel am Weltimport und Weltexport beteiligt. Damit stellte sie gemessen am Außenhandelsumsatz, der die Importe plus die Exporte umfasst, den weltweit größten Handelsakteur dar – vor den Vereinigten Staaten von Amerika.

Insgesamt wurden aus der EU-25 2005 Waren im Wert von 1 070,8 Mrd. Euro in Nicht-EU-Länder ex-

portiert und für 1 176,5 Mrd. Euro in die EU-25 importiert. Die Handelsbilanz im Extra-EU-Handel war damit wie in den Vorjahren negativ. Zum Vergleich: Die Vereinigten Staaten führten 2004 Waren für 729,5 Mrd. Euro aus und für 1226,2 Mrd. Euro ein, verbuchten also ein deutlicheres Minus in der Handelsbilanz als die EU-25.

Der Intra-Handel, d. h. der Handel zwischen den EU-Ländern, hat mit der Vollendung des Binnenmarktes und der Integration der zehn neuen EU-Länder eben-

Abb. 6.5: Entwicklung des EU-Handels
In Mrd. EUR

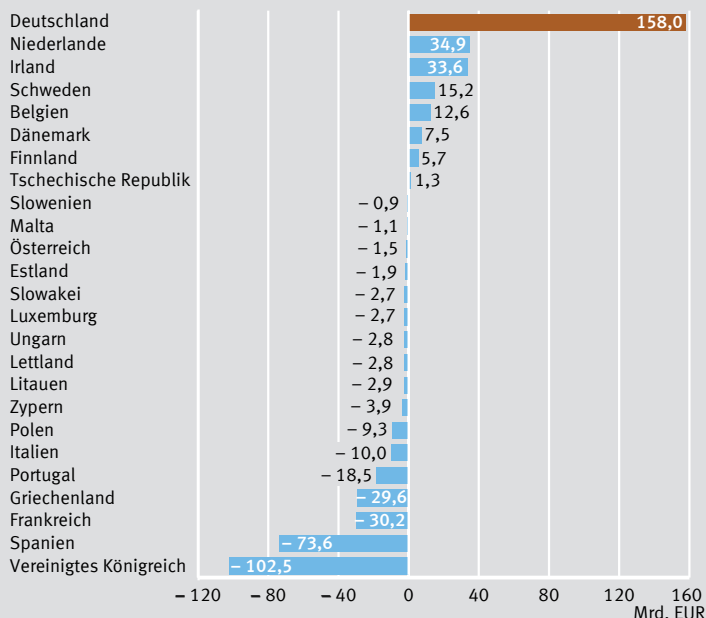


Asymmetrien in der Außenhandelsstatistik

Betrachtet man den Intra-Handel zwischen den 25 Ländern der EU, so müssten sich die Importe und Exporte in der Außenhandelsstatistik eigentlich die Waage halten. In der Praxis ist dies jedoch nicht der Fall. Zwar ist die Außenhandelsstatistik der EU-Länder in weiten Teilen bereits harmonisiert, einige Fehlerquellen lassen sich trotzdem nicht vollends beseitigen. So können z. B. die Warenbewegungen in Herkunfts- und Zielland unterschiedlichen Meldezeiträumen zugeordnet werden (z. B. zum Jahreswechsel). Möglich sind auch unterschiedliche Deklarationen in den Ländern im Fall von Transitgeschäften oder grenzüberschreitenden Warentransporten zum Zwecke der Veredlung. Eine weitere Fehlerquelle ergibt sich dadurch, dass mögliche Antwortausfälle sowie der Handel von Unternehmen, die wegen Geringfügigkeit unter der Meldeschwelle liegen, durch Schätzungen ersetzt werden. Die dabei verwendeten Methoden und deren Qualität sind von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat unterschiedlich. Folge sind die in der Außenhandelsstatistik beobachteten Asymmetrien zwischen den Ein- und Ausfuhr.

Abb. 6.6: Handelsbilanz 2005

Summe aus Intra- und Extrahandel in Mrd. Euro



falls zugenommen. Die mit Abstand größte Handelsnation in der EU war Deutschland. Keine andere Volkswirtschaft war so exportorientiert wie die deutsche. 2005 betrug der deutsche Außenhandelsüberschuss 158,0 Mrd. Euro. Die zweitplatzierten Niederlande erwirtschafteten mit 34,9 Mrd. Euro nur rund ein Fünftel dessen. Es folgte Irland mit 33,6 Mrd. Euro. Die größten Handelsbilanzdefizite wiesen im selben Jahr das Vereinigte Königreich (-102,5 Mrd. Euro), Spanien (-73,6 Mrd. Euro) und Frankreich (-30,2 Mrd. Euro) auf.

Nach Deutschland wurden 2005 insgesamt Waren im Wert von mehr als 622,2 Mrd. Euro eingeführt. Wichtigstes Herkunftsland war Frankreich. Insgesamt stammten 64 % aller nach Deutschland importierten Waren aus einem anderen EU-Land. Viele EU-Länder waren bei den Einfuhren noch viel stärker auf den europäischen Binnenmarkt ausgerichtet:

So kamen in der Tschechischen Republik mehr als 80 % aller Importe aus einem anderen EU-Land.

Im Exportgeschäft war Deutschland nicht nur Europa- sondern sogar Weltmeister. „Made in Germany“ war 2005 gefragt wie nie zuvor: Insgesamt wurden Waren im Wert von 780,2 Mrd. Euro in EU- und Drittländer exportiert. Zu den wichtigsten Ausfuhrsgütern gehörten Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeugteile sowie Maschinen. Bedeutendster Absatzmarkt für deutsche Güter waren die anderen

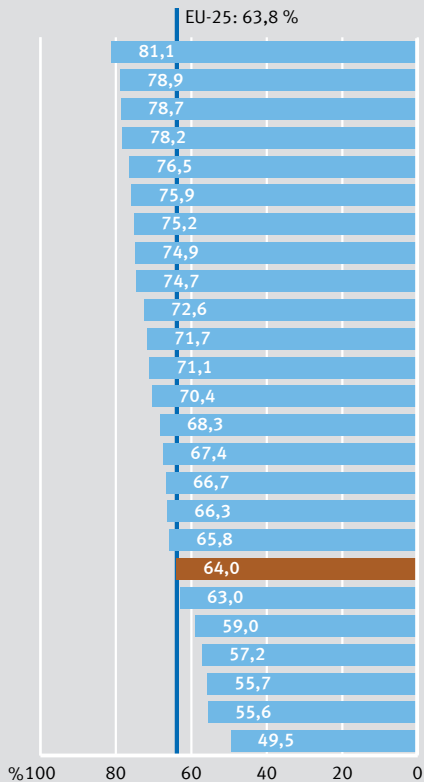
EU-Staaten, wohin 63 % aller Waren mit einem Gesamtwert von 494,5 Mrd. Euro verkauft wurden. Die Mehrheit der Mitgliedsländer setzte ihre Exporte überwiegend auf dem EU-Binnenmarkt ab: So gingen z. B. von den luxemburgischen Exporten 89 % in einen anderen EU-Staat. Auch die neuen Mitgliedstaaten Slowakei (85 %) und Tschechische Republik (84 %) waren stark auf den EU-Binnenmarkt ausgerichtet.

Öffentliche Finanzen: Disziplin gefordert

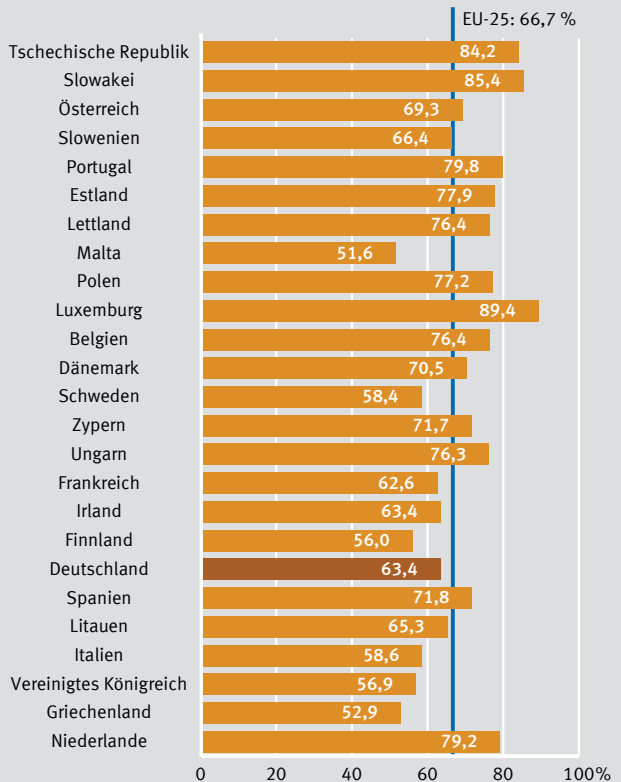
Solide Staatsfinanzen sind eine wesentliche Voraussetzung für finanzpolitischen Handlungsspielraum und wirtschaftliche Nachhaltigkeit. Der Euro-

Abb. 6.7: Intra-EU-Handel 2005

Anteil der Intra-EU-Importe an den Gesamtimporten



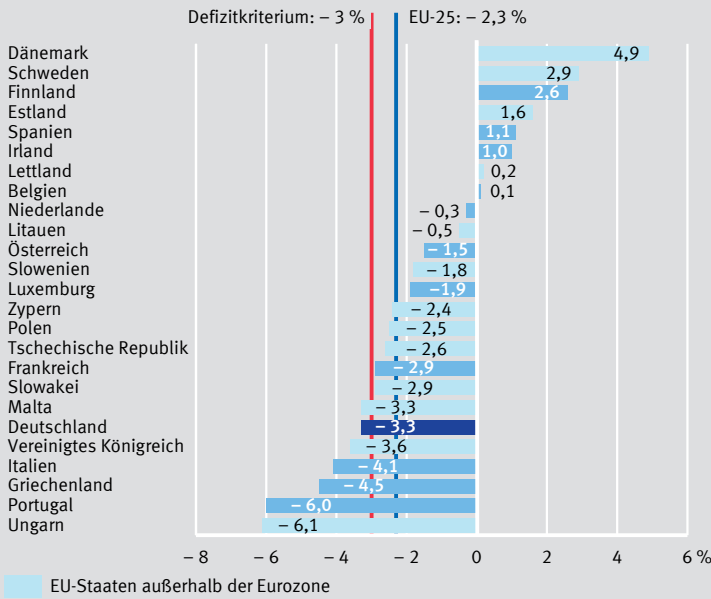
Anteil der Intra-EU-Exporte an den Gesamtexporten



päische Rat forderte auf seiner Tagung im Jahr 2006 die Mitgliedstaaten auf, eine Haushaltskonsolidierung im Einklang mit dem 1996 für die Euro-Teilnehmerländer verabschiedeten Stabilitäts- und Wachstumspakt anzustreben. Demnach soll – wie bereits im Vorfeld der Euro-Einführung mit den Konvergenzkriterien im Maastrichter Vertrag von 1992 festgelegt – das öffentliche Defizit maximal 3 % des BIP und der öffentliche Schuldenstand nicht mehr als 60 % des BIP betragen. Die deutsche Bundesregierung hat die Tragfähigkeit öffentlicher Finanzen als Ziel in ihr Nationales Reformprogramm 2005 – 2008 aufgenommen.

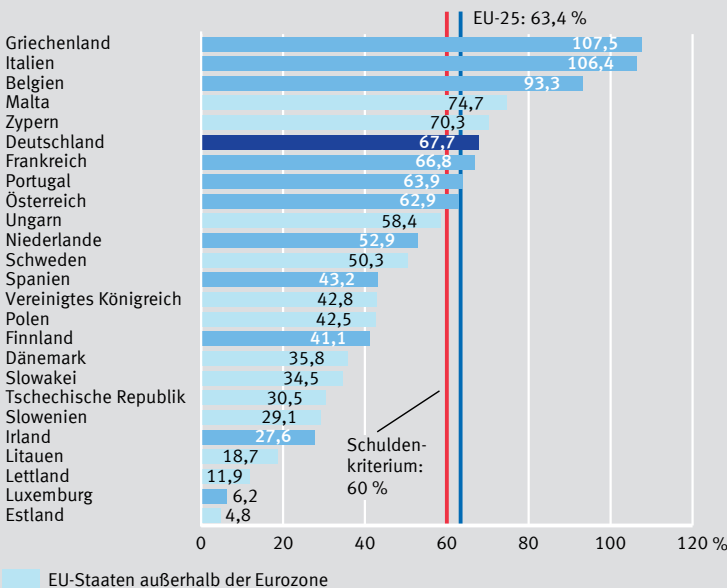
Innerhalb der Eurozone, die 2006 die Länder Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien umfasste, gab es bislang jedoch höchst unterschiedliche Erfolge bei den Bemühungen, die Staatsfinanzen unter Kontrolle zu halten: Vier von zwölf Euro-Ländern hielten 2005 die Defizitgrenze von 3 % nicht ein. Dazu zählten Portugal, Griechenland, Italien und Deutschland. Besonders problematisch war die Situation in Portugal, wo das öffentliche Defizit 6,0 % des BIP betrug. Deutschland verfehlte 2005 mit einer Defizitquote von 3,3 % im vierten Jahr in Folge den vereinbarten Referenzwert von 3 % des BIP. Vier Euro-Länder

Abb. 6.8: Staatsdefizit bzw. -überschuss 2005
In % des BIP



– Finnland, Spanien, Irland und Belgien – konnten hingegen 2005 einen Überschuss verzeichnen. Am erfolgreichsten war dabei Finnland mit einem Plus in Höhe von 2,6% des BIP. Von den EU-Mitgliedsländern, die den Euro noch nicht eingeführt oder sich vorläufig gegen die gemeinsame Währung entschieden haben, hatte Ungarn mit 6,1% die höchste Defizitquote zu verzeichnen. Dänemark meldete hingegen im selben Jahr einen Überschuss von 4,9% des BIP.

Abb. 6.9: Öffentlicher Schuldenstand 2005
In % des BIP



In einigen Euro-Ländern lag der öffentliche Schuldenstand über dem vereinbarten Referenzwert von 60% des BIP. Deutschland hielt diesen Wert letztmalig 2001 ein, seitdem sind die Schulden jährlich gestiegen. 2005 belief sich der Schuldenstand hier auf 67,7% des BIP. Deutlich höher lagen die Schuldenquoten in den Euro-Ländern Belgien (93,3%), Italien (106,4%) und Griechenland (107,5%). Den niedrigsten Schuldenstand im Euro-Raum verzeichnete Luxemburg mit 6,2% des BIP.

Von den EU-Staaten außerhalb der Eurozone wiesen Malta und Zypern Schuldenstände von über 70 % auf, die drei baltischen Staaten konnten ihre Staatsverschuldung hingegen unter 20 % halten.

Streben nach Stabilität

Während für die Kontrolle der öffentlichen Finanzen die Regierungen der EU-Länder verantwortlich sind, obliegt die Überwachung der Preisniveaustabilität der Europäischen Zentralbank (EZB) und dem „Europäischen System der Zentralbanken“ (ESZB). Nach der Definition der EZB ist Preisniveaustabilität in der Eurozone dann gegeben, wenn die jährliche Inflationsrate mittelfristig nahe oder unter 2 % liegt. EU-Staaten, die sich erst noch der Eurozone anschließen wollen, müssen eine Inflationsrate aufweisen, die im letzten Jahr vor der Prüfung maximal 1,5 Pro-

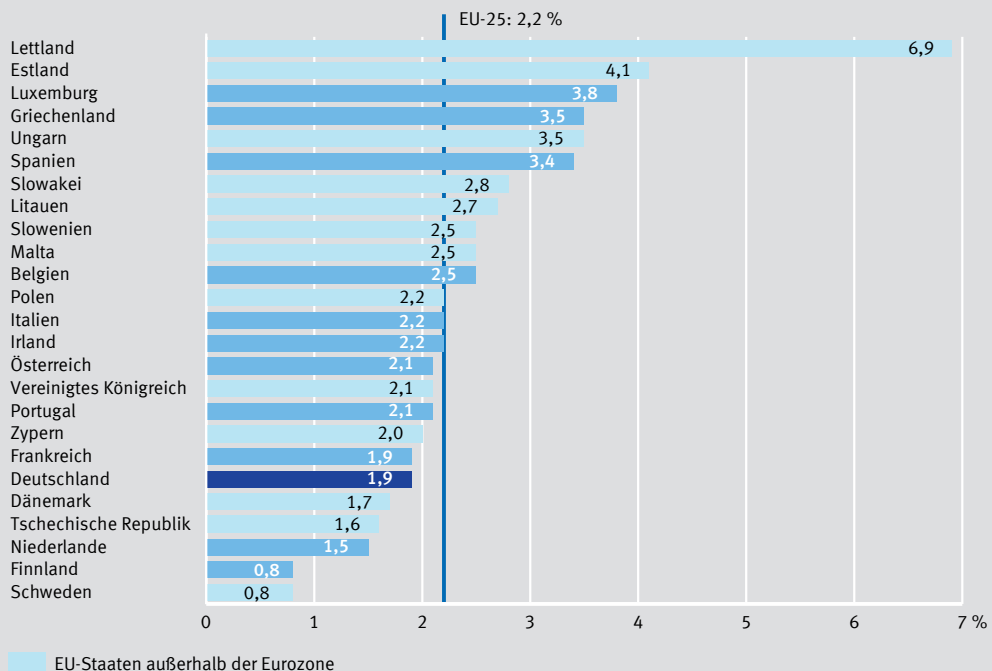
zentpunkte über derjenigen der drei preisstabilsten Mitgliedsländer lag.

2005 betrug die Inflationsrate in acht Euro-Ländern über 2 % (zu den Verbraucherpreisen siehe auch im Kapitel „Lebensverhältnisse“). Am höchsten war sie mit 3,8 % in Luxemburg. Deutschland verzeichnete eine Rate von 1,9 % und gehörte damit neben Finnland (0,8 %) und den Niederlanden (1,5 %) zu den drei preisstabilsten Ländern der Eurozone.

Von den EU-Ländern, die den Euro in naher Zukunft als Zahlungsmittel übernehmen wollen, konnte Slowenien einen Erfolg verbuchen: Aufgrund seiner soliden Haushaltspolitik in den vergangenen Jahren und einer ausreichend niedrigen Inflationsrate wird Slowenien als erster der zehn neuen Mitgliedstaaten den Euro einführen.

Abb. 6.10: Inflationsrate 2005

Veränderungen des Harmonisierten Verbraucherindexes in %



7 Energie und nachhaltiges Wirtschaften

7 Energie und nachhaltiges Wirtschaften

Energie: Zukunft ist erneuerbar

Es gibt kaum einen Bereich unseres täglichen Lebens, der nicht auf die eine oder andere Weise mit der Nutzung von Energie verbunden ist: Für die Wirtschaft, den motorisierten Verkehr oder auch die Wärmeversorgung ist eine kontinuierliche Energieversorgung unerlässlich. Kommt es zu Versorgungsengpässen oder Veränderungen bei den Energiepreisen hat das Konsequenzen für die gesamte Volkswirtschaft. Die nachhaltige Sicherung der Energieversorgung ist deshalb eines der prioritären Ziele, die in der erweiterten Lissabon-Strategie durch die EU-Staaten festgeschrieben wurden.

Der energetische Endverbrauch aller Privathaushalte der EU-25 lag 2004 bei 12,6 Mill. Terajoule. Das entsprach einer Zunahme von 12% gegenüber dem Jahr 1994. Im Industriesektor sah die Entwicklung ähnlich aus: Dort lag der Energieverbrauch in der EU-25 2004 bei 13,4 Mill. Terajoule und damit 8% höher als 1994. Die größten Zuwächse verzeichneten Spanien und Portugal mit jeweils mehr als 50%. In anderen Ländern sank der Energiebedarf im gleichen Zeitraum: Die deutlichsten Rückgänge gab es in Estland und Luxemburg, wo nur noch 60 bzw. 64% der Energiemenge von 1994 verbraucht wurden. In Deutschland ging die Nachfrage im selben Zeitraum um ein Prozent zurück.

Ungeachtet des absoluten Energieverbrauchs im Wirtschaftsbereich gelang es den meisten EU-Staaten, die Ressourceneffizienz zu erhöhen, d. h. mit weniger Energieaufwand eine gleich bleibende Wirtschaftsleistung zu erbringen. Deutliche Effizienzsteigerungen gab es z. B. in einigen neuen EU-Mitgliedstaaten Mittel- und Osteuropas, wo in den vergangenen Jahren viele veraltete Industrieanlagen modernisiert wurden. So benötigte die Wirtschaft in Polen 2004 nur noch 56% der Energiemenge von 1994, um die gleiche Wirtschaftsleistung zu erreichen, in Estland waren es 57%. In Deutschland ging die Energieintensität im Vergleich zu 1994 um 10% zurück. In Italien, Portugal und Österreich wurde 2004 hingegen mehr Energie als 1994 aufgewendet, um die gleiche Wirtschaftsleistung zu erzeugen.

Liberalisierung: Europa unter Strom

Bei den Strompreisen für industrielle Abnehmer und Privathaushalte ließen sich von Land zu Land erhebliche Preisunterschiede feststellen. So kostete in Zypern am Stichtag 1. Januar 2006 eine Kilowattstunde Strom (ohne Steuern) für industrielle Abnehmer

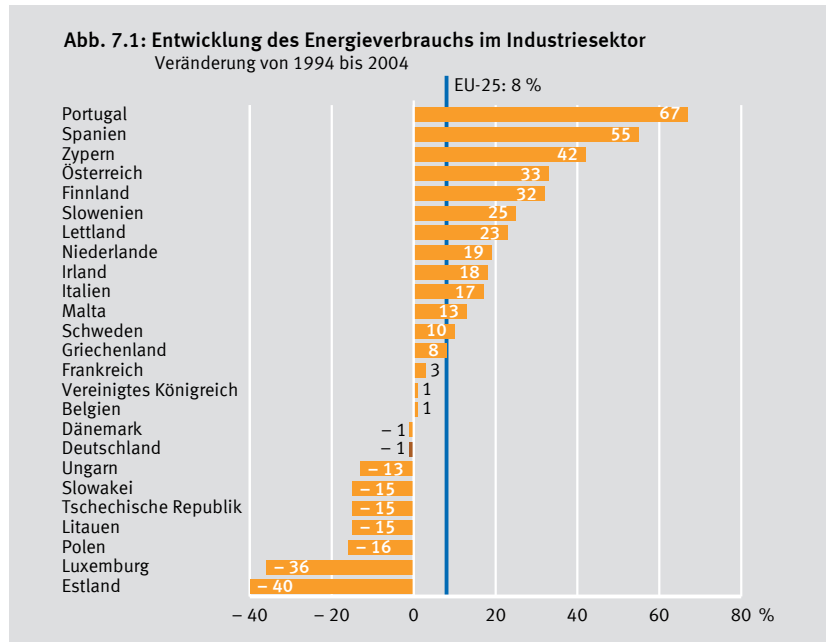
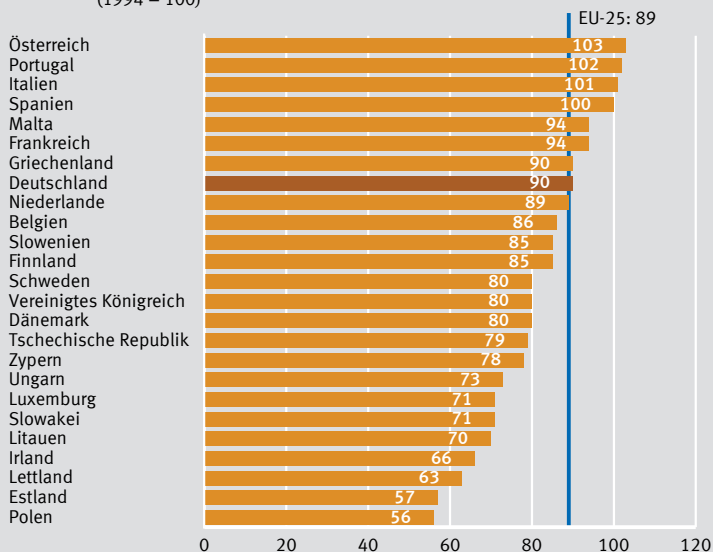


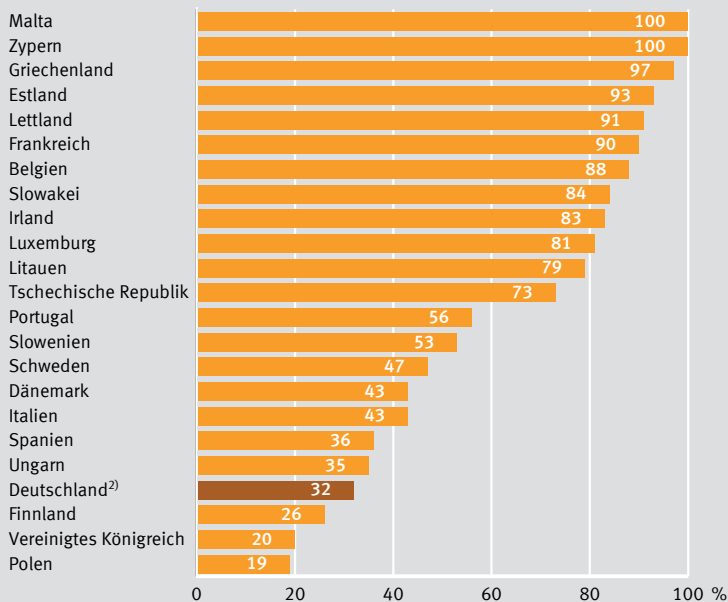
Abb. 7.2: Energieintensität der Wirtschaft 2004
(1994 = 100)



11,1 Cent, in Lettland waren es nur 4,1 Cent. Mit 8,7 Cent lagen die Strompreise in Deutschland über dem EU-Durchschnitt von 7,8 Cent – das waren für Industriebetriebe die vierthöchsten Strompreise in der EU (siehe Tab. 7.1 auf Seite 68).

Die privaten Verbraucher in Deutschland zahlten mit 13,7 Cent/kWh die dritthöchsten Strompreise in der EU. Nur in Italien (15,5 Cent/kWh) und Luxemburg (13,9 Cent/kWh) mussten die Verbraucher noch tiefer in die Tasche greifen. Vergleichsweise günstig war Strom hingegen in Litauen (6,1 Cent/kWh) und Estland (6,2 Cent/kWh).

Abb. 7.3: Marktanteil des größten Erzeugers im nationalen Strommarkt 2004¹⁾



1) Für Österreich und die Niederlande liegen keine Werte vor. – 2) 2003.

Um die Preise für die Gas- und Stromkunden EU-weit möglichst weit anzugleichen, haben sich die Mitgliedstaaten darauf verständigt, transeuropäische Versorgungsnetze aufzubauen und gleichzeitig mehr Wettbewerb auf den nationalen Energiemärkten zuzulassen. Die vollständige Liberalisierung der Märkte wurde für 2007 festgelegt. 2004 dominierte in der Mehrheit der Länder jedoch immer noch ein einziges Großunternehmen die Branche:

Tab. 7.1: Strompreise am 1. Januar 2006
(ohne Steuern)

Mitgliedstaat	Industrielle Nutzer	Private Abnehmer
	Cent je kWh	
Zypern	11,1	12,3
Irland	10,0	12,9
Italien	9,3	15,5
Deutschland	8,7	13,7
Niederlande	8,6	12,1
Luxemburg	8,5	13,9
Belgien	8,3	11,2
Portugal	8,2	13,4
Vereinigtes Königreich ...	8,0	9,7
EU-25	7,8	10,9
Slowakei	7,7	12,2
Ungarn	7,5	9,0
Tschechische Republik ...	7,3	8,3
Dänemark	7,2	10,0
Spanien	7,2	9,4
Malta	7,1	9,0
Griechenland	6,7	6,4
Österreich	6,5	8,9
Slowenien	6,5	8,7
Schweden	5,9	8,8
Polen	5,4	9,2
Frankreich	5,3	9,1
Finnland	5,2	8,1
Estland	5,1	6,2
Litauen	5,0	6,1
Lettland	4,1	7,0

In insgesamt 14 Ländern betrug der Marktanteil des größten Erzeugers im nationalen Strommarkt mehr als 50%. In Malta und Zypern beherrschten Monopolisten den einheimischen Markt. Mit 32% Marktanteil des größten Anbieters (2003) war die Liberalisierung des Strommarktes in Deutschland im EU-Vergleich weit vorangeschritten.

Unendlich viel Energie: Sonne, Wind und Wasser

Der Energiebedarf in der EU wurde 2004 vor allem durch Rohöl und Mineralölerzeugnisse (37%), Erdgas (24%) und Kernenergie (15%) gedeckt. Von letz-

terer wurde in den einzelnen Ländern jedoch sehr unterschiedlich Gebrauch gemacht. Während zwölf Mitgliedsländer – darunter Dänemark, Irland, Italien, Österreich, Polen und Portugal – auf Kernkraft verzichteten, deckten Litauen und Frankreich 43 bzw. 42% sowie Schweden 38% ihres Bruttoinlandsverbrauchs damit. In Deutschland waren es 12%. Durch die nationale Atomgesetznovelle vom April 2002 ist der Ausstieg aus der Kernenergie für Deutschland gesetzlich festgelegt.

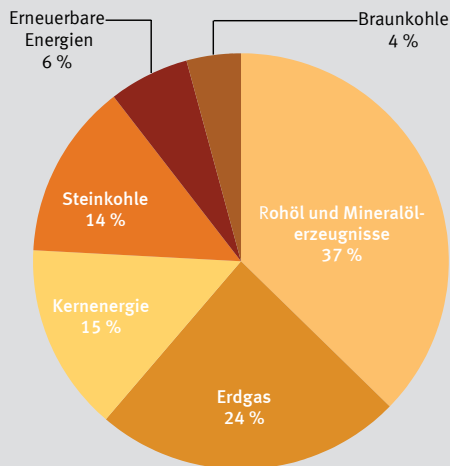
Tab. 7.2: Kernenergie in der EU 2004¹⁾

Mitgliedstaat	Anteil am Bruttoinlandsverbrauch in %
Litauen	42,6
Frankreich	42,2
Schweden	37,6
Slowakei	24,2
Belgien	22,3
Slowenien	19,8
Tschechische Republik	15,6
Finnland	15,5
EU-25	14,6
Deutschland	12,4
Ungarn	11,7
Spanien	11,7
Vereinigtes Königreich	8,9
Niederlande	1,2

1) Keine Kernenergie in Dänemark, Estland, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Luxemburg, Malta, Österreich, Polen, Portugal und Zypern.

Bei den fossilen Brennstoffen verfügten einzig Dänemark und das Vereinigte Königreich über relevante Öl- und Gasreserven in der Nordsee, doch nur Dänemark konnte 2004 dadurch seinen eigenen Bedarf decken und zusätzlich noch Energie exportieren. Alle anderen EU-Staaten waren auf zusätzliche Rohstoffimporte angewiesen. Diese Abhängigkeit macht die EU insbesondere bei internationalen politischen Krisen verwundbar. Zudem sind die Vorkommen fossiler Energieträger begrenzt. Auch belastet ihre Nutzung die Umwelt, denn bei der Verbrennung wird das Treibhausgas Kohlendioxid (CO₂) freigesetzt und in die Atmosphäre abgegeben, was zur Erderwärmung beiträgt. Hohe Ölpreise beeinflussen darüber hinaus die Produktionskosten und damit die

Abb. 7.4: Bruttoenergieverbrauch nach Energieträgern in der EU-25 2004

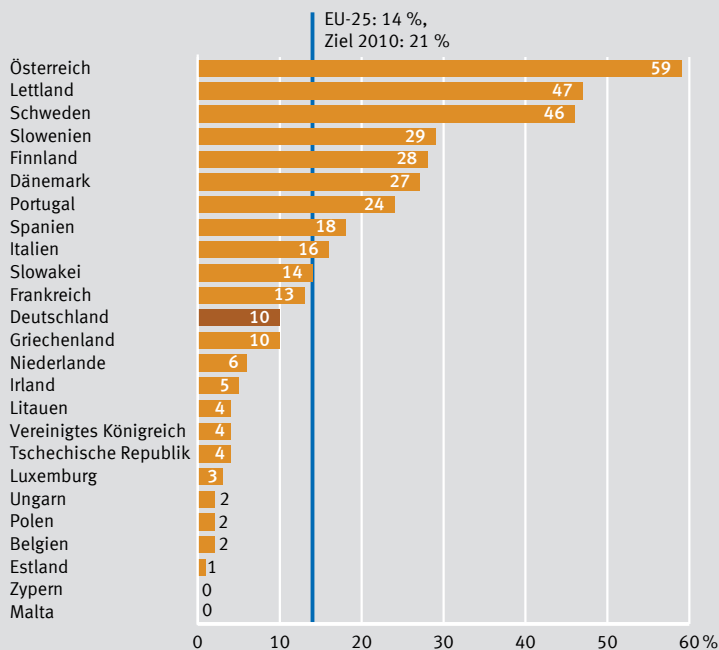


Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen sowie die Geldbeutel der privaten Haushalte.

Die EU-Länder wollen deshalb mehr Anstrengungen zur Entwicklung erneuerbarer Energieträger unternehmen. Bis zum Jahr 2010 sollen 21 % des erzeugten Stromes in der EU-25 aus erneuerbaren Energiequellen stammen. Damit müsste der Anteil von 14 % im Jahr 2004 um sieben Prozentpunkte steigen. Erneuerbare Energie kann durch Wasserkraftwerke (mit Ausnahme von Pumpspeicherwerken), Windkraft- und Solaranlagen, geothermische Kraftwerke sowie Biomasse- und Abfallverbrennungsanlagen gewonnen werden.

Abb. 7.5: Bedeutung erneuerbarer Energien 2004

Anteil erneuerbarer Energiequellen am Bruttostromverbrauch



Mit der Richtlinie 2001/77EG zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen hat die EU den Mitgliedstaaten bestimmte Referenzwerte als nationale Zielmarken vorgegeben. Im Jahr 2004 hatte kein Mitgliedsland seine Zielmarke erreicht. Österreich hatte mit 59% den höchsten Stromanteil aus regenerativen Ener-

giequellen, bis 2010 soll der Anteil dort auf 78 % steigen. Deutschland, das im Rahmen des EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) diese Form der Stromerzeugung staatlich fördert, erhöhte seinen Anteil von 1994 bis 2004 von 4 auf 10 % des Bruttostromverbrauchs und ist von der gesetzten Zielmarke von 12,5 % bis 2010 nicht mehr weit entfernt.

Umwelt: In aufgeheizter Atmosphäre

Das Klima auf der Erde hat sich in den vergangenen Jahrzehnten verändert, die Erdatmosphäre hat sich erwärmt. Die globalen Folgen davon sind noch nicht absehbar: Möglich sind nach Meinung einiger Klimaforscher Veränderungen in den landwirtschaftlichen Anbaustrukturen, bei der Wasserversorgung, der Populationsverteilung von Flora und Fauna oder auch ein höheres Risiko für Naturkatastrophen.

Um diesen Prozess aufzuhalten, hat sich die internationale Staatengemeinschaft im „Kyoto-Protokoll“ auf verbindliche Handlungsziele für den globalen Klimaschutz geeinigt. Die EU verpflichtete sich im Rahmen dieses Abkommens, in einer ersten Verpflichtungsrunde von 2008 bis 2012 den Ausstoß von sechs Treibhausgasen um 8 % gegenüber dem Basisjahr zu senken (1990 für Kohlendioxid, Methan und Lachgas, 1995 für die langlebigen fluoridierten Treibhausgase).

Tab. 7.3: Kyoto-Protokoll: Emissionen von Treibhausgasen

Mitgliedstaat	Veränderung gegenüber dem Kyoto-Basisjahr (1990/1995) in %	
	Zielvorgabe 2008 bis 2012	Realisierung 2003
Litauen	- 8,0	- 66,2
Lettland	- 8,0	- 58,5
Estland	- 8,0	- 50,8
Polen	- 6,0	- 32,1
Ungarn	- 6,0	- 31,9
Slowakei	- 8,0	- 28,2
Tschechische Republik ...	- 8,0	- 24,3
Deutschland	- 21,0	- 18,5
Vereinigtes Königreich ...	- 12,5	- 13,3
Luxemburg	- 28,0	- 11,5
Schweden	4,0	- 2,4
Frankreich	0,0	- 1,9
Slowenien	- 8,0	- 1,9
Belgien	- 7,5	0,6
Niederlande	- 6,0	0,8
Dänemark	- 21,0	6,3
Italien	- 6,5	11,6
Österreich	- 13,0	16,6
Finnland	0,0	21,5
Griechenland	25,0	23,2
Irland	13,0	25,2
Malta	-	29,1
Portugal	27,0	36,7
Spanien	15,0	40,6
Zypern	-	52,8

Kyoto-Protokoll

Mit dem Kyoto-Protokoll hat sich die internationale Staatengemeinschaft auf verbindliche Handlungsziele für den globalen Klimaschutz geeinigt. Die EU verpflichtete sich 1998 im Rahmen dieses Abkommens, den Treibhausgas-Ausstoß von 2008 bis 2012 um 8 % gegenüber dem Basisjahr zu senken (1990 für Kohlendioxid, Methan und Lachgas und 1995 für die langlebigen fluoridierten Treibhausgase).

Für jeden EU-Mitgliedstaat wurde damals eine individuelle Zielmarke festgelegt. Dabei gestattet es die EU-Lastenteilungsvereinbarung einigen EU-Ländern, ihre Emissionen zu erhöhen – vorausgesetzt, diese werden durch Reduzierungen in anderen Mitgliedstaaten ausgeglichen. Acht der zehn 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten haben andere Reduzierungsziele und andere Basisjahre gewählt – so, wie es im Kyoto-Protokoll zugelassen ist. Zypern und Malta haben bislang keine Reduzierungsziele formuliert.

Innerhalb der EU wurde für jedes EU-Mitgliedsland eine länderbezogene Zielvorgabe festgelegt. Deutschland kündigte in diesem Rahmen eine Reduzierung der Gesamtemissionen um 21 % an und hatte dieses Ziel mit einer Verringerung von 18,5 % bereits 2003 annähernd erreicht. Die größten Einsparungen verzeichneten jedoch die neuen EU-Staaten in Mittel- und Osteuropa. In Litauen gingen die Gesamtemissionen z. B. um 66,2 % zurück, in Lettland um 58,5 % und in Estland um 50,8 %. Aber es gab auch gegenteilige Entwicklungen: In einigen Ländern, darunter Dänemark und Italien, stiegen die Emissionen seit 1990 entgegen den Verpflichtungen. Auch Österreich verfehlte sein Reduktionsziel von 13 % und verzeichnete stattdessen eine Emissionssteigerung von 16,6 %. Spanien, Irland und Portugal waren EU-intern zwar höhere Treibhausgas-Ausstöße genehmigt worden, die Zuwachsraten bis 2003 lagen jedoch über den vereinbarten Zielmarken. So erhöhte Spanien seinen Ausstoß statt der genehmigten 15 um 40,6 %.

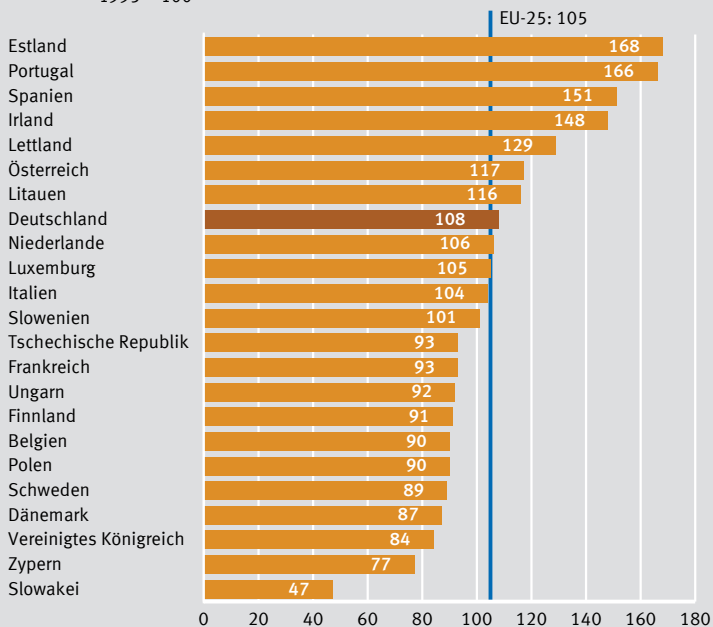
Dicke Luft durch Verkehr

Einer der Hauptverursacher der Luftverschmutzung war 2003 mit einem Anteil von 19,3 % der Verkehrssektor. Emissionseinsparungen gelangen im Verkehr in den vergangenen Jahren nicht: Die Treibhausgasemissionen durch Transportbewegungen lagen 2003 im EU-Durchschnitt 16,6 % über dem Wert von 1993. In Luxemburg und der

Tschechischen Republik waren es mehr als 80 %, in Irland mehr als 100 %. Eine Verringerung der Emissionen gelang nur in Litauen (- 30,1 %) und Deutschland (- 4,2 %).

Im Rahmen der Lissabon-Strategie, die im Sinne des Nachhaltigkeitsgedankens die Vereinbarkeit von wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zielen anstrebt, wollen die EU-Mitgliedsländer in Zukunft den Umstieg auf emissionsärmere Verkehrsträger fördern. Gleichzeitig soll das Verkehrsaufkommen vom weiteren Wirtschaftswachstum entkoppelt werden. In elf Ländern gelang dies in den vergangenen Jahren: Dort wuchs im Zeitraum von 1995 bis 2004 die Wirtschaft stärker als das Güterverkehrsaufkommen. Am deutlichsten war das Ergebnis in der Slowakei und mit einigem Abstand in Zypern. Hingegen ging die Wirtschaftsentwicklung in zwölf Staaten mit einem überproportional wachsenden Güterver-

Abb. 7.6: Entwicklung des Güterverkehrsvolumens im Verhältnis zum BIP 2004
1995 = 100¹⁾



1) Für Griechenland und Malta liegen keine Werte vor.

kehrsaufkommen einher: u. a. in Estland, Portugal und Spanien. Auch Deutschland gehörte zu den Ländern, in denen das Verkehrsaufkommen schneller als das BIP wuchs.

Landwirtschaft: Andauernder Strukturwandel

Seit den Anfängen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) vor mehr als 50 Jahren ist die Gemeinsame Agrarpolitik einer der wichtigsten und am weitesten entwickelten Pfeiler der europäischen Integration. Die Versorgung der Verbraucher mit Nahrungsmitteln zu niedrigen Preisen und die Sicherung eines angemessenen Lebensstandards der Landwirte standen dabei lange Zeit im Mittelpunkt der Politik. Der rasante technische Fortschritt führte jedoch auch zu negativen Erscheinungen wie den Produktionsüberschüssen. Zudem verursachten die EU-Agrarmarktregelungen zum Schutz der einheitlichen Landwirtschaft hohe Kosten. Vor 15 Jahren wurden Reformen zur Senkung der stetig steigenden Ausgaben eingeleitet. Heute sollen produktionsunabhängige Direktzahlungen wieder eine am Markt orientierte Produktion unter Einhaltung von Qualitäts- und Umweltschutzauflagen fördern.

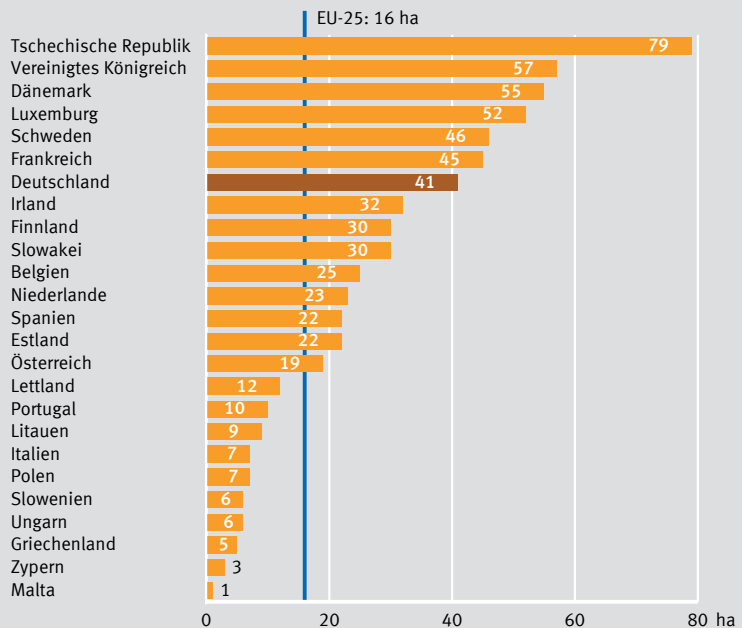
Von Bauernhof bis Großbetrieb

Rund 9,9 Mill. landwirtschaftliche Betriebe gab es 2003 in der EU-25. Zusammen bewirtschafteten sie eine landwirtschaftlich genutzte Fläche

von 156 Mill. ha. Die größten Anteile davon lagen in Frankreich (18 %), Spanien (16 %) und Deutschland (11 %). Kleinbetriebe mit weniger als 2 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche machten 2003 in der EU 39 % aller erfassten Agrarbetriebe aus, sie bewirtschafteten jedoch nur 2 % der Flächen. Die meisten dieser 3,9 Mill. Kleinunternehmen befanden sich in Italien (28 %) und Polen (24 %). Betriebe mit mehr als 100 ha machten weniger als 3 % (0,3 Mill. Betriebe) aller EU-Betriebe aus, verfügten jedoch über 45 % der gesamten Landwirtschaftsfläche in der EU. Allein 30 % dieser Betriebe lagen in Frankreich, 18 % in Spanien, 14 % im Vereinigten Königreich und 10 % in Deutschland.

Diese großen Unterschiede zwischen den Ländern spiegeln sich auch in der durchschnittlichen Flächenausstattung der Betriebe wider: Sie reichte 2003 von 1 ha in Malta bis zu 79 ha in der Tsche-

Abb. 7.7: Durchschnittliche Größe landwirtschaftlicher Betriebe 2003
Landwirtschaftlich genutzte Fläche je Betrieb in ha



chischen Republik. Weit unter dem EU-Durchschnitt von 16 ha lagen bedeutende Agrarproduzenten wie Griechenland (5 ha), Polen und Italien (je 7 ha). In Deutschland vergrößerte sich die durchschnittliche landwirtschaftlich genutzte Fläche der Betriebe von 2000 bis 2003 um 13 % von 36 auf 41 ha.

In fast allen EU-Ländern hat die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in den vergangenen Jahren abgenommen. Dabei blieb die landwirtschaftlich genutzte Fläche insgesamt nahezu konstant, d. h. es setzte ein kontinuierlicher, heute noch andauernder Strukturwandel hin zu größeren Betriebsstrukturen ein. Mögliche Erklärungen dafür sind die vielerorts fehlende Rentabilität von Kleinbetrieben, außerlandwirtschaftliche Einkommensquellen oder auch der fehlende Nachwuchs.

Für den Außenhandel der Mitgliedsländer spielte die Landwirtschaft eine unterschiedlich starke Rolle. Der größte Agrarexporteur unter den 25 EU-Ländern waren 2005 die Niederlande, die Waren im Wert von 40,5 Mrd. Euro exportierten. Es folgten Frankreich (36,7 Mrd. Euro) und Deutschland (33,5 Mrd. Euro). Gemessen am Anteil an den Gesamtexporten war der Handel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabak hingegen für Griechenland (18,7 %), Dänemark (17,4 %) und Zypern (16,1 %) am wichtigsten.

Größter Agrarimporteur der EU war 2005 Deutschland mit einem Einfuhrwert von 41,6 Mrd. Euro. Das Vereinigte Königreich und Frankreich importierten Waren im Wert von 33,8 Mrd. bzw. 28,3 Mrd. Euro. Den höchsten Anteil

an den Gesamtimporten machten die Agrarprodukte aber in Malta (11,8 %), Dänemark (11,4 %) und Zypern (11,2 %) aus. Im Handel mit Nicht-EU-Ländern war die EU 2005 ein Nettoimporteur: Zusammen führten die 25 Mitgliedstaaten Nahrungsmittel, Getränke und Tabak im Wert von 62,3 Mrd. Euro ein und für 52,7 Mrd. Euro aus.

Öko im Aufwind

Vor dem Hintergrund des allgemein wachsenden Umwelt- und Ernährungsbewusstseins der Verbraucher hat der Markt für ökologisch erzeugte Lebensmittel in der EU zunehmend an Bedeutung gewonnen.

Tab. 7.4: Ein- und Ausfuhr von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabak 2005

Mitgliedstaat	Einfuhr		Ausfuhr	
	Mrd. EUR	Anteil an der Gesamteinfuhr in %	Mrd. EUR	Anteil an der Gesamtausfuhr in %
Griechenland	4,6	10,6	2,6	18,7
Dänemark	6,9	11,4	12,0	17,4
Zypern	0,6	11,2	0,2	16,1
Spanien	19,0	8,5	19,4	12,9
Niederlande	24,0	8,3	40,5	12,5
Litauen	0,9	7,6	1,1	12,0
Lettland	0,7	10,6	0,5	11,1
Frankreich	28,3	7,1	36,7	9,9
Polen	4,7	5,8	6,7	9,3
Irland	4,3	7,9	7,4	8,4
Belgien	18,1	7,1	21,3	7,9
Portugal	5,1	10,5	2,4	7,8
Estland	0,6	7,6	0,4	6,8
Ungarn	2,1	3,9	3,1	6,1
Italien	24,1	7,9	18,0	6,1
Österreich	5,9	5,8	6,1	6,1
Vereinigtes Königreich ...	33,8	8,2	15,4	5,0
EU-25	62,3	5,3	52,7	4,9
Luxemburg	1,4	8,3	0,7	4,7
Deutschland	41,6	6,7	33,5	4,3
Slowakei	1,6	5,5	1,0	3,9
Tschechische Republik ...	3,2	5,1	2,4	3,8
Schweden	6,5	7,3	3,6	3,4
Malta	0,3	11,8	0,1	3,3
Slowenien	1,0	6,1	0,5	3,2
Finnland	2,3	4,9	0,9	1,7

Energie und nachhaltiges Wirtschaften

Ziel des ökologischen Landbaus ist eine nachhaltige Produktionsweise, deren Verfahren auf EU-Ebene verbindlich geregelt sind. Im „Europäischen Aktionsplan für ökologische Landwirtschaft und ökologisch erzeugte Lebensmittel“ vom Juni 2004 setzte

sich die EU 21 politische Ziele, die die Entwicklung des ökologischen Landbaus unterstützen sollen. Beschlossen wurde dabei u. a., intensiv über den Ökolandbau aufzuklären und die Produktionsstandards zu verbessern.

Tab. 7.5: Ökologisch wirtschaftende Betriebe 2003 ¹⁾

Mitgliedstaat	Landwirtschaftliche Betriebe		Landwirtschaftlich genutzte Fläche	
	Anzahl	Anteil in %	ha	Anteil in %
Schweden	15 040	22,2	763 900	24,4
Österreich	17 880	10,3	381 440	11,7
Finnland	4 280	5,7	146 510	6,5
Dänemark	2 600	5,3	164 520	6,2
Deutschland	11 420	2,8	630 270	3,7
Italien	38 470	2,0	754 430	5,8
Luxemburg	40	1,6	2 110	1,6
Frankreich	8 610	1,4	486 650	1,8
Niederlande	1 140	1,3	66 560	3,3
Tschechische Republik ...	510	1,1	205 310	5,7
Vereinigtes Königreich ...	2 750	1,0	516 000	3,2
Belgien	530	1,0	23 190	1,7
Griechenland	7 550	0,9	88 650	2,2
Spanien	10 270	0,9	696 720	2,8
Estland	280	0,8	24 260	3,0
Irland	780	0,6	23 000	0,5
Lettland	650	0,5	23 580	1,6
Portugal	900	0,3	141 890	3,8
Zypern	100	0,2	560	0,4
Ungarn	800	0,1	158 040	3,6
Litauen	240	0,1	21 740	0,9
Slowakei	60	0,1	84 120	3,9

1) Für Malta, Polen und Slowenien liegen keine Werte vor.

Die ökologische Landwirtschaft in den EU-Mitgliedstaaten hat sich bislang jedoch ungleich entwickelt. In den meisten EU-Ländern nahm ihre Bedeutung von 2000 bis 2003 zu. Schweden führte dabei mit großem Abstand: Dort wirtschafteten 2003 22 % aller Betriebe ökologisch. Das Land verfügte über einen ökologisch bewirtschafteten Flächenanteil von 24 % (2000: 15 %). Es folgte Österreich mit einem Betriebsanteil von 10 % und einem Flächenanteil von 12 %. In Deutschland betrieben 2003 knapp 3 % aller Betriebe (2000: 2 %) auf knapp 4 % der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche (2000: 3 %) ökologischen Landbau. Damit lag Deutschland beim Betriebsanteil nach den drei skandinavischen Ländern und Österreich an 5. Stelle, beim Flächenanteil an 9. Stelle in der EU.

Deutschlands Position in der EU-25

A.I.1: Strukturindikatoren (Short List)

Um die Erfolge bei der Umsetzung der Lissabonner Ziele zu dokumentieren, erstellt die Europäische Kommission seit 2001 einen jährlichen Fortschrittsbericht zur Vorlage an den Europäischen Rat. Bei ihrer Bewertung stützt sich die Kommission auf die so genannten „Strukturindikatoren“. Dies sind ausgewählte Messgrößen, die im Rahmen des Europäischen Statistischen Systems erhoben werden. Eurostat führt hierüber eine eigene Datenbank.

14 Strukturindikatoren – zusammengefasst in der so genannten „Short List“ – stuft die Europäische Kommission in Abstimmung mit dem Europäischen Rat in der erneuerten Lissabon-Strategie des Jahres 2005 als besonders wichtig ein. Sie gehen als statistischer Anhang in den jährlichen Fortschrittsbericht und die nationalen Reformprogramme der EU-Mitgliedstaaten ein.

Tabelle A.I.1 führt diese 14 Indikatoren für alle 25 EU-Mitgliedstaaten auf und veranschaulicht damit, an welcher Position Deutschland im Vergleich mit den anderen EU-Ländern steht (Datenbankstand: September 2006).

A.I.2: Alle statistischen Merkmale dieser Veröffentlichung

Tabelle A.I.2 stellt alle in dieser Veröffentlichung enthaltenen Merkmale zusammen und verdeutlicht die Position Deutschlands im Vergleich zu den anderen EU-Mitgliedsländern (Rang x unter 25 bzw. weniger Ländern, wenn nicht für alle Mitgliedstaaten Daten vorliegen).

Volumengrößen, wie Bevölkerungsstand oder Export- und Importzahlen, sind mit aufgeführt, um die Größe eines Landes widerzuspiegeln. Variablen, die z. B. die Leistung eines Landes messen, sind durch einheitliche Bezugsgrößen dargestellt, wie z. B. Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Kaufkraftstandards (EU-25=100). In welche Richtung das Ranking erfolgt, hängt von der Fragestellung bzw. Zielsetzung ab. Beim Merkmal Arbeitsproduktivität erhielt z. B. das Land mit der höchsten Produktivität den Rang 1, beim Merkmal vergleichende Preisniveaus das Land mit dem niedrigsten Preisniveau. In den meisten Fällen sind die Werte von groß nach klein sortiert. Ist dies nicht der Fall, so deutet ein Pfeil (↑) darauf hin.

Die neuen Mitgliedstaaten: Bulgarien und Rumänien

Mit dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens zum 1. Januar 2007 umfasst die EU 27 Mitgliedstaaten. Der Datenstand der vorliegenden Veröffentlichung ist September 2006. Da zu diesem Zeitpunkt noch keine Aggregate für die EU-27 vorlagen, nutzt die vorliegende Publikation die EU-25 als Referenzgröße. Um der jüngsten EU-Erweiterungsrunde trotzdem Rechnung zu tragen, werden in Tabelle A.II alle Merkmale dieser Veröffentlichung für Bulgarien und Rumänien aufgeführt (soweit bereits verfügbar).

Tab. A.I.1: Strukturindikatoren (Short List), Stand: September 2006

Rang	Armutsgefährdungsquote: Anteil der Personen mit Einkommen < 60 % des Medianeinkommens (%)	Bildungsstand der Jugendlichen: Anteil der 20- bis 24-Jährigen mit mind. Sekundarstufe-II-Abschluss (%)	Ausgaben für Forschung und Entwicklung (in % des BIP)	Erwerbstätigenquote (%)
	2004 (*2003, **2000)	2005	2004 (*2003)	2005
1	CZ 8*	SK 91,5	SE 3,7	DK 75,9
2	SI 10*	SI 90,6	FI 3,5	NL 73,2
3	DK 11	CZ 90,3	DK 2,6 ²⁾	SE 72,5
4	LU 11	PL 90,0	DE 2,5³⁾	UK 71,7
5	FI 11	SE 87,8	AT 2,3 ³⁾	AT 68,6
6	SE 11	IE 86,1 ²⁾	FR 2,2 ²⁾	CY 68,5
7	HU 12*	AT 85,9	LU 2,0 ²⁾	FI 68,4
8	NL 12* ²⁾	LT 85,2	BE 1,9 ²⁾	IE 67,6
9	AT 13	FI 84,8	UK 1,8 ³⁾	PT 67,5
10	FR 14	GR 84,0	NL 1,8 ²⁾	SI 66,0
11	BE 15	HU 83,3	SI 1,5*	DE 65,4
12	CY 15*	FR 82,8	CZ 1,3	CZ 64,8
13	LT 15*	LV 81,8	IE 1,2 ²⁾	EE 64,4
14	MT 15**	EE 80,9	IT 1,1*	LU 63,6
15	DE 16	CY 80,7	ES 1,1	LV 63,3
16	LV 16*	BE 80,3	EE 1,0 ²⁾	ES 63,3
17	PL 17*	UK 77,1	PT 1,0 ³⁾	FR 63,1
18	EE 18*	DK 76,0	HU 0,9	LT 62,6
19	UK 18*	NL 74,6	LT 0,8	BE 61,1
20	IT 19	IT 72,9	GR 0,6 ²⁾	GR 60,1
21	GR 20	LU 71,1	PL 0,6	SK 57,7
22	ES 20	DE 71,0	SK 0,5	IT 57,6
23	IE 21	ES 61,3	LV 0,4	HU 56,9
24	PT 21	PT 48,4	CY 0,4 ²⁾	MT 53,9
25	SK 21 ²⁾	MT 48,1	MT 0,3	PL 52,8
EU-25	EU 16 ⁴⁾	EU 76,9	EU 1,9 ⁴⁾	EU 63,8

1) Prognose. 2) Vorläufiger Wert. 3) Geschätzter Wert. 4) Schätzung Eurostats. 5) Revidierter Wert. ●●● EU-25-Wert

AT – Österreich	DK – Dänemark	GR – Griechenland	LU – Luxemburg	PL – Polen
BE – Belgien	EE – Estland	HU – Ungarn	LV – Lettland	SE – Schweden
CY – Zypern	ES – Spanien	IE – Irland	MT – Malta	SI – Slowenien
CZ – Tschechische Republik	FI – Finnland	IT – Italien	NL – Niederlande	SK – Slowakei
DE – Deutschland	FR – Frankreich	LT – Litauen	PT – Portugal	UK – Vereinigtes Königreich

Tab. A.I.1: Strukturindikatoren (Short List), Stand: September 2006

Rang	Erwerbstätigenquote älterer Menschen (55 – 64 Jahre, %)	Langzeiterwerbslosen- quote (%)	Streuung der regionalen Erwerbstätigenquoten: Variationskoeffizient zwischen den Regionen	Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in Kauf- kraftstandards (KKS) (EU-25=100)
	2005		2004	2005
1	SE 69,4	UK 1,0	NL 2,3	LU 247,4 ¹⁾
2	DK 59,5	DK 1,1	AT 3,5	IE 137,6 ¹⁾
3	UK 56,9	CY 1,2	PT 3,5	DK 124,3
4	EE 56,1	LU 1,2	GR 4,1	NL 124,2
5	FI 52,7	SE 1,2 ²⁾	SE 4,4	AT 122,5
6	IE 51,6	AT 1,3	FI 5,5	BE 117,6
7	CY 50,6	IE 1,5	CZ 5,6	UK 116,6 ¹⁾
8	PT 50,5	NL 1,9	UK 5,8	SE 114,5
9	LV 49,5	ES 2,2	DE 6,2	FI 113,4
10	LT 49,2	FI 2,2	PL 6,4	DE 109,3
11	NL 46,1	SI 3,1	FR 7,1	FR 108,8
12	DE 45,4	HU 3,2	BE 8,7	IT 102,6
13	CZ 44,5	MT 3,4	ES 8,7	ES 98,6
14	ES 43,1	PT 3,7	SK 9,0	CY 83,3
15	GR 41,6	FR 3,9	HU 9,4	GR 82,0
16	FR 37,9	IT 3,9	IT 15,6	SI 79,8
17	HU 33,0	LV 4,1		CZ 72,9
18	AT 31,8	CZ 4,2		PT 71,2 ¹⁾
19	BE 31,8	EE 4,2		MT 69,2
20	LU 31,7	LT 4,3		HU 60,8
21	IT 31,4	BE 4,4		EE 57,3
22	MT 30,8	DE 5,0		SK 55,0
23	SI 30,7	GR 5,1		LT 52,0
24	SK 30,3	PL 10,2		PL 49,8
25	PL 27,2	SK 11,7		LV 47,2
EU-25	EU 42,5	EU 3,9	EU 12,2	EU 100,0

1) Prognose. 2) Vorläufiger Wert. 3) Geschätzter Wert. 4) Schätzung Eurostats. 5) Revidierter Wert. ●●● EU-25-Wert

AT – Österreich	DK – Dänemark	GR – Griechenland	LU – Luxemburg	PL – Polen
BE – Belgien	EE – Estland	HU – Ungarn	LV – Lettland	SE – Schweden
CY – Zypern	ES – Spanien	IE – Irland	MT – Malta	SI – Slowenien
CZ – Tschechische Republik	FI – Finnland	IT – Italien	NL – Niederlande	SK – Slowakei
DE – Deutschland	FR – Frankreich	LT – Litauen	PT – Portugal	UK – Vereinigtes Königreich

Tab. A.I.1: Strukturindikatoren (Short List), Stand: September 2006

Rang	Arbeitsproduktivität: BIP je Beschäftigten in KKS (EU-25=100)	Unternehmens- investitionen (in % des BIP)	Vergleichende Preisniveaus (EU-25=100) ²⁾	Energieintensität der Wirtschaft: Inlands- energieverbrauch im Ver- hältnis zum BIP (kg Öläquivalent/1 000 Euro)
	2005 (*2006)	2004	2005	2004
1	LU 160,9	EE 28,4	LT 54,7	DK 120
2	BE 128,0	LV 25,5	LV 56,8	AT 146
3	IE 127,4	ES 24,6	SK 57,6	IE 157
4	FR 119,1	CZ 21,9	CZ 57,8	DE 159
5	AT 109,9* ¹⁾	SK 21,7	PL 59,6	FR 185
6	FI 108,4	SI 21,3	HU 63,6	IT 189
7	IT 108,1	GR 21,1	EE 64,2	LU 194
8	NL 107,8	IE 21,0	MT 74,0	NL 203
9	UK 106,6	AT 19,8	SI 76,4	UK 207
10	DK 105,8	HU 19,3	PT 85,2	BE 208
11	SE 104,4	PT 19,2	GR 87,8	SE 218
12	DE 101,5	LT 18,5	ES 90,0	ES 223
13	GR 98,5 ³⁾	IT 18,1	CY 94,3	PT 240
14	ES 97,3	DK 18,0	IT 102,6	GR 240
15	MT 80,5	BE 17,3	AT 102,9	CY 262
16	SI 76,9	NL 16,0	DE 104,1	FI 272
17	CY 75,6	DE 16,0	BE 104,3	MT 292
18	HU 69,8	FR 15,9	UK 104,9	SI 329
19	CZ 65,9	LU 15,7	NL 105,2	HU 534
20	PT 65,5 ¹⁾	MT 15,7	LU 107,0	PL 597
21	PL 63,0	FI 15,4	FR 108,5	LV 696
22	SK 62,1	CY 15,2	SE 120,6	CZ 852
23	EE 58,6	UK 14,8	FI 122,0	SK 854
24	LT 53,2	PL 14,6	IE 123,4	LT 1 136
25	LV 46,3	SE 13,0	DK 135,8	EE 1 140
EU-25	EU 100,0	EU 17,1	EU 100,0	EU 205

1) Prognose. 2) Vorläufiger Wert. 3) Geschätzter Wert. 4) Schätzung Eurostats. 5) Revidierter Wert. ●●● EU-25-Wert

AT – Österreich

BE – Belgien

CY – Zypern

CZ – Tschechische Republik

DE – Deutschland

DK – Dänemark

EE – Estland

ES – Spanien

FI – Finnland

FR – Frankreich

GR – Griechenland

HU – Ungarn

IE – Irland

IT – Italien

LT – Litauen

LU – Luxemburg

LV – Lettland

MT – Malta

NL – Niederlande

PT – Portugal

PL – Polen

SE – Schweden

SI – Slowenien

SK – Slowakei

UK – Vereinigtes Königreich

Tab. A.I.1: Strukturindikatoren (Short List), Stand: September 2006

Rang	Emissionen von Treibhausgasen (1990/1995=100)	Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP (1995=100)
	2003	2004
1	LT 33,8	SK 47,4
2	LV 41,5	CY 76,5
3	EE 49,2	UK 84,3 ²⁾
4	PL 67,9	DK 86,8
5	HU 68,1	SE 89,2 ⁵⁾
6	SK 71,8	BE 89,7
7	CZ 75,7	PL 90,3
8	DE 81,5	FI 91,3
9	UK 86,7	HU 91,9
10	LU 88,5	FR 92,8
11	SE 97,6	CZ 93,3
12	SI 98,1	SI 101,1
13	FR 98,1	IT 104,4 ³⁾
14	BE 100,6	LU 104,8
15	NL 100,8	NL 105,5
16	DK 106,3	DE 107,5
17	IT 111,6	LT 116,2
18	AT 116,6	AT 117,0
19	FI 121,5	LV 129,3
20	GR 123,2	IE 147,5
21	IE 125,2	ES 151,4
22	MT 129,1	PT 165,9
23	PT 136,7	EE 167,9
24	ES 140,6	
25	CY 152,8	
EU-25	EU 92,0	EU 104,7 ⁴⁾

1) Prognose. 2) Vorläufiger Wert. 3) Geschätzter Wert. 4) Schätzung Eurostats. 5) Revidierter Wert. ●●● EU-25-Wert

AT – Österreich
BE – Belgien
CY – Zypern
CZ – Tschechische Republik
DE – Deutschland

DK – Dänemark
EE – Estland
ES – Spanien
FI – Finnland
FR – Frankreich

GR – Griechenland
HU – Ungarn
IE – Irland
IT – Italien
LT – Litauen

LU – Luxemburg
LV – Lettland
MT – Malta
NL – Niederlande
PT – Portugal

PL – Polen
SE – Schweden
SI – Slowenien
SK – Slowakei
UK – Vereinigtes Königreich

A.1.2: Alle statistischen Merkmale dieser Veröffentlichung, Stand: September 2006

Thema	Jahr	EU-25	Deutschland	Rang Deutschland
Bevölkerung				
Bevölkerung (Mill.)	2005	461,3	82,5	1 (25)
Bevölkerungsdichte (Einwohner/km ²)	2004 (ES, EU-25, FR, UK: 2003)	118	231	5 (25)
Durchschnittliche Kinderzahl je Frau	2004	.	1,37	14 (25)
Durchschnittliche Lebenserwartung der Neugeborenen (w)	2004	.	81,4	6 (25)
Durchschnittliche Lebenserwartung der Neugeborenen (m)	2004	.	75,7	7 (25)
Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung (%)	2004	.	18,0	24 (25)↑
Saldo zwischen Lebendgeburten und Sterbefällen (Tsd.)	2004	475,4	- 112,7	25 (25)
Saldo zwischen Zu- und Fortzügen (Tsd.)	2004	1 849,5	81,8	5 (25)
Bevölkerungsvorausberechnung für 2050 im Vergleich zu 2005 (%)	2005	- 1,9	- 9,6	18 (25)
Lebensverhältnisse				
Konsum				
Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst in der Industrie und im Dienstleistungssektor (KKS)	2004 (DK, FR, GR: 2003)	.	38 432	2 (18)
Inflationsrate: Veränderung des harmonisierten Verbraucherpreisindex (%)	2005	2,2	1,9	6 (25)↑
Armut				
Einkommensverteilung: Verhältnis des Gesamteinkommens der „reichsten“ 20 % der Bevölkerung zu dem der „ärmsten“ 20 %	2004 (CY, CZ, EE, HU, LT, LV, PL, SI, UK: 2003)	4,8 ¹⁾	4,4	13 (24)↑
Armutsgefährdungsquote: < 60% des Medianeinkommens (%)	2004 (CY, CZ, EE, HU, LT, LV, NL, PL, SI, UK: 2003)	16 ¹⁾	16	14 (24)↑
Monetäre Armutsgefährdungsschwelle für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren (KKS)	2004 (CY, CZ, EE, HU, LT, LV, PL, SI, UK: 2003)	16 200 ¹⁾	19 300	6 (24)
Sozialschutzleistungen (in % des BIP)	2003 (CY: 2002)	26,9 ²⁾	29,1 ³⁾	4 (25)
Gesundheit				
Gesundheitsausgaben (in % des BIP) ^{OECD}	2004 (BE, SK: 2003)	.	10,6	1 (19)
Gesundheitsausgaben (US-Dollar KKP je Einwohner) ^{OECD}	2004 (BE, SK: 2003)	.	3 040	6 (19)
Krankenhausbetten je 100 000 Einwohner	2003 (ES, LU, PT, SI: 2002)	.	874	2 (23)
Säuglingssterblichkeit je 1 000 Lebendgeborenen	2004	.	4,1	10 (24)↑
Todesursache: Krankheiten des Kreislaufsystems (in % aller Todesursachen)	2003 (IT: 2002, DK, SK: 2001)	.	46,3	15 (23)↑
Todesursache: Bösartige Neubildungen (in % aller Todesursachen)	2003 (IT: 2002, DK, SK: 2001)	.	24,5	12 (23)↑

1) Schätzung Eurostats.

2) Geschätzter Wert.
3) Vorläufiger Wert.

. = kein Wert verfügbar.

↑ = niedrigster Wert auf Rang 1.

OECD = Datenquelle Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD).

A.1.2: Alle statistischen Merkmale dieser Veröffentlichung, Stand: September 2006

Thema	Jahr	EU-25	Deutschland	Rang Deutschland
Bildung, Forschung und Informationsgesellschaft				
Bildung				
Ausgaben des Staates für das Bildungswesen (in % des BIP)	2004 <small>(BE: 2003)</small>	.	4,0	23 (25)
Bildungsstand der Jugendlichen: Anteil der 20- bis 24-Jährigen mit mind. Sekundarstufe-II-Abschluss (%)	2005	76,9	71,0	22 (25)
Absolventinnen und Absolventen in Mathematik, Naturwissenschaften und Technik (in % aller Fachrichtungen)	2004	23,6 ¹⁾	26,9	6 (21)
Personen von 25 bis 64 Jahren, die in den vier Wochen vor der Erhebung an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teilgenommen haben (%)	2005	11,0	8,2	11 (25)
Forschung				
Ausgaben für Forschung und Entwicklung (in % des BIP)	2004 <small>(IT, SI: 2003)</small>	1,9 ¹⁾	2,5 ²⁾	4 (25)
Europäische Patente im Hochtechnologiebereich (pro Mill. Einwohner)	2003 <small>(LV, UK: 2002)</small>	.	21,5	5 (24)
Informationsgesellschaft				
Verfügbarkeit eines Internetanschlusses in Privathaushalten mit mind. einem Mitglied unter 75 Jahren (%)	2005	48	62	5 (24)
Verfügbarkeit eines Internetanschlusses in Unternehmen mit mind. zehn Vollzeitbeschäftigten (%)	2005	91	94	7 (24)
Anteil der Personen, die das Internet durchschnittlich wenigstens einmal pro Woche nutzten (%)	2005	43	54	5 (24)
Unternehmen mit mind. zehn Beschäftigten, bei denen Online-Bestellungen eingingen (%)	2004	12	16	6 (24)
Anteil der Einzelpersonen, die für private Zwecke Waren oder Dienstleistungen über das Internet bestellt haben (%)	Q1/2005	18	32	3 (23)
e-Government: Online-Verfügbarkeit von 20 wichtigen Behördendienstleistungen (%)	2006	50	47	16 (25)
Arbeitsmarkt				
Erwerbstätigenquote (%)	2005	63,8	65,4	11 (25)
Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen (%)	2005	42,5	45,4	12 (25)
Frauenerwerbstätigenquote (%)	2005	56,3	59,6	10 (25)
Durchschnittliche Zahl der Arbeitsstunden je Woche (Vollzeitbeschäftigte)	2005	42,0	41,6	11 (25)
Arbeitskosten je Stunde im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungssektor (Euro)	2004 <small>(GR, LV, SE, SI: 2003)</small>	21,22	26,22	8 (24)
Erwerbslosenquote (%)	2005	8,8	9,5	21 (25)↑
Langzeiterwerbslosenquote (%)	2005	3,9	5,0	22 (25)↑
Anteil der männlichen Erwerbslosen an der Erwerbsbevölkerung des gleichen Geschlechts (%)	2005	7,9	8,9	22 (25)↑
Anteil der weiblichen Erwerbslosen an der Erwerbsbevölkerung des gleichen Geschlechts (%)	2005	9,9	10,3	20 (25)↑
Jugenderwerbslosenquote (unter 25-Jährige, %)	2005	18,6	15,0	9 (25)↑

1) Schätzung Eurostats.

2) Geschätzter Wert.

. = kein Wert verfügbar.

↑ = niedrigster Wert auf Rang 1.

A.1.2: Alle statistischen Merkmale dieser Veröffentlichung, Stand: September 2006

Thema	Jahr	EU-25	Deutschland	Rang Deutschland
Wirtschaft und Finanzen				
Bruttoinlandsprodukt (BIP)				
BIP pro Kopf in KKS (EU-25=100)	2005	100,0	109,3	10 (25)
Wachstumsrate des realen BIP im Vergleich zum Vorjahr (%)	2005	1,7	0,9	23 (25)
Arbeitsproduktivität: BIP je Beschäftigten in KKS (EU-25=100)	2005 (AT: 2006)	100,0	101,5	12 (25)
Investitionen				
Öffentliche Investitionen (in % des BIP)	2005	2,4	1,3	24 (25)
Unternehmensinvestitionen (in % des BIP)	2004	17,1	16,0	16 (25)
Direktinvestitionsbestände im Inland (Mrd. Euro)	2004 (AT, DE, DK, GR: 2003)	.	530,7	1 (20)
Direktinvestitionsbestände im Ausland (Mrd. Euro)	2004 (AT, DE, DK, GR: 2003)	.	588,6	3 (20)
Außenhandel				
Handelsbilanz (Mrd. Euro)	2005	- 105,8	158,0	1 (25)
Anteil der Intra-EU-Importe (%) an den Gesamtimporten	2005	63,8	64,0	19 (25)
Anteil der Intra-EU-Exporte (%) an den Gesamtexporten	2005	66,7	63,4	17 (25)
Finanzen und Preise				
Staatsdefizit bzw. -überschuss (in % des BIP)	2005	- 2,3	- 3,3	20 (25)
Öffentlicher Schuldenstand (in % des BIP)	2005	63,4	67,7	20 (25)↑
Inflationsrate: Veränderungen des harmonisierten Verbraucherpreisindex (%)	2005	2,2	1,9	6 (25)↑
Energie und nachhaltiges Wirtschaften				
Energie				
Entwicklung des Energieverbrauchs im Industriesektor (%)	1994 bis 2004	8	- 1	9 (25)↑
Energieintensität der Wirtschaft (1994=100)	2004	89	90	18 (25)↑
Strompreise für private Abnehmer (ohne Steuern, Cent je kWh)	Januar 2006	10,9	13,7	23 (25)↑
Strompreis für industrielle Nutzer (ohne Steuern, Cent je kWh)	Januar 2006	7,8	8,7	22 (25)↑
Marktanteil des größten Erzeugers im nationalen Strommarkt (%)	2004 (DE: 2003)	.	32	4 (23)↑
Anteil der Kernenergie am Bruttoinlandsverbrauch (%)	2004	14,6	12,4	9 (25)
Anteil erneuerbarer Energiequellen am Bruttostromverbrauch (%)	2004	14	10	12 (25)

. = kein Wert verfügbar.

↑ = niedrigster Wert auf Rang 1.

A.1.2: Alle statistischen Merkmale dieser Veröffentlichung, Stand: September 2006

Thema	Jahr	EU-25	Deutschland	Rang Deutschland
Umwelt				
Emissionen von Treibhausgasen: Veränderung gegenüber dem Kyoto-Basisjahr (1990/1995) (%)	2003	.	- 18,5	8 (25)↑
Entwicklung des Güterverkehrsvolumens im Verhältnis zum BIP (1995=100)	2004	105 ¹⁾	108	16 (23)↑
Landwirtschaft				
Durchschnittliche Größe landwirtschaftlicher Betriebe (in ha)	2003	16	41	7 (25)
Einfuhr von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabak (in % der Gesamteinfuhr)	2005	5,3	6,7	18 (25)
Ausfuhr von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabak (in % der Gesamtausfuhr)	2005	4,9	4,3	19 (25)
Ökologisch wirtschaftende Betriebe: Anteil an allen landwirtschaftlichen Betrieben (%)	2003	.	2,8	5 (22)
Ökologisch bewirtschaftete Fläche: Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche insgesamt (%)	2003	.	3,7	9 (22)

1) Schätzung Eurostats.

. = kein Wert verfügbar.

↑ = niedrigster Wert auf Rang 1.

A.II: Die neuen Mitgliedstaaten: Rumänien und Bulgarien, Stand: September 2006

Thema	Jahr	EU-25	DE	BG	RO
Bevölkerung					
Bevölkerung (Mill.)	2005	461,3	82,5	7,8	21,7
Bevölkerungsdichte (Einwohner/km ²)	2004 (EU-25: 2003)	118	231	71	94
Durchschnittliche Kinderzahl je Frau	2004	.	1,37	1,29	1,29
Durchschnittliche Lebenserwartung der Neugeborenen (w)	2004	.	81,4	76,0	75,1
Durchschnittliche Lebenserwartung der Neugeborenen (m)	2004	.	75,7	68,9	67,7
Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung (%)	2004	.	18,0	17,1	14,4
Saldo zwischen Lebendgeburten und Sterbefällen (Tsd.)	2004	475,4	- 112,7	- 40,2	- 42,6
Saldo zwischen Zu- und Fortzügen (Tsd.)	2004	1 849,5	81,8	.	- 10,1
Bevölkerungsvorausberechnung für 2050 im Vergleich zu 2005 (%)	2005	- 1,9	- 9,6	34,2	20,9
Lebensverhältnisse					
Konsum					
Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst in der Industrie und im Dienstleistungssektor (KKS)	2004	.	38 432	4 150	.
Inflationsrate: Veränderung des harmonisierten Verbraucherpreisindex (%)	2005	2,2	1,9	5,0	9,1
Armut					
Einkommensverteilung: Verhältnis des Gesamteinkommens der „reichsten“ 20 % der Bevölkerung zu dem der „ärmsten“ 20 %	2004 (RO: 2003)	4,8 ¹⁾	4,4	4,0	4,6
Armutsgefährdungsquote: < 60% des Medianeinkommens (%)	2004 (RO: 2003)	16 ¹⁾	16	15	17
Monetäre Armutsgefährdungsschwelle für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren (KKS)	2004 (RO: 2003)	16 200 ¹⁾	19 300	4 269	2 344
Sozialschutzleistungen (in % des BIP)	2003	26,9 ²⁾	29,1 ³⁾	.	.
Gesundheit					
Gesundheitsausgaben (in % des BIP) ^{OECD}	2004	.	10,6	.	.
Gesundheitsausgaben (US-Dollar KKP je Einwohner) ^{OECD}	2004	.	3 040	.	.
Krankenhausbetten je 100 000 Einwohner	2003 (BG, RO: 2002)	.	874	647	745
Säuglingssterblichkeit je 1 000 Lebendgeborenen	2004	.	4,1	11,6	16,8
Todesursache: Krankheiten des Kreislaufsystems (in % aller Todesursachen)	2003	.	46,3	67,6	62,1
Todesursache: Bösartige Neubildungen (in % aller Todesursachen)	2003	.	24,5	14,0	16,2

- 1) Schätzung Eurostats.
 2) Geschätzter Wert.
 3) Vorläufiger Wert.
 . = kein Wert verfügbar.

OECD = Datenquelle Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD).

A.II: Die neuen Mitgliedstaaten: Rumänien und Bulgarien, Stand: September 2006

Thema	Jahr	EU-25	DE	BG	RO
Bildung, Forschung und Informationsgesellschaft					
Bildung					
Ausgaben des Staates für das Bildungswesen (in % des BIP)	2004 (RO: 2003)	.	4,0	.	3,9
Bildungsstand der Jugendlichen: Anteil der 20- bis 24-Jährigen mit mind. Sekundarstufe-II-Abschluss (%)	2005	76,9	71,0	76,8	75,2
Absolventinnen und Absolventen in Mathematik, Naturwissenschaften und Technik (in % aller Fachrichtungen)	2004	23,6 ¹⁾	26,9	21,1	23,6
Personen von 25 bis 64 Jahren, die in den vier Wochen vor der Erhebung an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teilgenommen haben (%)	2005	11,0	8,2	1,1	1,6
Forschung					
Ausgaben für Forschung und Entwicklung (in % des BIP)	2004	1,9 ¹⁾	2,5 ²⁾	0,5	0,4
Europäische Patente im Hochtechnologiebereich (pro Mill. Einwohner)	2003	.	21,5	0,19	0,03
Informationsgesellschaft					
Verfügbarkeit eines Internetanschlusses in Privathaushalten mit mind. einem Mitglied unter 75 Jahren (%)	2005 (BG, RO: 2004)	48	62	10	6
Verfügbarkeit eines Internetanschlusses in Unternehmen mit mind. zehn Vollzeitbeschäftigten (%)	2005 (BG, RO: 2004)	91	94	62	52
Anteil der Personen, die das Internet durchschnittlich wenigstens einmal pro Woche nutzten (%)	2005 (BG, RO: 2004)	43	54	13	10
Unternehmen mit mind. zehn Beschäftigten, bei denen Online-Bestellungen eingingen (%)	2004 (BG: 2004)	12	16	3	.
Anteil der Einzelpersonen, die für private Zwecke Waren oder Dienstleistungen über das Internet bestellt haben (%)	Q1/2005 (BG, RO: Q1/2004)	18	32	1	0
e-Government: Online-Verfügbarkeit von 20 wichtigen Behördendienstleistungen (%)	2006	50	47	.	.
Arbeitsmarkt					
Erwerbstätigenquote (%)	2005	63,8	65,4	55,8	57,6
Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen (%)	2005	42,5	45,4	34,7	39,4
Frauenerwerbstätigenquote (%)	2005	56,3	59,6	51,7	51,5
Durchschnittliche Zahl der Arbeitsstunden je Woche (Vollzeitbeschäftigte)	2005	42,0	41,6	41,5	41,5
Arbeitskosten je Stunde im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungssektor (Euro)	2004	21,22	26,22	1,45	1,76
Erwerbslosenquote (%)	2005	8,8	9,5	10,1	7,7
Langzeiterwerbslosenquote (%)	2005	3,9	5,0	6,0	4,4
Anteil der männlichen Erwerbslosen an der Erwerbsbevölkerung des gleichen Geschlechts (%)	2005	7,9	8,9	10,3	8,3
Anteil der weiblichen Erwerbslosen an der Erwerbsbevölkerung des gleichen Geschlechts (%)	2005	9,9	10,3	9,8	7,6
Jugenderwerbslosenquote (unter 25-Jährige, %)	2005	18,6	15,0	22,4	23,8

1) Schätzung Eurostats.

. = kein Wert verfügbar.

2) Geschätzter Wert.

A.II: Die neuen Mitgliedstaaten: Rumänien und Bulgarien, Stand: September 2006

Thema	Jahr	EU-25	DE	BG	RO
Wirtschaft und Finanzen					
Bruttoinlandsprodukt (BIP)					
BIP pro Kopf in KKS (EU-25=100)	2005	100,0	109,3	32,1	34,7
Wachstumsrate des realen BIP im Vergleich zum Vorjahr (%)	2005	1,7	0,9	5,5	4,1
Arbeitsproduktivität: BIP je Beschäftigten in KKS (EU-25=100)	2005	100,0	101,5	32,9 ⁴⁾	39,2 ⁴⁾
Investitionen					
Öffentliche Investitionen (in % des BIP)	2005 (BG: 2001, RO: 2004)	2,4	1,3	3,5	3,0
Unternehmensinvestitionen (in % des BIP)	2004 (RO: 2002)	17,1	16,0	17,7	18,3
Direktinvestitionsbestände im Inland (Mrd. Euro)	2004 (BG, DE: 2003)	.	530,7	4,9	15,0
Direktinvestitionsbestände im Ausland (Mrd. Euro)	2004 (BG, DE: 2003)	.	588,6	0,04	.
Außenhandel					
Handelsbilanz (Mrd. Euro)	2005	- 105,8	158,0	- 5,2	- 10,3
Anteil der Intra-EU-Importe an den Gesamtimporten (%)	2005	63,8	64,0	58,3	62,1
Anteil der Intra-EU-Exporte an den Gesamtexporten (%)	2005	66,7	63,4	57,2	67,7
Finanzen und Preise					
Staatsdefizit bzw. -überschuss (in % des BIP)	2005	- 2,3	- 3,3	3,1	0,4
Öffentlicher Schuldenstand (in % des BIP)	2005	63,4	67,7	29,9	15,2
Inflationsrate: Veränderungen des harmonisierten Verbraucherpreisindexes (%)	2005	2,2	1,9	5,0	9,1
Energie und nachhaltiges Wirtschaften					
Energie					
Entwicklung des Energieverbrauchs im Industriesektor (%)	1994 bis 2004	8	- 1	- 33	- 20
Energieintensität der Wirtschaft (1994=100)	2004	89	90	74	71
Strompreise für private Abnehmer (ohne Steuern, Cent je kWh)	Januar 2006	10,9	13,7	5,5	9,4
Strompreis für industrielle Nutzer (ohne Steuern, Cent je kWh)	Januar 2006	7,8	8,7	4,6	7,7
Marktanteil des größten Erzeugers im nationalen Strommarkt (%)	2004 (DE: 2003)	.	32	.	32
Anteil der Kernenergie am Bruttoinlandsverbrauch (%)	2004	14,6	12,4	23,0	3,6
Anteil erneuerbarer Energiequellen am Bruttostromverbrauch (%)	2004	14	10	9	30

4) Prognose.

. = kein Wert verfügbar.

A.II: Die neuen Mitgliedstaaten: Rumänien und Bulgarien, Stand: September 2006

Thema	Jahr	EU-25	DE	BG	RO
Umwelt					
Emissionen von Treibhausgasen: Veränderung gegenüber dem Kyoto-Basisjahr (1990/1995) (%)	2003	.	- 18,5	- 42,3	- 38,7
Entwicklung des Güterverkehrsvolumens im Verhältnis zum BIP (1995=100)	2004	105 ¹⁾	108	39	100
Landwirtschaft					
Durchschnittliche Größe landwirtschaftlicher Betriebe (in ha)	2003	16	41	4	3
Einfuhr von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabak (in % der Gesamteinfuhr)	2005	5,3	6,7	.	.
Ausfuhr von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabak (in % der Gesamtausfuhr)	2005	4,9	4,3	.	.
Ökologisch wirtschaftende Betriebe: Anteil an allen landwirtschaftlichen Betrieben (%)	2003	.	2,8	.	.
Ökologisch bewirtschaftete Fläche: Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche insgesamt (%)	2003	.	3,7	.	.

1) Schätzung Eurostats.

. = kein Wert verfügbar.


Sie suchen weitere EU-Statistiken?

In diesem Blickpunktband wird Ihnen nur eine kleine Auswahl aus der Vielfalt der amtlichen europäischen Statistik präsentiert: Eurostat veröffentlicht in seiner Online-Datenbank insgesamt mehr als 300 Millionen statistische Werte. Von der regionalen Arbeitslosigkeit, über die Staatsausgaben für Gesundheit bis hin zu den Treibhausgasemissionen hält Eurostat Statistiken über die EU und die Mitgliedstaaten in Form langer Zeitreihen für Sie bereit.

Eurostat Datenbank: Versuch, die EU mit 300 Millionen Daten zu beschreiben

Kostenlosen Zugang zur Eurostat Datenbank erhalten Sie direkt bei Eurostat (<http://ec.europa.eu/eu->

[rostat](http://www.eds-destatis.de)) oder auf der Website des EDS Europäischer Datenservice (<http://www.eds-destatis.de>) – dem Informationsdienst des Statistischen Bundesamtes zur europäischen Statistik.

Auf der EDS-Website finden Sie in der linken Menüspalte unter der Überschrift „Statistik nach Themen“ die Statistiken Eurostats untergliedert nach neun Themenbereichen. Wählen Sie einen Themenbereich, der Sie interessiert, aus. Nach Anklicken des Unterpunkts „Eurostat Datenbank“ erscheint eine Ordnerstruktur. Klicken Sie sich durch diese Ordnerstruktur, bis Sie die Ebene der Datentabellen erreichen, die durch das Symbol  gekennzeichnet sind. Wählen Sie die von Ihnen gewünschte Tabelle aus.



The screenshot shows the website of the Statistisches Bundesamt (German Federal Statistical Office) for the EDS (European Data Service). The browser window title is "Statistisches Bundesamt / EDS Europäischer Datenservice / Startseite - Microsoft I...". The address bar shows "http://www.eds-destatis.de/". The page header includes "Statistisches Bundesamt Deutschland" and "EDS Europäischer Datenservice | Aktuell". A navigation menu on the left is titled "Statistik nach Themen" and lists various categories like "Allgemeine und Regionalstatistiken", "Wirtschaft und Finanzen", "Bevölkerung, Arbeit und Soziales", "Industrie, Handel und Dienstleistungen", "Landwirtschaft und Fischerei", "Außenhandel", "Verkehr", "Umwelt und Energie", and "Wissenschaft und Technologie". A yellow callout box with a mouse cursor points to the "Eurostat Datenbank" option in the "Wirtschaft und Finanzen" sub-menu. The main content area shows "Aktuelle Eurostat Pressemitteilungen" with a list of news items, including "September 2006 gegenüber August - Auftragseingänge in der Industrie der Eurozone um 1,3% gesunken" and "Erwerbslosigkeit in der EU25 - Erwerbslosenquote in den EU25-Regionen 2005 zwischen 2,6% und 30,1%". A right-hand sidebar contains a "Service" section with links to "Kostenfreie Beratung (EDS)", "Datentabellen nach Maß", "PresseDienst", "Präsenzbibliothek", and "Präsentationen", as well as a "Statistik nach Produkten" section with links to "Publikationen", "Kataloge", "Datenbanken", "Klassifikationen und Methodik", and "Geographische Daten".

In dem Auswahlfenster, das sich nun öffnet, müssen Sie folgende drei Schritte durchlaufen:

1. Schritt – Auswahl der statistischen Merkmale:

Für jede Tabelle können Sie die Zeiträume („TIME“) und Länder bzw. Regionen („GEO“) sowie weitere statistische Merkmale durch Setzen von Haken individuell bestimmen. Klicken Sie anschließend auf „Weiter“.



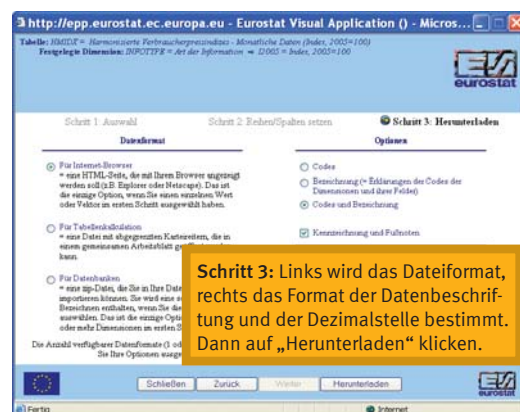
2. Schritt – Tabellenachsen bestimmen:


Sie können entscheiden, welche Variable auf der X-Achse („X1“) und welche Variable auf der Y-Achse („Y1“) abgebildet werden soll. Beide Achsen können mit bis zu zwei Variablen belegt werden. Die Anzahl der Tabellen, die Sie beim Herunterladen erhalten, hängt davon ab, wie viele Variablen es insgesamt gibt und wie viele Sie davon in die Achsen integriert haben. Klicken Sie anschließend auf „Weiter“. Wenn Sie im 1. Schritt nur wenige Merkmalsausprägungen auswählen, kann es sein, dass der 2. Schritt automatisch übersprungen wird.




3. Schritt – Daten herunterladen:

Im dritten Schritt wählen Sie das Datenformat aus. Die erste Option ist das Anzeigen der Tabelle im Internet-Browser, die zweite ermöglicht Ihnen das Abspeichern der Tabelle zur Weiterbearbeitung in einem Tabellenkalkulationsprogramm wie Microsoft Excel. Darüber hinaus können Sie entscheiden, ob in der Tabelle nur die Codes der einzelnen statistischen Merkmale (z. B. „de“ für Deutschland oder „f“ für Frauen) oder die vollständigen Bezeichnungen angezeigt werden. Wählen Sie anschließend das gewünschte Dezimalsymbol aus und klicken Sie auf „Herunterladen“. Der Popupblocker in Ihrem Internetbrowser sollte beim Herunterladen deaktiviert sein.



Ausführliche Informationen zur angewandten Methodik und zur Datenqualität finden Sie unter dem Symbol  in der Eurostat Datenbank. Die Präsentation dieser Informationen, auch Metadaten genannt, entspricht dem Special Data Dissemination Standard (SDDS).

Für einige statistische Indikatoren veröffentlicht Eurostat auch vorgefertigte Tabellen. Diese sind durch folgendes Symbol gekennzeichnet: . Sie finden diese Tabellen auf der EDS-Website in der linken Menüspalte im gesuchten Themenbereich unter dem Stichwort „Basistabellen“.

Ausführliche Informationen zur Extraktion von Daten aus der Eurostat Datenbank finden Sie in einem Aufsatz der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ (Heft 5/2006).

Globale Güterströme: Datenbank zum EU-Warenverkehr

Zusätzlich zur Eurostat-Hauptdatenbank steht für Sie auf der EDS-Website unter der Themenüberschrift „Außenhandel“ auch eine sehr umfangreiche Datenbank mit Statistiken der EU-Meldeländer zum Import und Export von Waren bereit („Außenhandelsdatenbank“). Von Holz über Personenkraftwagen bis hin zu Honig finden Sie hier monatliche und jährliche Daten über die weltweiten Warenströme aus Sicht der EU-Staaten.

Keine Werte ohne Worte: Publikationen zur EU-Statistik

Sollten Sie den Zugang zur Statistik über Darstellungen und Texte gegenüber einer Datenbankrecherche bevorzugen, stellt Ihnen der EDS unter www.eds-destatis.de auch vielfältige Publikationen mit Daten zur EU zur Verfügung. Alle Veröffentlichungen Eurostats stehen kostenlos als PDF-Version auf der EDS-Website zum Herunterladen für

Sie bereit. Darüber hinaus können Sie die Publikationen auch als Druckversion beim EDS online bestellen.

Unterstützung bei der Statistiksuche: Kostenlose Beratung des EDS Europäischer Datenservice

Wenn Sie weitere Statistiken zur EU suchen oder Fragen haben, steht Ihnen der kostenfreie Beratungsservice des EDS Europäischer Datenservice des Statistischen Bundesamtes zur Verfügung. Auch bei methodischen und technischen Fragen ist Ihnen der EDS, der in Kooperation mit Eurostat geführt wird, gern behilflich. Auf Wunsch werden gegen eine Servicegebühr maßgeschneiderte Tabellen für Sie zusammengestellt.

Kontakt:

Statistisches Bundesamt
i-Punkt Berlin / EDS Europäischer Datenservice
Otto-Braun-Straße 70 / 72
10178 Berlin
Tel.: +49 (0) 1888 / 644 9427 oder 9428
Fax: +49 (0) 1888 / 644 9430
E-Mail: eds@destatis.de
Web: www.eds-destatis.de